KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 200 November / Dezember 2018 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 200 November/Dezember 2018



Am 20. Jahrestag des internationalen Komplotts gegen Abdullah Öcalan gingen Tausende in vielen Ländern für seine Freiheit auf die Straßen. Foto: ANF



Die erste internationale Frauenkonferenz »Revolution im Aufbau« des Netzwerks »Women Weaving the Future« fand im Oktober in Frankfurt statt. Foto: A. Bender



Bis tief in den Herbst brannten die Wälder in Nordkurdistan. Wenn es die Bevölkerung einmal geschafft hatte, die Brände zu löschen, setzte das türkische Militär sie gleich wieder in Brand. Foto: ANF

Liebe Leserinnen und Leser,

36 Jahre sind seit dem Erscheinen der ersten Ausgabe des Kurdistan Report im November 1982 vergangen und wir möchten uns zuallererst bei den treuen Leserinnen und Lesern sowie den Autorinnen und Autoren des Reports bedanken, die einen langen Atem bei der Auseinandersetzung und Solidarität mit der kurdischen Bewegung bewiesen haben.



KURDISTAN REPORT

Jahrgang: 1
November 1982
Nr: 1
Preis: 2,-DM

»Ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten«, wie es in unserem Zeitschriftentitel heißt, konnte noch nicht durchgesetzt werden. Trotz der vielen Versuche und Bemühungen von Seiten der kurdischen Freiheitsbewegung, die kurdische Frage durch friedliche Mittel zu lösen, setzt der türkische Staat auf noch mehr Gewalt und Repression. Und auch ein Ende der staatlichen Repression gegen die kurdische Zivilbevölkerung in den verschiedenen Teilen Kurdistans konnte noch nicht durchgesetzt werden, im Gegenteil eskalierte die türkische Regierung Anfang dieses Jahres den Konflikt mit der völkerrechtswidrigen Besetzung des nordsyrischen Efrîn. Seit dem Ende des sogenannten Friedensprozesses im Sommer 2015 erinnert die Situation in Nordkurdistan und der Türkei mehr und mehr an die 1990er Jahre: Kriminalisierung von Basisorganisationen, Schließung ihrer Einrichtungen, Massenverhaftung von Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Frauenaktivistinnen, Politikern, Gewerkschaftern, Rechtsanwälten, überfüllte Gefängnisse, Folter, die Erschießung von Demonstranten.

Und trotzdem hat sich vieles verändert, für die Türkei, für Kurdistan, für die Gesellschaften, für das Individuum, für die kurdische Freiheitsbewegung … Der Wille, alles für ein freies Kurdistan und eine befreite Gesellschaft zu tun, ist ungebrochen. Das manifestiert sich in der Selbstorganisation der kurdischen Bevölkerung in Rätestrukturen und den Projekten der demokratischen Autonomie. Während es zu den Anfangszeiten des kurdischen Widerstands darum ging, die Verleugnung der kurdischen Identität und Existenz zu brechen, wird heute selbstverständlich und selbstbewusst über ökologische Themen, die Bildung der Jugend und vor allem die Befreiung der Frau gesprochen und diskutiert. Die Befreiung der Frau ist überall zentrales Thema, ihre autonome Organisierung in Kurdistan und auch Europa ist institutionell verankert. Es ist ein Ringen um die eigene Entwicklung. Wie unsere Autorin Andrea Benario treffend formulierte, ist es dabei wichtig zu verstehen, dass Revolution nicht ist, wenn es knallt – sondern wenn sich etwas in der Tiefe verändert und etwas Neues entsteht. Das passiert gegenwärtig in den befreiten Gebieten im Norden und Osten Syriens.

In diesem Sinne freuen wir uns, mit euch die 200. Ausgabe des Kurdistan Report zu teilen. Wir werden auch weiterhin über diese Revolution berichten, die mehr und mehr internationale Beachtung und Anerkennung erfährt.

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

36 Jahre Kurdistan Report – 36 Jahre Entwicklung kurdischer Politik

Nilüfer Koç, Ko-Vorsitzende des Nationalkongresses Kurdistan (KNK)

Für die 200. Ausgabe des Kurdistan Reports eine Analyse der politischen Entwicklungen zu schreiben, ist für mich eine große Ehre und Freude. Zuallererst möchte ich mich bei den Redaktionsmitgliedern des Reports herzlichst für ihre unermüdliche Arbeit durch die Jahre bedanken. Seit November 1982 erscheint der Kurdistan Report. In all den Jahren hat er beharrlich den politisch motivierten Manipulationen der Mainstream-Medien beim Thema Kurdistan entgegengewirkt. Auch möchte ich mich bei all den treuen Lesern und Leserinnen des Reports bedanken, die stets ein Interesse daran hatten, aus erster Hand Informationen aus Kurdistan zu erhalten.

Die 36-jährige Geschichte des Kurdistan Reports spiegelt auch ein Stückchen die Wahrheit des kurdischen Freiheitskampfes in den letzten 36 Jahren wider. Es ist die Geschichte eines Kampfes gegen den Strom der materiell Überlegenen. Es war und ist die Überzeugung, dass es, koste es, was es wolle, für die Wahrheit gegen den starken und großen Strom und Sturm zu schwimmen gelte. Der Report erschien stets in Deutschland. Oft wurden Räumlichkeiten, in denen der Report erstellt wurde, von der deutschen Polizei durchsucht. Erst Schreibmaschinen, dann später Computer und Drucker wurden unzählige Male beschlagnahmt. Dennoch haben es die Redaktionsmitglieder, Autoren des Kurdistan Reports geschafft, 36 Jahre lang trotz politischer und polizeilicher Repression in Deutschland der Stimme der kurdischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen.

Heute zur 200. Ausgabe kann ich mit Sicherheit sagen, dass in der internationalen Politik die Ignorierung, Negierung oder Leugnung der Kurden nicht mehr wie im vergangen Jahrhundert möglich ist. Auch ist es nicht möglich, sie militärisch mundtot zu machen, wie es die Türkei in den letzten vierzig Jahren mit modernster Technologie tut. Die Kurden stehen an einer Schwelle. Rationale, flexible Politik auf kurdischer Seite, die sowohl die globalen als auch regionalen Machtkämpfe kalkuliert, kann es ermöglichen, die Schwelle zu überschreiten und diesem Volk mit seinen 45 Millionen in der Türkei, dem Iran, dem Irak und Syrien endlich verfassungsrechtliche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts zu gewährleisten. Schaffen es die Kurden, würde dieser Erfolg eine Kettenreaktion auslösen, mit der auch die Frage anderer ethnischer und religiöser Gemeinschaften in deren Ländern gelöst wird. Selbstverständlich wäre damit auch ein großer Beitrag zur Demokratisierung dieser Staaten ermöglicht.

Die im 20. Jahrhundert politisch konstruierte kurdische Frage, deren Instrumentalisierung für die Interessen der Großmächte sich im Nahen Osten im vergangenen Jahrhundert bestens geeignet hat, bietet heute nicht mehr dieselben Möglichkeiten. Während die regionalen und internationalen Mächte mit altbekannten Methoden wie »teile und herrsche« oder der sogenannten kurdischen Karte mal auf Konfrontation, mal auf Kooperation setzten, haben die Kurden es geschafft, sich als passives Glied, als Opfer aus diesem langen Spiel zum größten Teil zu befreien. Die Kurden reden heute mit. Sowohl in der globalen als auch in der regionalen Politik. Sie können nicht mehr übersehen werden.

Als mit dem Kurdistan Report im November 1982 begonnen wurde, war die kurdische Frage den Staatspolitikern und einigen politischen Insidern oder Akademikern bekannt. 1982 war die Zeit der nackten Gewalt in der Türkei. Nach dem Militärputsch 1980 herrschte die Diktatur des Militärs. Mehrere zehntausend kurdische und türkische progressive und revolutionäre Menschen wurden in den Gefängnissen gefoltert, ermordet. Viele flohen ins europäische Ausland. Die weltweite Öffentlichkeit wusste kaum etwas über die Ausmaße dieser Schreckensherrschaft. Die Türkei als NATO-Mitglied profitierte von ihrer geostrategischen Lage gegenüber dem Warschauer Pakt. Nicht nur die NATO, auch die Sowjetunion schwieg zur Brutalität des türkischen Staates. Denn auch sie wollte ihre bilateralen Kontakte zur Türkei pflegen, um deren Zugehörigkeit zur NATO auszubalancieren. Dieses Spiel widerspiegelt und wiederholt sich heute im Norden und Osten von Syrien zwischen den USA und Russland.

In diesen 36 Jahren tut Russland das, was es kennt. Das alte russische Spiel mit den Kurden wiederholt sich wie mit einem Leierkasten. Es ist oft furchtbar langweilig, diese alte Realität in der neuen Zeit immer wieder zu erklären. Als ganz neuer Akteur nach dem Zerfall der Sowjetunion ist jetzt die globale Macht, die USA, auf der Bühne. Ob sie das britisch-französische Erbe des 20. Jahrhunderts hinsichtlich der Kurden übernehmen wird, ist noch nicht ganz klar. Immerhin sehen die USA vor, im Rahmen ihrer Greater-Middle-East-Politik die Region im Sinne des Neoliberalismus umzustrukturieren. Dafür setzten sie wie beim Beispiel Irak darauf, die Aufteilung von Staaten nach ethnischer und religiöser Zugehörigkeit in föderale Strukturen zu forcieren.

Die entscheidende Frage zwischen den USA und den Kurden wird sein, inwieweit eine Zusammenarbeit vor allem zweier verschiedener Pole aussehen kann. Auch wenn die US-Politik die Präsenz der Kurden nicht übersieht, so ist auch ihr an Kurden gelegen, die sich ihren Interessen entsprechend verhalten. Also Kurden, die der US-amerikanischen Weltanschauung folgen. Und weil Abdullah Öcalan und die PKK in vielen Punkten anders denken und dementsprechend ihre eigenen politischen Alternativen schaffen, musste Abdullah Öcalan vor zwanzig Jahren am 9. Oktober 1998 aufgrund des Drucks aus Washington Syrien verlassen. Und nach fünf Monaten am 15. Februar 1999 folgten seine Entführung und Auslieferung an die Türkei.

Die US-Politik bietet den Kurden das Existenzrecht. Allerdings ist es vonnöten, dass sie auch offen ist für die kurdische Lösung in Kurdistan und dem Nahen Osten. Die Strategie des dritten Weges, die Öcalan für die kurdische Politik vorschlug, eignet sich gut, um Kompromisse zu finden. Auch Öcalans Strategie »Staat plus Demokratie« macht es für die kurdische Seite einfacher, mit kontroversen Kräften den Dialog zu finden. Das bedeutet, den jeweiligen Staat, der den Kurden Steine in den Weg legt, nicht frontal anzugreifen oder militärisch zu bekämpfen, sondern dass der Staat neben dem demokratischen Modell bestehen kann. Also die Existenz zweier Pole basierend auf gegenseitigem Respekt.

Als es mit dem Kurdistan Report vor 36 Jahren begann, war die Türkei der leuchtende Stern der NATO. Heute nach 36 Jahren erlischt dieser Stern und hat immense Probleme mit der NATO. Der Warschauer Pakt, die Sowjetunion existieren nicht mehr. Die Türkei hat den tiefsten Punkt ihrer Staatsgeschichte erreicht. Und aus ein paar tausend Kurden 1982 sind zig Millionen geworden. Der wesentliche Erfolg der kurdischen Freiheitsbewegung war die Aufdeckung der kurdischen Frage als eine regionale und globale Frage. Aber auch der Mittäterschaft aller Staaten, die Kurden ihren Interessen opferten. Dabei ging es nicht nur um die Türkei, den Iran, den Irak oder Syrien. Vor allem gelang es Öcalan und der PKK, die europäische Verantwortung aufzudecken. Nun stehen die Frage und diejenigen, die sie schufen, ganz offensichtlich da. Der Kurdistan Report hat vor allem in diesem Zusammenhang die deutsche Mitverantwortung bei Repression und Verfolgung aufgedeckt. Es ist verstanden worden, dass die kurdische Frage nicht eine Frage der Kurden ist, sondern von Machthabenden künstlich als Schlagstock geschaffen wurde. Diese aufgedeckte Wahrheit stellt für viele mitverantwortliche Staaten eine Herausforderung dar.

Heute nach 36 Jahren sind die Kurden auf fünf Kontinenten bekannt. Sie genießen weltweit große Sympathien. Mit der Entwicklung des Modells des demokratischen Konföderalismus des Nahen Ostens stellen die Kurden eine Alternative zum globalen Greater Middle East Project dar. Kurdistan und die kurdische Frage, bisher als Instrument der Destabilisierung geltend, agieren mit ihren demokratischen Projekten in der Region als stabilisierende Kraft. Schaut man sich aber nach 36 Jahren der kurdischen Frage nach all den anderen Akteuren um, so wird man feststellen, dass sie wenig Neues zu bieten haben.

Dreidimensionaler Befreiungskampf

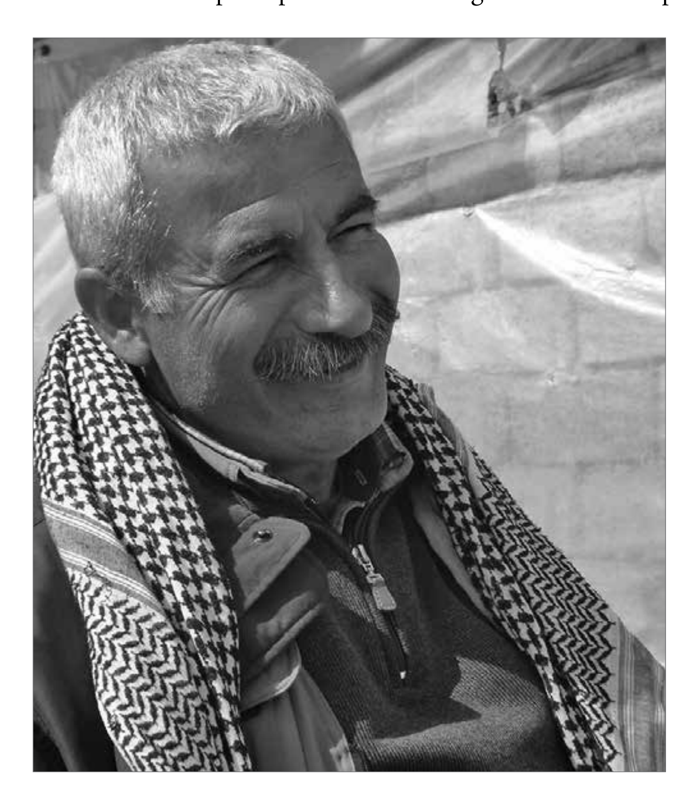
Neben der nationalen Ebene, welche die politische Einheitsfrage auf kurdischer Seite bedeutet, muss die regionale, also die türkische, arabische und persische Haltung, des Weiteren auch noch die globale, unter anderem US-amerikanische, europäische und russische, Ebene gesehen werden. Die kurdische Frage hat drei Dimensionen: national, regional und global. Alle drei stehen in direktem Verhältnis zueinander. Für die Kurden heißt es, den Freiheitskampf in diesen Dimensionen, parallel, ineinander verschränkt zu führen. Was dank Öcalans Vorschlägen heute möglich ist. Die absolute Dezentralisierung von Entscheidungsorganen der kurdischen Bewegung macht es ihr möglich, flexibel, spontan und sofort national, regional und global zu handeln. Vor allem die Türkei ist seit dem Syrien-Krieg bemüht, die Kurden auch in all diesen Dimensionen zu diskreditieren, um sie von einer Lösung abzuhalten.

Der mehrdimensionale Krieg der Türkei gegen die Kurden

Angesichts der momentanen türkischen Staatspolitik kann gesagt werden, dass es gegenwärtig die Türkei ist, die auf allen drei Ebenen eine antikurdische Strategie verfolgt. Auf nationaler Ebene ist die Türkei bemüht, einen innerkurdischen Krieg vor allem in Südkurdistan (Irak) zwischen der PKK, PDK (Demokratische Partei Kurdistans) und YNK (Patriotische Union

Kurdistans) zu entfesseln. Die Kurden sollen sich in einem »Bruderkrieg« gegenseitig schwächen. Das wäre für die Türkei auch eine sehr kostengünstige Variante des kurdischen Krieges. Ohnehin geht es dem Land wirtschaftlich miserabel. Zumal die USA die Türkei über den Wirtschaftskrieg wieder auf ihre Seite bringen wollen. Daneben führt die Türkei auch einen Krieg gegen die Kurden in Syrien. Auch hier versucht sie sie gegeneinander auszuspielen. Ferner setzt sie den Islamischen Staat und ähnliche Banden militärisch gegen die Kurden ein.

Auf regionaler Ebene trachtet die Türkei danach, auch den Iran zu einem antikurdischen Kurs zu bewegen. Vor allem nach den strikten Sanktionen und der Kriegserklärung der USA gegen den Iran zieht die Türkei den Nutzen daraus und sucht dessen Hilfe für die Bekämpfung der Kurden. Trotz US-amerikanischer Drohungen gegen den Iran haben die Kurden, bis auf wenige schwache Parteien, keinen Konfrontationskurs gegen ihn eingeschlagen. Die PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) als die größte kurdische Partei in Ostkurdistan (Rojhilat) setzt nach wie vor auf eine politische Lösung der kurdischen Frage durch Demokratisierung des gesamten Iran. Allerdings gibt die PJAK auch zu verstehen, dass sie sich, wenn sich der Iran mit der Türkei in ein antikurdisches Bündnis begibt, nicht scheuen wird, gegen Angriffe in die Offensive zu gehen. Dem iranischen Regime hat die PJAK vor ein paar Wochen eine Roadmap zur politischen Lösung inklusive Konzept für die Demokratisierung des Landes öffentlich vorgestellt *[vgl. Kurdistan Report 199, S. 22ff.]*.



Zekî Şengalî, Mitglied im Vorstand der KCK, wurde am 15. August durch einen türkischen Luftangriff in Şengal ermordet. Foto: ANF

Türkei zieht Iran in die kurdische Sackgasse

Die Antwort des Iran auf das kurdische Angebot erfolgte mit seinem Raketenangriff auf Stellungen der PDK-Iran in Koy (Südkurdistan), dem Erhängen dreier kurdischer Politiker der Komala-Bewegung und der Ermordung dreier PJAK-Mitglieder in Sine (Sanandadsch, Ostkurdistan), all diese Brutalitäten kurz nach dem türkisch-iranischen Gipfel am 7. September in Teheran. Die Türkei hat dem Iran als Gegenleistung die Sicherheit angeboten, sich im Falle einer Verschärfung der US-amerikanischen Politik neutral zu verhalten, anstatt sich ihr anzuschließen. Damit ist die Türkei bemüht, auch den Iran in die kurdische Sackgasse zu zerren, in der sie gegenwärtig steckt und die sie in den Absturz treibt.

Türkei will auch Bagdad in antikurdische Strategie einbeziehen

Während die Türkei auf der einen Seite von einem Bündnis mit der PDK profitiert, agiert sie andererseits mit der Zentralregierung in Bagdad gegen die Kurden im Norden deren Landes. Vor allem nach dem gescheiterten Referendum letzten Jahres in Südkurdistan mobilisiert sie die sunnitischen Turkmenen gegen die Kurden in den kurdischen Gebieten, die nach Artikel 140 der irakischen Verfassung kurdische Gebiete sind, aber nicht der KRG (Regionalregierung Kurdistan), sondern der Zentralregierung in Bagdad unterstehen. Vor allem hat es die Türkei auf die Erdölstadt Kerkûk abgesehen. Der türkische Konsul in Hewlêr (Erbil) spricht in letzter Zeit sehr öffentlich von Kerkûk als turkmenischer Stadt.

Die Ermordung des êzîdischen Politikers Zekî Şengalî in Şengal (Sindschar) am 15. August 2018 war ein Resultat dieser Politik. Zekî Şengalî, der auch Mitglied im Vorstand der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) war, wurde durch einen türkischen Luftangriff ermordet. Der Angriff ereignete sich kurz nach dem Besuch des irakischen Ministerpräsidenten Haider al-Abadi in Ankara.

Die Genehmigung für die Benutzung des Luftraums erhielt die Türkei sowohl von Bagdad als auch von den USA. Welche Gegenleistung sie dafür angeboten hat, ist bislang unklar. Allerdings hat es dazu geführt, dass vor allem das Vertrauen der êzîdischen Kurden in die Zentralregierung in Bagdad erschüttert worden ist. Die Türkei macht dem Irak Zugeständnisse für die Bombardierung der Stellungen der PKK in Südkurdistan/Nordirak. Der Grund, warum die arabische Führung Bagdads

zu den grenzüberschreitenden Bombardierungen schweigt, ist der Umstand, dass die Türkei quasi auch im arabischen Interesse die Kurden zu schwächen sucht.

Mauerbau als Zeichen der Angst und Panik

Das Jonglieren der Türkei in Syrien zwischen Russland und den USA ist nicht mehr so einfach wie einst zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. Mit Russland einigt sich die Türkei auf Kosten der Kurden. Mit den USA streitet sie sich auch auf Kosten der Kurden. Nur wer antikurdisch handelt, kann protürkisch sein. So offen und nackt ist die türkische Kurdenphobie. Die Türkei rächt sich an den Kurden, weil sie ihre Expansionspolitik im politischen Vakuum in Nordsyrien und im Nordirak behindert haben. Die Versprechungen Erdoğans, die Türkei bis zum 100. Jahrestag des Lausanner Vertrages zur Großtürkei zu machen, sind gescheitert. Sie sahen die Annexion der von Kurden besiedelten nördlichen Teile Syriens und des Irak vor.

Seit letztem Jahr allerdings klammert sich Erdoğan an die Bestimmungen des Lausanner Vertrages, um den türkischen Nationalstaat in seinen bestehenden Grenzen zu bewahren. An der Grenzlinie errichtet die Türkei jetzt eine Mauer. Zwischen Nordsyrien und der Türkei hat sie 800 km gebaut. Nun hat sie auch mit dem Mauerbau an ihrer Grenze zum Iran (Ostkurdistan) begonnen. Ihre Grenze zum Irak (Südkurdistan) versucht sie über den militärischen Gürtel zu schützen. Hier wurden im letzten Jahr neben den bereits existierenden 30 Militärkasernen weitere 22 gebaut.

Wer heute von einer starken Türkei spricht, sollte diese Mauer gesehen haben. Das Leben wird hinter den Mauern abgeschottet.

Autoritarismus als weitere Maßnahme zum Erhalt des Nationalstaats

Mit der absoluten Zentralisierung der Staatsmacht in Person Erdoğans hat die Türkei das Niveau eines totalitären faschistoiden Regimes erreicht. Sie befindet sich in ihrer Endphase als Nationalstaat, basierend auf »einer Nation, einer Flagge und einer Sprache«. Die Kurden drängen auf Demokratie, die arbeitenden Massen drängen auf Brot. Die USA drängen mit der Wirtschaftskrise auf Neoliberalismus. Der Staat bekämpft nicht nur die Kurden, sondern auch diejenigen, die nach Brot verlangen. Er droht den USA mit Deutschland, Russland und dem Iran als Partner. Mit Russland und dem Iran als Partner kann es die Türkei nicht weit bringen. Denn den Iran wird die Türkei nicht direkt gegen die USA unterstützen. Die Türkei wird es lediglich über den Kampf gegen die Kurden versuchen. Der Iran kann es sich aber nicht leisten, die Kurden gegen sich aufzubringen, da sie die Möglichkeit hätten, mit den USA in näheren Dialog zu treten. Außerdem hat der Iran auch ein großes Machtproblem mit der saudisch geführten arabischen Koalition. Diese hätte es auch lieber, wenn die Kurden ihr näherkämen. Nun stehen die Perspektiven eher besser für die Kurden als für die Türkei. Auch im Falle Russlands. Zwar ist Moskau bemüht, Ankara von Washington fernzuhalten, es muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die US-amerikanische Annäherung an die Kurden auch enger werden kann. Immerhin leben die Kurden vor allem in Syrien an den strategisch bedeutenden Stellen im Norden und Osten des Landes. Nicht nur die Flüsse, auch das meiste Erdöl und -gas sind gegenwärtig auf kurdisch kontrolliertem Territorium.

Da aber ganz offensichtlich die Astana-Partner Iran und Russland der Türkei bei dem von den USA begonnenen Wirtschaftskrieg nicht helfen können, bettelte Erdoğan nun in Berlin um Geld. Weder Russland noch der Iran sind in der Lage, die Türkei aus der Wirtschaftskrise zu befreien. Erdoğan, der noch bis vor einigen Monaten Frau Merkel und die Deutschen als Hitler und Nazis beschimpft hatte, war gezwungen, diese Peinlichkeit zurückzunehmen. Auch hatte er den USA im Falle des inhaftierten Pastors getrotzt. Mehrere hundert Male verkündete er, der Pastor werde in Haft bleiben, doch weil sich die Staatskassen aufgrund des steigenden US-Dollars und der sinkenden Türkischen Lira leerten, musste er auch hier einen Rückzieher machen. Der Staat hat in der Person Erdoğans tatsächlich sein Gesicht verloren. Selbst der Meister des Pragmatismus Machiavelli wäre über Erdoğans Prinzipienlosigkeit erstaunt gewesen.

Nun stellt auch die Bereitschaft der Bundesregierung, diesen prinzipienlosen Mann in Ehren zu empfangen, ihre eigene Politik infrage. Ein weiteres Mal ist es klar geworden, dass, wenn es um staatliche Interessen geht, die Demokratie zu kurz kommt. Die Mehrheit der Bürger in Deutschland lehnte den Erdoğan-Besuch ab, da sie nicht zu Komplizen eines Diktators werden wollten. Ferner hatte Erdoğan die Deutschen als Nazis beschimpft gehabt. Die Bürger Deutschlands haben mehr Rückgrat und Anstand gezeigt als der Staat. Da dürfen sich die SPD-Politiker wie Bundespräsident Steinmeier und Außenminister Maas nicht wundern, wenn die Menschen bei der Wahl in Bayern sie nicht mehr in der Politik haben wollen. Auch stellt sich die Frage, wie lange die Bundeskanzlerin mit der Linie des Pragmatismus noch weiterkann. Über die Wahlergebnisse in Bayern sollte doch viel debattiert werden. Deutschland steht vor einer Herausforderung. Zwischen Interessenpolitik und Demokratie. Wir hoffen doch, dass die Demokratie durchkommt. Nicht nur für die Deutschen, sondern auch für uns Kurden in Deutschland. ♦

Eine Erinnerung zur 200. Ausgabe

Mit dem Kurdistan Report in der Hand Beziehungen vertieft

Kasım Engin, ehemaliger Leser und Mitarbeiter des Kurdistan Reports, 1. Oktober 2018

Zuallererst möchte ich – als ehemaliger Mitarbeiter und Leser – den Mitarbeitenden sowie allen Leserinnen und Lesern des Kurdistan Reports zum Erscheinen der 200. Ausgabe gratulieren.



Ich selbst führe meinen Kampf nun als Guerilla in den Freiheitsbergen. Ich muss aber festhalten, dass ich mich begeistert an den Kurdistan Report erinnere und ihn vermisse. Ich erinnere mich, weil ich die Zeitschrift einst las, ihren Inhalt verfolgte. Ich erinnere mich wiederum, weil die Mühen vieler wertvoller junger Leute wie Hüseyin Çelebi darin steckten. Außerdem erinnere ich mich, weil ich 1989 selbst meinen Beitrag zu ihrem Erscheinen geleistet und schließlich selbst Artikel geschrieben habe. Ich vermisse sie, weil sie uns als Zeitschrift wirklich bereichert hat. Zugleich muss ich mit großer Aufrichtigkeit sagen, dass ich angesichts der neueren Ausgaben feststellen muss, dass sie von einer besonderen Qualität sind. Dazu gratuliere ich erneut und immer wieder allen, die zur Veröffentlichung des Kurdistan Reports beitragen.

Der Beitrag des Kurdistan Reports für uns, die hier in Deutschland aufwuchsen und daher weder Türkisch noch Kurdisch lesen konnten, war unschätzbar wertvoll. Auch wenn es zu kritisieren wäre, die eigene Realität, die eigene soziale Situation und das Land in einer anderen als der eigenen Sprache kennenzulernen, so stellte es sich für mich und uns als große Chance heraus, die der kurdischen Jugend seinerzeit geboten wurde. In diesem Zusammenhang ist der Kurdistan Report in zweierlei Hinsicht sehr bedeutungsvoll; zum einen das Näherbringen für die deutsche Gesellschaft in Deutschland und die deutschsprachen Regionen, zum anderen für uns Menschen, die dazu gezwungen waren, fern der Heimat zu leben, um Wissen über die eigene Realität zu erlangen, darüber an Identität zu gewinnen, um so Mitstreiter des Freiheitskampfes zu werden.

Möglicherweise gilt das Gesagte für andere Völker der Erde nicht. Doch für jene, deren Sprache wie unsere verboten ist, deren Lebensräume und Identität verleugnet werden und denen nicht ein Fußbreit eigenen Landes gewährt wird, hat es eine große Bedeutung, dass an fernen Orten Wissen über die eigene Identität erworben werden kann.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist, dass wir mit dem, was uns der Kurdistan Report bot, die Bekanntschaft vieler Kreise machen konnten. So viele linke oder sozialistische Zusammenhänge, feministische und anarchistische Kreise und eine Vielzahl antifaschistischer Gruppen lernten wir beim Verteilen des Kurdistan Reports kennen und begannen, eine Beziehung zu ihnen aufzubauen. Das hat uns bei der Bildung unserer ideologischen Identität viel gebracht.

Natürlich verteilten wir den Kurdistan Report in erster Linie an kurdische Jugendliche, die kein Kurdisch und Türkisch sprachen. Außerdem an unsere deutschen Freunde in unserer Umgebung. Und selbstverständlich auf zahlreichen Veranstaltungen an Ständen an interessierte Linke und Sozialisten, anarchistische und antifaschistische Kreise. Auch den Aufgeklärten

und Politikerinnen und Politikern versuchten wir uns natürlich zu erklären. Es ist also sicher, dass dies alles eine wichtige Rolle für die Anerkennung und Förderung des Freiheitskampfes in Deutschland spielte.

Bei der Erwähnung der Verteilung des Kurdistan Reports erinnere ich mich, dass ich 1990 nach Ostberlin gegangen bin, nach Ostdeutschland. Wir hatten nur unsere Sprache, um uns vorzustellen, und unseren Kurdistan Report in der Hand. Ich liege wohl nicht falsch, wenn ich behaupte, dass ich mich Richtung Ostberlin öffnete. Tatsächlich war unser einziges Mittel, Beziehungen zu Ostberlin aufzunehmen, der Kurdistan Report.

Ja, wenn an den Kurdistan Report gedacht oder er vermisst wird – es war eine Realität. Und ja, er hätte nicht unser einziges Mittel zur Herstellung einer Verbindung zu linken, sozialistischen und demokratischen Kreisen sein sollen.

Und selbstverständlich waren die Beziehungen, die wir in der deutschen Stadt Frankfurt beim Verteilen des Kurdistan Reports mit deutschen, philanthropischen Sozialisten, Feministen, Linken, Demokraten, Anarchisten, Autonomen und Antifaschisten aufbauten, genossenschaftliche Beziehungen. Selbst als Kurdistan-Guerilla suche ich die kameradschaftliche Beziehung, die wir dort entwickelten, und rufe sie mir in Erinnerung. Es war der Kurdistan Report, der diese Beziehung und die Genossenschaftlichkeit ermöglichte.

Kurz gesagt, der Kurdistan Report ist nicht nur eine Zeitschrift. Auch nicht nur eine Reihe von Artikeln, die an einige junge Leute zur Lektüre verteilt werden. Im Zwischenmenschlichen und im Individuellen – der Kurdistan Report war nicht nur der Name für die Verbindung zu insbesondere linken, sozialistischen, feministischen, demokratischen, antifaschistischen, anarchistischen und verschiedenen Glaubensgruppen, sondern er war die Verbindung selbst.

Wir sollten wissen, je mehr wir den Kurdistan Report verbreiten, desto stärker wird naturgemäß unser Beziehungsnetzwerk und desto möglicher wird es werden, die freiheitliche Welt zu schaffen, in der wir leben wollen.

Ja, in der revolutionären und freiheitlichen Überzeugung, dass eine schöne Welt möglich ist, und dies durch das Verbreiten von Zeitschriften wie dem Kurdistan Report. ♦



Erdoğans Kapitulationsgespräch in Deutschland

Ob mit Wilhelm II. oder mit Merkel

Veysi Sarısözen, Journalist

In den Jahren, als die Ergenekon-Mitglieder wegen der »Angriffe« auf Atatürk-Statuen Gift und Galle spuckten, wandelte ich in Krefeld umher. Es war wieder ein Herbsttag. Plötzlich sah ich vor mir eine Büste aus schwarzer Bronze. Sie war von oben bis unten mit Vogelkot bedeckt, sodass sie eine gelblich-weiße Farbe angenommen hatte. Als ich ein Jahr später denselben Weg entlangging, waren Nase und Ohren dieser Büste abgetrennt. Später blieb nur noch ihr Sockel übrig.

Wessen Büste war es?

Es war die des ersten deutschen Reichskanzlers Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen, der Deutschland vereinigt hatte. Eine Reaktion der Bevölkerung auf den Zustand der Büste und deren Verschwinden war nicht wahrzunehmen.

Auch wenn von seiner Republik nichts mehr übrig ist, stehen Atatürks Statuen unter staatlichem Schutz, die Statuen aus Bismarcks Deutschland sind mit Vogelkot bedeckt, aber zumindest unter dem Aspekt der Haltung gegenüber dem Osmanischen Reich lebt Bismarcks Deutschland in Merkels Seele weiter. »Für uns kann die Türkei im Spiel gegen unseren Feind Russland nur ein Bauer sein«, sagte Bismarck 1892 den »Hamburger Nachrichten«. Und fünf Jahre zuvor zu einem russischen General: »Wenn ihr den Sultan stürzt, werden wir sehr unglücklich sein. Wir pflegen sehr gute Beziehungen mit ihm. Doch wir haben keine Waffen, die wir für ihn (gegen euch) einsetzen würden.« Und im selben Jahr, am 11. Februar 1887, erklärte er wie Merkel heutzutage: »Deutschland hat in der Türkei nur wirtschaftliche Interessen.« Der Rest interessierte ihn nicht.

Bei seiner Rückkehr aus Berlin teilte Erdoğan mit, er habe mit Merkel über die Modernisierung des türkischen Schienennetzes gesprochen. Aus den Nachrichten geht hervor, dass der Großkonzern Siemens an dieser unglaublichen Investition beteiligt ist. Es handelt sich um 35 Milliarden.

Ich schreibe diesen Artikel am 4. Oktober 2018 in Aachen. Es ist, als ob die Geschichte sich über uns lustig macht. Heute genau vor 130 Jahren, am 4. Oktober 1888, wurde zwischen dem Osmanischen und dem Deutschen Reich eine Konzessionsvereinbarung über den Bau der Bagdadbahn geschlossen. Wer war der Deutsche, der diesen Vertrag unterschrieb? Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank: Georg von Siemens …

Die türkisch-deutsche Geschichte ist aus »eisernen Interessen« miteinander verbunden. Deshalb hat Erdoğan Merkel an diese »Geschichte« und die »gegenseitigen Interessen« erinnert, auf die sie lächelnd geantwortet hat. Nun spricht nahezu jeder über diese Beziehung der »egoistischen Interessen«. In den türkischen Medien wird vom Sieg der Deutschland-Expedition Erdoğans geschrieben. Doch die von Georg von Siemens an den Sultan herangetragene Konzessionsvereinbarung hatte das Ende des Osmanischen Reichs nach sich gezogen. Die jüngste Vereinbarung nun deshalb als Zeichen für das Ende des türkischen Staates zu bezeichnen wäre natürlich übertrieben. Doch wenn sie in ihrer derzeitigen Fassung unterschrieben werden sollte, hat der Abschluss des möglichen Vertrags mit der staatlichen Eisenbahngesellschaft TCDD (Türkiye Cumhuriyeti Devlet Demiryolları) unter den Bedingungen der schweren Niederlage des türkischen Staates im Syrien-Krieg und der Wirtschaftskrise eine große Bedeutung: Die Türkei, die Bismarck als einen »Bauern gegen Russland« betrachtete, ist nun in der Sicht Deutschlands ebenfalls ein Bauer, der für eigene Interessen benutzt werden kann. Es gibt keine »gegenseitigen Interessen«, sondern nur die Interessen Deutschlands.

Balkankriege und der Dritte Weltkrieg

Machen wir zu diesem Thema eine Pause und schauen uns den »Verkehr« in der türkischen Außenpolitik an, der viele Menschen erstaunt. Denn noch vor Kurzem hatte das Erdoğan-Regime den Merkel-Staat mit dem Nazi-Staat verglichen und die USA dafür angegriffen, ihre Finger im Putsch vom 15. Juli 2016 gehabt zu haben. Im letzten Monat haben

die Äußerungen über die »Interessenlobby« und »äußere Einflüsse« abgenommen und Erdoğan und sein Schwiegersohn Albayrak klopften an die Türen der Länder, die sie zuvor als »Feinde« deklariert hatten.

Warum wohl? Manche nennen diese plötzliche Wendung »Pragmatismus«. Auch meinen manche, Erdoğan besitze die Fähigkeit, sich jeder Situation anpassen zu können.

Über solche »Fähigkeiten« verfügen alle Staaten. Sie entscheiden gemäß der realen Situation und ihrer staatlichen Potenz, sich ein wenig anzupassen. Erdoğan hingegen hat nicht mehr einen solchen eigenen Willen. Er ist im Dritten Weltkrieg in Syrien besiegt worden. Das Bündnis mit dem sogenannten IS (Islamischer Staat) hat ihn sowohl für das syrische Regime und Russland als auch für die US-geführte internationale Koalition zu einem »Kriegsschuldigen« gemacht. Can Dündar, dem während des Erdoğan-Besuchs in Deutschland die Aufmerksamkeit der Medien gehörte, hatte die Beweise für die »Kriegsschuld« – die mit Lastwagen des MIT (Nationaler Nachrichtendienst) an den IS gelieferten Waffen – in der Zeitung Cumhuriyet veröffentlicht, die nun von ultranationalistischen Kemalisten kontrolliert wird. Erdoğan beschuldigte in seiner Panik Can Dündar der »Spionage«. Erdoğan zog die Türkei im Jahr 2010 in den Krieg, der mit dem Eingreifen der USA und dem Arabischen Frühling begonnen hatte, so wie Enver Pascha damals an der Seite Deutschlands am Ersten Weltkrieg teilnahm. Die Jungtürken traten in diesen Krieg mit dem Traum ein, sowohl das aufzuteilende osmanische Territorium zu schützen als auch den verlorenen Balkan zurückzuerobern. Erdoğan stürzte sich in diesen Krieg, um bei der Neuaufteilung Nordkurdistan nicht zu verlieren und um auch im Mittleren Osten von Neuem türkischen Einfluss geltend zu machen.

Das Ergebnis war in beiden Fällen dasselbe: Die Türkei wurde in beiden Kriegen besiegt. Doch bei der jüngsten Niederlage ist eines anders: Zu Beginn des Syrien-Krieges zählte die Türkei für die USA als beispielhafter Partner des »gemäßigten Islams« im Mittleren Osten. Doch der Versuch Erdoğans, mit den Muslimbrüdern die Führung des arabischen Sunnitentums zu bilden, endete mit Frustration. Die als Freie Syrische Armee bezeichnete Kraft ist in kürzester Zeit zugrunde gegangen und der IS übernahm die Führung des arabischen Sunnitentums. Die mit den schweren Waffen Saddams aus US-amerikanischer Herkunft ausgerüsteten IS-Banden haben in kurzer Zeit ihre Herrschaft über die Hälfte des Territoriums des Iraks und Syriens erlangt. Die Muslimbrüder wurden in Ägypten und Tunesien besiegt. An diesem Punkt verstanden die USA, dass sie ihren Einfluss im Mittleren Osten nicht auf den »gemäßigten Islam« stützen können, und waren zum Bündnis mit Rojava, der einzigen wirksamen Kraft gegen den IS, gezwungen. Als Erdoğan jedoch die Revolution in Rojava ersticken und den Mittleren Osten »allein« kontrollieren wollte, hat sich die Kriegssituation geändert. Der türkische Staat stellte sich auf einmal gegen Russland, Syrien, die USA und die EU.

In die Spirale der Niederlage geraten

Wenn es ihm gelungen wäre, mithilfe des IS Kobanê zu Fall zu bringen und die Revolution in Rojava zu bezwingen, hätte der Krieg auf jeden Fall einen anderen Verlauf genommen. Die Position Erdoğans wäre eine andere geworden, da Russland noch nicht mit all seiner Kraft in Syrien vertreten war. Erdoğan ist gegenüber der Revolution in Rojava aufgrund des Sieges in Kobanê mit US-Unterstützung in eine Spirale der Niederlage geraten. Nun ist der IS besiegt und deshalb auch der türkische Staat.

In jedem Krieg erklärt die besiegte Seite die Kapitulation. Doch obwohl der türkische Staat in diesem »postmodernen« Krieg besiegt wurde, haben weder Syrien, der Iran und Russland auf der einen Seite noch die USA und die Koalitionskräfte auf der anderen Seite bis jetzt eine Vormachtstellung schaffen können. Daher stellt sich folgende Frage: Welchem »Sieger«-Staat wird der besiegte türkische Staat seine Kapitulation erklären? Oder: Welcher Staat wird die Türkei an sich binden?

Ich bin mir nicht sicher, aber ich denke, historisch gesehen gab es eher selten ein solches Verhältnis zwischen Sieger und Besiegtem. Wir erleben eine historische Phase, in der die Besiegten klar (die Türkei), aber die Sieger nicht auszumachen sind. Vielleicht hat zum ersten Mal in der Geschichte ein besiegter Staat die Chance, sich das Land auszusuchen, vor dem es kapituliert. Diese Staaten sind in drei Gruppen aufgeteilt: Russland (und China), die USA und Deutschland (EU). Sie sind alle global aktive kapitalistische Staaten. Nun stehen sie untereinander im Wettbewerb darum, vor wem die Türkei kapitulieren wird, wer den größten Nutzen aus der Kapitulation ziehen kann.

Der wahre Grund für die diplomatischen Aktivitäten Erdoğans und seines Schwiegersohns ist die Suche nach einem geeigneten Land für die Kapitulationserklärung. Erdoğan jagt einem Kapitulationsabkommen hinterher, das seiner Macht am wenigsten und den Kurden am meisten schadet.

Sei es der milliardenschwere Kauf von Luftabwehrsystemen aus Frankreich, der Auftrag des türkischen Staates an die New Yorker Beratungsfirma McKinsey, sich um Kostenkontrolle und Regulierungsfragen zu kümmern, der 35-Milliarden-Handel mit Deutschland zur Modernisierung des türkischen Schienennetzes bis hin zum Handel über die S-400-Flugab-

wehrsysteme aus Russland: Erdoğan versucht mit Bestechungen aller Art seinen Kragen zu retten.

Für all diese Schmiergelder haben sie die ganzen Reichtümer des türkischen Staates im Namen des türkischen Staatsfonds (Türk Varlik Fonu, TVF) unter ihre Kontrolle gebracht. Dieser Staatsfonds befindet sich in der Hand des Diktators. Er untersteht keiner Kontrolle oder Entscheidungsgewalt einer staatlichen Institution und Erdoğan und sein Schwiegersohn Damadı Albayrak verfügen frei über den Verkauf.

So wie der Sultan. So wie sie, um sich selbst zu retten, den großen Staaten »Konzession auf Konzession« gemacht haben, nutzt er diesen Staatsfonds nun als einen »Fonds der Konzessionen und der Schmiergelder«.

Sie sind zurück in die Zeit der Kapitulation und der Administration de la Dette Publique Ottomane (Osmanische Staatsschuldenverwaltung). Das waren die direkten Ergebnisse der Kriegsniederlagen.

In der diplomatischen Geschichte der Türkei ging es nicht darum, Probleme aus eigener Kraft zu bewältigen, sondern es ging immer darum, von den Widersprüchen zwischen den großen Staaten zu profitieren. Der größte Meister darin war Abdülhamid II. Die Jungtürken und Ismet İnönü waren »Meister der Balance«. Erdoğan spielt dieselbe Rolle.

Schaut. Nach der schweren Niederlage in den Balkankriegen haben sich die Türken wieder auf die Suche begeben.

Im Oktober 1911 wollte Finanzminister Cavid eine Allianz mit dem britischen Marineminister Churchill schließen. Großwesir Ahmed Tevfik Paşa hatte ein Jahr vor dem Eintritt in den Ersten Weltkrieg mit Deutschland ebenfalls Großbritannien angefleht. Im selben Jahr zog auch Cemal Paşa vor die Tore Frankreichs und Talat Paşa vor die Tore Russlands. Letztlich ging es bei dem Rumgerenne nach der Niederlage in den Balkankriegen um die Frage, vor wem man angesichts des sich abzeichnenden Weltkrieges kapituliert. Bekanntlich ergaben sich die Jungtürken Deutschland. Der Sultan schwang vor England die Fahne der Niederlage. Die Außenpolitik des kemalistischen Regimes hingegen war provisorisch. Mustafa Kemal hat sich eine Zeit lang mit der Balance zwischen England und der Sowjetunion über Wasser gehalten. Im Wesentlichen war der Vertrag von Lausanne ein weniger schädlicher Kapitulationsvertrag als der von Sèvres. Es gab einen osmanischen Staat, das kleine Anatolien wurde hinzugewonnen und die Kurden verloren.

Dann explodierte der Zweite Weltkrieg. Der türkische Staat unterzeichnete sowohl mit England als auch mit Nazi-Deutschland »geheime Bündnisprotokolle«. Am Ende des Krieges kapitulierte er vor den USA.

Die heutigen »diplomatischen Kontakte« des türkischen Staates entsprechen nicht denen eines souveränen Staates, sondern denen eines im Krieg besiegten, für Kriegsverbrechen verurteilten und von einer ökonomischen Krise betroffenen Staates. Wie bereits erwähnt ist es ein »postmoderner« Staat. Es ist nicht klar, wer verloren und wer gewonnen hat. Nun konkurrieren Russland, die USA und Deutschland mittels des »Dialogs« mit der Türkei darin, wem sich der besiegte Staat ergeben wird. Erdoğan versucht hierbei, den eigenen Schaden so gering wie möglich zu halten. Aus diesem Grund kommt es zu der falschen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit: Die türkische Gesellschaft glaubt, dass Erdoğan Merkel, Putin und Trump »in die Schranken weist«. Denn es gibt in diesem Krieg keine zwei Seiten und keinen Besiegten oder Sieger. Wenn dem so wäre, dann würde der türkische Staat bei einer Niederlage Russlands im Krieg heute von den USA und der EU angeklagt als ein »kriegsverantwortlicher Verlierer« vor dem Internationalen Strafgerichtshof stehen. Statt »verurteilt« zu werden, wird Erdoğan nun von den Russen, den Deutschen und den Amerikanern gehätschelt, anstatt eine Ohrfeige verpasst zu bekommen. Das sind die Einzelheiten der Geschehnisse. Doch das Ende wird dasselbe sein.

Erdoğan: Weg mit den Kurden – Deutschland: Weg mit Apo

Doch zurück zum Thema. Welche Folgen wird es für die Völker Kurdistans haben, wenn der türkische Staat sich einem dieser genannten Staaten, oder allen einzeln, ergibt? Wilhelm II., der das Osmanische Reich in den Krieg zog und nach dem Krieg nach Holland floh, so wie Mehmed VI. nach England floh, soll als gläubiger Christ ein Jahr vor Beginn des Krieges erzürnt gewesen sein über die Massaker der Jungtürken. Auch Merkel soll eine Zeit lang über die Massaker an Kurden erzürnt gewesen sein.

Was ist dann passiert? Das wilhelminische Deutschland beteiligte sich direkt am Genozid an den Armeniern. Und wir wissen, dass die türkischen Soldaten in Merkels Panzern Şirnex (Şırnak), Cizîr (Cizre) und Nisêbîn (Nusaybin) zerstört haben. Es gibt keine wesentlichen Veränderungen in der deutschen Politik seit Bismarck und Wilhelm. Die »Kapitulation« der Türken verspricht keine große Hoffnung für Kurdistan. Nach dem Ersten Weltkrieg unterzeichnete die Türkei das Abkommen von Sèvres. An der Spitze der osmanischen Delegation stand Damad Ferid Paşa, der Schwager des Sultans. Nun hat der Schwiegersohn Erdoğans einen Vertrag mit McKinsey unterschrieben; es werden noch weitere folgen. Im Vertrag von

Sèvres waren die Kurden miteinbezogen gewesen. Der Sultan hatte sich ergeben, um seine Macht zu retten.

Was folgte dann?

Dann wurde der Unabhängigkeitskrieg für einen neuen Vertrag mit weniger Verlusten geführt – so kam es zum Abkommen von Lausanne. Das Imperium wurde aufgeteilt. Man wollte das Übriggebliebene retten und der kurdischen Gesellschaft wie heute auch größten Schaden zufügen. Mit Erfolg. Kurdistan wurde in vier Teile aufgeteilt. Alle in Sèvres zugestandenen Rechte für die Kurden wurden zurückgenommen. Das Ergebnis ist klar: Es ist ein großer Fehler, vom »Kapitulationsvertrag« des Erdoğan-Regimes einen Nutzen für die Demokratie in der Türkei und die Rechte der kurdischen Gesellschaft zu erwarten. Das Ziel der globalen Kräfte ist es nicht, der Türkei Demokratie zu bringen und Kurdistan zu befreien. Es geht wie beim Osmanischen Reich darum, die Osmanen die Schulden bezahlen zu lassen und die eigenen Interessen auf dem türkischen Markt zu wahren. Darüber hinaus will Deutschland die Türkei innerhalb der Kriegsgebiete zu einer »Pufferzone« machen und als »Sammellager für Flüchtlinge« gestalten. Zumindest ist Deutschland nun »demokratisch«. Sie sind nicht dabei, Konzentrationslager aufzubauen. Das exportieren sie in die Türkei.

Darüber hinaus will Deutschland die Türkei innerhalb der Kriegsgebiete zu einer »Pufferzone« machen und als »Sammellager für Flüchtlinge« gestalten. Zumindest ist Deutschland nun »demokratisch«. Sie sind nicht dabei, Konzentrationslager aufzubauen. Das exportieren sie in die Türkei.

Zurzeit besteht die Diskrepanz zwischen den westlichen Staaten einschließlich Deutschlands und dem türkischen Staat im Hinblick auf die Behandlung der kurdischen Frage weiter. Die westlichen Länder sind im Wesentlichen gar nicht gegen einen kurdischen Nationalstaat. Sie würden ein »Kurdistan ohne Apo« entgegen der »Den Kurden keine Rechte«-Strategie des türkischen, irakischen, iranischen und syrischen Staates in Form eines kurdischen Nationalstaates – wie jeden Staat – als in ihrem Sinne erachten.

Sie versuchen das apoistische Programm einzudämmen. Denn es zielt darauf ab, die Völker des Mittleren Ostens jenseits von Ethnie, Konfession und Kultur auf der Basis der demokratischen Nation im Rahmen eines konföderalen Mittleren Ostens zu vereinen, mit schwachen Grenzen wie in der EU. Dieses Programm wird in Rojava lebendig. Wenn es morgen im ganzen Mittleren Osten umgesetzt werden würde, dann würden die globalen Kräfte keine Interventionsmöglichkeiten in die Region mehr haben, wo bislang Feindbilder zwischen Schiiten und Sunniten, Muslimen und Juden und den Armeniern, Assyrern und Êzîden aufgebaut wurden.

Ginge es nach Erdoğan, würde alles Kurdische zerschlagen werden. Europa ist da »zivilisiert«. Es denkt, dass die Zerschlagung des Befreiungsprogramms, des Bewusstseins und der Seele Kurdistans ausreichend ist.

Deshalb ist die PKK in Deutschland verboten, gab es ein Internationales Komplott gegen Öcalan und wird in Imralı der PKK-Vorsitzende Öcalan gefoltert, unter Zustimmung des Antifolterkomitees CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) und von Menschenrechtsorganisationen. Deshalb wird der nach einem Nationalstaat strebende Barzanî in Südkurdistan unterstützt.

Somit müssen sich die Antifaschisten in der Türkei und die kurdischen Freiheitskräfte gegen den »Kapitulationsvertrag« des türkischen Staates zusammenschließen. Denn er wird außer Erdoğans Oligarchie jedem schaden.

Gegenüber Folgendem müssen wir sehr wachsam sein: Der türkische Staat ist keine »unterdrückte Kolonie« oder »Halbkolonie«. Er ist das schmächtige Kind der internationalen imperialistischen Familie. Auch in seinem Kern lebt der Imperialismus. Es ist deshalb die größte Lüge, wenn Ergenekon-Anhänger und Nationalisten Erdoğan offen oder verdeckt als Widerständler gegen den Imperialismus unterstützen. Die Türkei als imperialistische Regionalmacht und ihr Kapital sind in den Krieg eingetreten, um den mittelöstlichen Markt zu übernehmen, und haben verloren. Die Kriegsgegner haben Recht behalten.

Nun geht es darum, anstatt die Kapitulationsabkommen abzuwarten, gegen diesen Versuch des Machterhalts Erdoğans Widerstand zu leisten und für eine neue Türkei zu kämpfen, die aus demokratischen Selbstverwaltungsregionen besteht und gemäß der demokratischen Nation als demokratische Republik innerhalb des konföderalen Mittleren Ostens lebt.

***

Als ich den Artikel zu Ende schrieb, kam mir der Gedanke, ob wohl der Sockel der Bismarck-Büste immer noch dort steht. Ich denke ja, aber nun mit einer Büste von Merkel. ♦

Erdoğan setzt auf deutsche Investoren gegen die türkische Wirtschaftskrise

Die neue Berlin-Bagdad-Bahn

Erkin Erdoğan

Die türkische Wirtschaft befindet sich erneut in einer enormen Fluktuation. AKP-Quellen behaupteten vor den Präsidentschaftswahlen vom 24. Juni 2018, dass ein Wahlsieg Erdoğans das Wirtschaftswachstum und die Stabilität der Türkischen Lira sichern würde. Was wir heute erleben, ist das völlige Gegenteil. Dies ist nicht nur eine Finanzkrise, sondern eine vielschichtige Krise des ökonomischen Modells der AKP, das in den letzten 17 Jahren verfolgt wurde, und der abenteuerlich-autoritären Politik Erdoğans, die in und außerhalb der Türkei angewendet wurde. In der Krise bleibt nichts, wie es ist. Das Gleichgewicht zwischen der herrschenden Klasse und den unterdrückten Menschen in der Türkei wird der bestimmende Faktor für die nahe Zukunft sein, ebenso wie die Haltung der großen globalen Kräfte gegenüber Erdoğan.

Eine weitere bemerkenswerte Tatsache ist, dass die Wirtschaftskrise in der Türkei niemanden überrascht. Nicht nur die Wirtschaftsexperten, sondern auch anonyme Quellen aus der Regierung haben schon lange darauf hingewiesen. Zur Erinnerung: Es war die Einschätzung von AKP und MHP, dass eine Wirtschaftskrise bevorstehe, die zur Vorverlegung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anderthalb Jahre vor dem regulären Termin im November 2019 führte. In Anbetracht dessen, dass die AKP aus der Wirtschaftskrise von 2001 heraus entstanden war und während ihrer Herrschaft einige Krisen gut gemeistert hat, sollten wir nicht überrascht sein, dass sie mit ihrer Vorausschau recht behielt.

Die Dynamik wirtschaftlicher Krisen

Mit dem starken Rückgang des Kurses der Türkischen Lira (TL) gegenüber dem US-Dollar im Juli und August dieses Jahres wurde die wirtschaftliche Krise für jedermann sichtbar. Der Wechselkurs des US-Dollars, der am 24. Juni bei 4,61 TL lag, stieg am 14. August auf 7 TL. Vor nicht allzu langer Zeit, im Sommer 2013, kostete 1 Dollar 1,90 TL und die Wechselkurse davor waren fast stabil. Das Gleichgewicht der Wirtschaft brach in fünf Jahren mit zunehmender Geschwindigkeit zusammen und die Nachhaltigkeit des derzeitigen Wirtschaftsmodells wurde empfindlich gestört.

Die Krise resultiert nicht nur aus einem Faktor. Wir müssen eine Reihe schädlicher Faktoren und deren Interaktion betrachten, die das Ergebnis, das wir heute sehen, beeinflusst haben. Aus der Perspektive der politischen Ökonomie sind als Erstes die strukturellen Probleme hervorzuheben, die auf die bevorstehende Krise hindeuteten. Das importbasierte Wirtschaftsmodell der Türkei führte zu steigenden Leistungsbilanzdefiziten, die ein großes Risiko für die Wirtschaft darstellten. Dies war verbunden mit sehr hoher öffentlicher und privater Verschuldung im Ausland, die dazu genutzt wurde, Sektoren wie das Bauwesen anzukurbeln, was auf lange Sicht nicht zu hohen Gewinnen führt. Daher wurde die Wirtschaft viel anfälliger.

Um nur einige quantitative Daten zu benennen: Das Leistungsbilanzdefizit von 32,6 Mrd. US-Dollar im Jahr 2016 sprang auf 47,1 Mrd. 2017 mit einem Anstieg um 44,5 Prozent. Im Juni 2018 lag es bei 58,27 Mrd. Dollar. Die Türkei war mit diesem Wirtschaftsverlauf eine der schlechtesten Volkswirtschaften unter den G20-Ländern. Der traditionelle Reflex der AKP-Regierungen, auf das hohe Leistungsbilanzdefizit zu reagieren, bestand in dem Versuch, die Schuldenlücke zu schließen, indem zusätzliche Schulden gemacht wurden.

Schuldenwirtschaft

Die Schuldenwirtschaft wurde zu Zeiten der AKP-Regierungen zu einem vitalen Phänomen der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen in der Türkei. Im letzten Quartal 2002, als die AKP zum ersten Mal in die Regierung gewählt wurde, belief sich der Gesamtbetrag der privaten und öffentlichen Verschuldung auf 129 Mrd. US-Dollar. Sie stieg auf 457 Mrd. im zweiten Quartal 2018. Der Anteil der Verschuldung des Privatsektors nahm in diesem Zeitraum deutlich zu. Sie lag

2002 bei 33 Prozent (43 Mrd. Dollar) und war 2018 auf 69 Prozent (mit 317 Mrd. Dollar) gestiegen. Staatlich finanzierte große Infrastrukturprojekte, die hauptsächlich an AKP-nahe Unternehmen vergeben werden, spielen eine wichtige Rolle beim Anstieg der Schulden des Privatsektors. Zu diesen Infrastrukturprojekten gehören die dritte Brücke am Bosporus mit Kosten von 3 Mrd. US-Dollar, die Autobahn Gebze-Izmir einschließlich der Osmangazi-Brücke an der Izmir-Bucht mit 6,9 Mrd. Dollar und der dritte Flughafen von Istanbul mit einem Rekordwert von 25,6 Mrd. Euro. Offensichtlich haben die Konsortien, die Verträge aus der öffentlichen Hand mit den notwendigen Staatsgarantien bekamen, ihre Kredite aus dem Ausland erhalten. Ein weiterer Faktor, der die Türkei in die Lage versetzt hat, eine sehr hohe Verschuldung zu erreichen, war der Zeitraum nach der weltweiten Krise von 2008. Dank der nach der Krise von 2001 getroffenen Vorkehrungen konnte die Türkei den finanziellen Zusammenbruch des Jahres 2008 relativ unbeschadet überstehen. Für türkische Behörden oder den privaten Sektor war es kein großes Problem, billige Kredite aus dem Ausland zu finden, während viele Volkswirtschaften in der Welt immer fragiler wurden. Das globale Finanzkapital strebte kurzfristige Gewinne an, indem es sich auf Volkswirtschaften mit relativ robusten makroökonomischen Indikatoren stützte, und die Türkei passte zu diesem Profil mit ihren ehrgeizigen Zielen und anhaltendem Wachstum.

Der Bausektor in der Türkei wurde nicht nur durch großangelegte Infrastrukturprojekte attraktiv, sondern auch durch städtebauliche Pläne wie den Bau von Sozialwohnungen, Einkaufszentren, Luxuswohnungen, Büroräumen usw. Die öffentliche Hand trug zu diesem Wachstum bei, indem sie städtische Transformationsprojekte förderte. Dies half dem Bausektor, eine hohe Nachfrage aufrechtzuerhalten. In jedem Fall mussten die alten und unsicheren Gebäude, die vor 1998 in der Türkei gebaut worden waren, größtenteils neu gebaut werden, da sich die Standards nach dem großen Erdbeben Ende der 90er Jahre geändert hatten. Der Bausektor, der weltweit ein durchschnittliches jährliches Wachstum von etwa 3 Prozent aufweist, wuchs in der Türkei in den ersten beiden Quartalen 2017 um 5,6 und 5,5 Prozent und dann im dritten Quartal um 18,7 Prozent. Parallel zu diesem Wachstum hat das Beschäftigungsniveau in diesem Sektor mehr als 2,3 Millionen Menschen erreicht, was 8 Prozent der Gesamtbeschäftigung in der Türkei ausmacht. 20 Prozent des Wachstums stammten in den letzten Jahren aus dem Bausektor und 90 Prozent der gesamten Verschuldung in diesem Bereich entfielen auf Fremdwährungen.

Wie es auch für die anderen Wirtschaftsbereiche gilt, unterliegt der Bausektor den Regeln des kapitalistischen Systems: der Tendenz der fallenden Profitrate und der Überproduktionskrise. Die Zahl der Verkäufe in der Baubranche, die in den letzten fünf Jahren kontinuierlich gestiegen war, ist im ersten Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal um 6,72 Prozent zurückgegangen. Erst im April dieses Jahres sank der Umsatz im Bereich Wohnen um 9,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Dieser Rückgang erfolgte trotz aller im Jahr 2017 angekündigten Anreize und Vorkehrungen zur Ankurbelung der Nachfrage. Die rasche Abwertung der Türkischen Lira und die Tatsache, dass die Zentralbank die Zinssätze erhöhen musste, hat enorme negative Auswirkungen auf den Bausektor. Der Sektor schrumpfte im ersten Quartal 2018 um 0,8 Prozent, was die gravierendste Verringerung seit 2010 ist. Der Schaden wird in den kommenden Perioden noch viel höher sein.

Politische Krise

Die Eskalation der Wirtschaftskrise ging Hand in Hand mit politischen Zerwürfnissen mit den USA. Es ist kein Geheimnis, dass die Regierung Erdoğan und die USA im Nahen Osten unterschiedliche Interessen haben. Beispiele für ihre unterschiedlichen Positionen finden sich in Rojava, in der Syrienpolitik sowie in den Beziehungen zum Iran und zu Palästina. Die Auseinandersetzungen um die Residenz von Gülen in Pennsylvania nach dem gescheiterten Militärputschversuch haben die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ebenso belastet wie die Verurteilung von Hakan Atilla, dem stellvertretenden General Manager für internationales Bankwesen bei der türkischen Staatsbank Halkbank. Ihm wurde die Beteiligung an einer milliardenschweren Verletzung von US-Sanktionen gegen den Iran vorgeworfen. Schließlich machten die Inhaftierung von Andrew Brunson, einem nordamerikanischen evangelikalen Pastor in der Türkei, und die darauffolgenden Sanktionen der Trump-Regierung gegen die Türkei die Spannung sehr deutlich. Die Sanktionen der USA haben das globale Kapital erkennen lassen, wie hoch die Risiken und Unsicherheiten in der Türkei sind. Dies beeinflusst auch die Ratingagenturen.

Wenn wir den Hintergrund der abenteuerlichen Außenpolitik Erdoğans und insbesondere die Besetzung der kurdisch-syrischen Provinz Efrîn analysieren, sehen wir einen doppelten Mechanismus. Auf der einen Seite unterstützt die türkische herrschende Klasse die subimperialistischen internationalen Manöver von Erdoğan und seine autoritäre Politik in der Türkei, die es den Unternehmen ermöglichte, die Löhne und Arbeitskosten zu drücken. Die expansionistische Politik Erdoğans auf der ideologischen Grundlage des Neoosmanismus ebnete den Weg für die türkische Bourgeoisie, die mit der irakisch-kurdischen Regionalregierung jährlich ein Handelsvolumen von mehr als 12 Mrd. US-Dollar jährlich erzielen konnte. Mehr als zweitausend türkische Unternehmen waren 2016 in vielen Sektoren im Irak und in Kurdistan aktiv, darunter fielen große Infrastrukturprojekte. Die türkische herrschende Klasse



Demonstration gegen den Besuch von Erdoğan in Berlin. Foto: ANF

sieht in Syrien ein ähnliches Potential für die Zukunft neben dem historischen Ziel des Kemalismus, die Errungenschaften der kurdischen Befreiungsbewegung zurückzudrängen. Deshalb unterstützten alle Parteien im Parlament (abgesehen von der Demokratischen Partei der Völker HDP) die Besatzungspolitik der Erdoğan-Regierung in Rojava und Südkurdistan.

Auf der anderen Seite muss diese Art subimperialistischer Abenteurerpolitik mit regionalen und imperialistischen Kräften in der Region konkurrieren, was einen Bumerang-Effekt für die Türkei bedeutet, der zu Instabilität und Störungen führt. Erdoğan und ähnliche regionale Diktatoren in der Welt haben Glück, weil die neoliberale Weltordnung der vergangenen Jahrzehnte mit der Trump-Regierung zusammenbrach. Die USA führen einen tödlichen Handelskrieg nicht nur mit der Türkei, sondern auch mit China und den Ländern der Europäischen Union, insbesondere mit Deutschland. Nach den hohen Strafen der USA für die deutsche Automobilindustrie aufgrund des Abgasskandals hat die Trump-Regierung hohe Zollgebühren für Importstahl und -aluminium aus der Europäischen Union eingeführt. Dies führte dazu, dass die Europäische Union im Juli 2018 mehrere zusätzliche Zollabgaben im Wert von 2,8 Mrd. Euro auf die importierten Produkte aus den USA ankündigte. Die Europäische Union plant, den Steuerbetrag im Jahr 2021 auf 6,4 Mrd. Euro zu erhöhen. Die Trump-Regierung musste in dieser Atmosphäre unerwartete Schritte unternehmen, wie etwa die Annäherung an den »Schurkenstaat« Nordkorea. Im Moment plant Trump zusätzliche Steuern für die Autoimporte. Darüber hinaus denkt die Trump-Regierung darüber nach, für importierte Waren aus China eine zusätzliche Steuer von rund 50 Mrd. Dollar einzuführen.

Warum hilft Deutschland Erdoğan?

Wir müssen den Machtkampf zwischen den globalen Kräften verstehen, um zu sehen, warum die Regierung von Angelika Merkel mehrere Schritte zur Rettung der türkischen Wirtschaft und Erdoğans unternommen hat. Die deutsche Bundeskanzlerin will damit mehrere Ziele erreichen. Deutschland hat zum einen das Ziel, Verluste für europäische Banken zu verhindern, die einen bedeutenden Anteil der Auslandsschulden der Türkei halten. Darüber hinaus plant die deutsche Regierung, in dieser fragilen Situation möglichst viele Kompromisse mit der Türkei einzugehen, um sie als profitablen Handelspartner zu erhalten. Die Konkurrenz Deutschlands mit anderen globalen Kräften macht die Türkei zu einem wichtigen Bündnispartner für Angela Merkel.

Zwischen der Türkei und Deutschland besteht eine enge Verbindung, die auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblickt. Vor 120 Jahren einigten sich Sultan Abdülhamid II. und der deutsche Kaiser Wilhelm II. auf das Bahnprojekt Berlin-Bagdad. Die geopolitischen Beziehungen beider Länder gehen seitdem weiter. Deutschland ist der größte Handelspartner der Türkei. Sie hat im Jahr 2016 9,8 Prozent ihrer Exportgüter im Wert von 14 Mrd. US-Dollar nach Deutschland verkauft. Mit 21,5 Mrd., 10,8 Prozent des Gesamtimports, bezieht die Türkei nach China die meisten Güter aus Deutschland. Das Handelsdefizit von 7,5 Mrd. Dollar zeigt, wie wichtig Deutschland für die Türkei ist. Mit anderen Worten zeigt es ihre Abhängigkeit von Deutschland. Die Liste geht weiter: Deutsche Urlauber stellen den höchsten Anteil ausländischer Touristen. Mehr als siebentausend deutsche Unternehmen tätigen Direktinvestitionen in der Türkei.

Erdoğan will Deutschland in dieser schwierigen Zeit an der Seite der Türkei haben. Seine Reise nach Berlin im September diente dem Ziel, den Handel und die Investitionen zwischen beiden Ländern auszubauen. Die Arbeiterklasse steht aufgrund des autoritären Regimes in der Türkei unter Druck und der Preis für Arbeit ist wegen der Abwertung der Türkischen Lira sehr niedrig. Erdoğan versuchte, in der deutschen Hauptstadt auf der Grundlage dieser beiden Tatsachen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Türkei zu werben: »Die türkische Demokratie ist kompliziert, aber das Land ist sehr profitabel!« Um dem autoritären Ruf der Türkei entgegenzuwirken, umwirbt Erdoğan die internationalen Unternehmen mit politischen Garantien.

Die Strategie zur Überwindung der Krise durch Direktinvestitionen und Export

Direktinvestitionen sind für die Türkei in Zeiten der Wirtschaftskrise von entscheidender Bedeutung. Wenn der Kapitalfluss nicht abreißt, könnte die Türkei weitermachen wie bisher und unpopuläre soziale Kürzungen vermeiden, um aus der Krise zu kommen. Daher hat Erdoğan für solche Investitionen Gespräche mit der deutschen Wirtschaft bevorzugt. Im Vorfeld seines Deutschlandbesuchs standen deutsche Investitionen in das türkische Eisenbahnnetz im Vordergrund. Alle Details sind noch nicht bekannt, aber der Umfang, der in den Mainstream-Medien genannt wird, umfasst die Elektrifizierung der derzeitigen Eisenbahnsysteme, die Errichtung eines modernen Signalsystems, den Bau neuer Schnellzugstrecken mit vielen neuen Brücken und Tunneln sowie den Kauf der neuen Züge. Das Gesamtbudget dieses Projekts wird mit 35 Mrd. Euro angegeben. Dies ist ein riesiges Budget für den Gesamtbetrag der Direktinvestitionen. Zwischen 2002 und 2017 investierten deutsche Unternehmen insgesamt 9 Mrd. Euro in der Türkei. Dem Eisenbahnprojekt wird ein vierfaches Budget der gesamten Investitionen der letzten 15 Jahre zur Verfügung stehen. Um dies zu ermöglichen, muss Deutschland die Obergrenze für die Hermes-Kreditgarantien, die nach der politischen Krise zwischen zwei Ländern 2017 auf 1,5 Mrd. Euro festgelegt wurden, erhöhen.

Ein weiteres wichtiges Thema auf Erdoğans Agenda zur Überwindung der Krise ist die Fortsetzung der Verhandlungen zur Erweiterung des Geltungsbereichs der Zollunion zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Dadurch erhält die Türkei Zugang zum freien Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und Dienstleistungen. Außerdem will die Türkei über Handelsabkommen der Europäischen Union mit Drittstaaten mitbestimmen, wenn ihre Interessen mitberührt sind. Diese Verhandlungen wurden im vergangenen Jahr von der deutschen Regierung aufgrund der politischen Spannungen mit der Türkei gestoppt. Beide Länder sind derzeit mit ernsthaften Handelskonflikten mit den USA konfrontiert, so dass es sehr wichtig ist, die bisherigen Schwierigkeiten zur Förderung des gegenseitigen Handels zu überwinden. Dies gilt insbesondere für die Türkei

Was kommt als Nächstes?

Die Türkei erlebt eine hohe Inflation und ein niedriges Wachstum, was auf eine Stagflation hindeutet. Wir können davon ausgehen, dass sich dies fortsetzen wird. Immer mehr Unternehmen müssen Insolvenz anmelden und wir haben das größte Ausmaß der Krise noch nicht erreicht. Für 2019 wird kein Wachstum erwartet. Die Arbeitslosigkeit und das Unbehagen in der Gesellschaft werden sich je nach Ausmaß des Schadens vergrößern. Trotz der Unterdrückung durch die AKP gibt es einen anhaltenden Widerstand in der Gesellschaft: Die Tatsache, dass die HDP bei den Wahlen vom 24. Juni 2018 mit fast 6 Millionen Stimmen 12 Prozent erhielt, die spontane Streikbewegung am dritten Flughafen von Istanbul und kleinere Arbeitsplatzproteste wie die bei Flormar[1] sind einige Beispiele für diesen Widerstand. Die Krise bedeutet einen sich vertiefenden Klassenkampf. Wie die Krise gelöst werden wird, hängt stark von den Kräfteverhältnissen im Klassenkampf ab. Die Gesamtstrategie der AKP ist ziemlich klar, sie wird versuchen, mehr Druck auf die Arbeiterklasse auszuüben und die Arbeitskosten für die Förderung einer exportorientierten Wirtschaft zu senken. Die Frage ist, ob die Beschäftigen das akzeptieren oder nicht. ♦

1 In der Kosmetikfabrik Flormar in der Stadt Gebze traten im September weibliche Angestellte in den Ausstand, um gegen schlechte Arbeitsbedingungen zu protestieren.

Die kapitalistischen Mächte und der türkische Staat tun alles dafür, Öcalan vergessen zu machen

Öcalan ist unsere rote Linie

Interview mit dem kurdischen Politiker İmam Canpolat

Mit dem Internationalen Komplott gegen Abdullah Öcalan wurde eine neue Seite in der kurdischen Frage aufgeschlagen. Am 22. September 1999 rief Öcalan PKK-Mitglieder dazu auf, in die Türkei zu reisen, um die »Unterstützung für die demokratische Republik und eine positive Absichtserklärung« zu demonstrieren. Auf diesen Aufruf hin ging am 1. Oktober 1999 die »Erste Friedens- und Demokratiegruppe« bestehend aus Ali Sapan, Seydi Fırat, M. Şirin Tunç, İsmet Baycan, Sohbet Şen, Yüksel Genç, Yaşar Temur und Gülten Uçar in die Türkei. Die acht Mitglieder der Delegation wurden sofort beim Übergang in die Türkei verhaftet und als »Mitglieder einer Terrororganisation« inhaftiert. Um die aufgeladene Atmosphäre aufzulockern, machte Öcalan einen zweiten Aufruf. An dieser zweiten Delegation nahm neben Haydar Ergül, Ali Şükran Aktaş, Aygül Bidav, Yusuf Kıyak, Aysel Doğan und Hacı Dilek Kurt auch İmam Canpolat teil. Diese Delegation reiste am 29. Oktober 1999 aus Wien in die Türkei. All diese wurden wiederum in Istanbul vor Gericht geführt und mit Gefängnisstrafen zwischen 6 und 15 Jahren bestraft.

Öcalan ist einer verschärften Isolation ausgesetzt. Im Zuge einer jüngst verhängten Disziplinarstrafe gegen ihn hat diese Isolation ein neues Niveau erreicht. Welche Absicht steckt hinter dieser derart umfassenden Isolationspolitik?

Ich möchte ein wenig weiter zurückblicken, um die Bedeutung der aktuellen Phase zu veranschaulichen. Wir müssen uns das Internationale Komplott in Erinnerung rufen, durch das Abdullah Öcalan gefangen genommen wurde. Außerdem ist es wichtig, sich die Mission Öcalans zu vergegenwärtigen. Warum wurde er der Türkei übergeben? Wir müssen verstehen, warum seine Gefangennahme überhaupt betrieben wurde. Zehn Jahre vor Öcalans Inhaftierung war der Realsozialismus zusammengebrochen und die kapitalistische Moderne hatte sich selbst zur Siegerin erklärt. Die USA setzten sich dann in ihrer Funktion als globaler Polizist des Kapitalismus das Ziel, die Welt neu zu ordnen. Der damalige US-Präsident George Bush forderte damals, die Weltordnung hänge von nun an einzig und allein von den USA ab und man habe sich bei Problemen an sie zu wenden.

Ein Großteil der kommunistischen Parteien und revolutionären Bewegungen auf der Welt zerfielen damals. Die verschiedenen Klassen und Völker, die für fortschrittliche Werte und die Revolution gekämpft hatten, blieben unorganisiert und führungslos zurück. Der Wind der kapitalistischen Moderne blies kräftig und verbreitete sich machtvoll auf der gesamten Welt. Viele Wirtschaftsprofessoren, die sich selbst als sozialistisch bezeichneten, biederten sich damals dem kapitalistischen System an. Genau während dieser chaotischen globalen Phase entwickelte Öcalan das Paradigma der neuen Epoche auf Grundlage von Basisdemokratie, Ökologie und Frauenbefreiung. Das kurdische Volk und sein Kampf entlang dieses Paradigmas erhielten immer größere Aufmerksamkeit von den anderen Völkern dieser Welt. Die Mächte der kapitalistischen Moderne erkannten, dass Öcalans Ideen eine Alternative zu ihrem eigenen System darstellten und letztendlich die Neuordnung der Welt in ihrem Sinne behindern würden. Sie begannen also Maßnahmen zu ergreifen, um den Freiheitskampf der Kurdinnen und Kurden in die Knie zu zwingen, und versuchten, Abdullah Öcalan zur Abkehr von seiner Ideologie zu bewegen.

In diesem Zusammenhang begann der Druck auf Hafiz al-Assad, der dem nicht lange standhalten konnte und sich den kapitalistischen Mächten fügte. Öcalan entschied sich daraufhin im Vertrauen auf einige »falsche Freunde« Syrien in Richtung Europa zu verlassen, um dort seine Bemühungen um Frieden und eine politische Lösung fortzusetzen. Hätte er eine kriegerische Lösung vorgezogen, wäre er in die Berge Kurdis-

tans und zur Guerilla gegangen. Seitdem sind genau 20 Jahre vergangen. Die kapitalistische Moderne hat versucht, die Welt neu zu ordnen. Sie ist damit jedoch gescheitert und befindet sich heute in einer strukturellen Krise, für die sie keine Lösung findet. Staaten wie die USA, Russland, die Türkei oder der Iran schaffen nur immer neue Probleme, indem sie versuchen, die Krise für sich zu nutzen.

Die Bewegung Abdullah Öcalans ist heute die Kraft, die über eine entschlossene und alternative Widerstandslinie und Ideologie verfügt, auf deren Grundlage sie gegen die strukturelle Krise der kapitalistischen Moderne kämpft. Die Isolation Öcalans auf der türkischen Gefängnisinsel steht in direktem Zusammenhang mit dieser Entwicklung.

Der Widerstand Öcalans auf Imralı dauert nun seit 20 Jahren an. Ist es gelungen, diesen Widerstand von ihm ausreichend zu unterstützen? Wie können die Schwächen in der Unterstützung überwunden werden?

Abdullah Öcalan leistet seit dem ersten Tag seiner Verhaftung ununterbrochen Widerstand. Manche Kreise verstanden seine Widerstandshaltung zu Beginn nicht. Die kurdische Bevölkerung hat sich auch nach der Verhaftung um Öcalan gesammelt. Zahlreiche Menschen haben ihr Leben dabei verloren. Insbesondere die kurdische Jugend war von Anfang an sehr aktiv. Auch die Guerilla der PKK hat als Reaktion auf Öcalans Inhaftierung ihren Widerstand intensiviert. Die jahrelangen Volksaufstände der Kurdinnen und Kurden, ihr umfassender Widerstand und die von ihnen verfolgte Politik haben den türkischen Staat auflaufen lassen. Er musste Gesetzesänderungen vornehmen, z. B. die Abschaffung der Todesstrafe.

Öcalan hat im Verlauf der Jahre seinen Widerstand intensiviert und immer weiter fortgesetzt. Deshalb wurde seine Isolation verschärft. Die Unterstützungsaktionen und Proteste außerhalb der Gefängnismauern werden dem Widerstand von Imralı nicht gerecht. In der letzten Zeit ist die Beteiligung an diesbezüglichen Protesten und Veranstaltungen zu schwach. Einige Kreise bewerten das als Abnahme der Unterstützung für die Freiheitsbewegung durch die kurdische Bevölkerung. Das stimmt aber nicht. Die Menschen sind nicht von der Freiheitsbewegung abgerückt, doch gehen sie weniger auf die Straße. Die Menschen leisten aber weiter entschlossen Widerstand gegen den türkischen Faschismus und den psychologischen Krieg, den die Kräfte der kapitalistischen Moderne führen.

Die Freiheitsbewegung setzt ihren Widerstand gemäß der durch Öcalan begründeten Widerstandstradition fort. Es handelt sich bei ihr um eine Bewegung, die in den schwersten Momenten am entschlossensten Widerstand leistet. Die Widerstandsaktion von Ümit Acar ist eine klare Botschaft, auch wenn die Art und Weise dieses Protests nicht vollständig im



Demonstration in Basel zum 20. Jahrestag des internationalen Komplotts gegen Öcalan. Foto: ANF



Demonstration in Hesekê am 20. Jahrestag des internationalen Komplotts gegen Öcalan. Foto: ANHA

Sinne Öcalans sein mag. Ümit Acar hat uns allen eine klare Botschaft gesendet: Erstens, es findet ein Völkermord gegen das kurdische Volk statt. Durch seine militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung für den türkischen Staat macht sich Deutschland mitschuldig an diesem Völkermord. Dagegen hat Ümit protestiert. Zweitens hat er gegen die verschärfte Isolation Öcalans protestiert. Drittens ruft er mit seiner Aktion die kurdische Bevölkerung, die Jugend und Frauen dazu auf, sich um Öcalan zu versammeln und Aufstände zu beginnen.

Sie waren ein Mitglied der »Friedensgruppe«. Wie ordnen Sie den Einsatz Öcalans für die Freiheit und den Frieden historisch ein?

1993 erklärte Öcalan den ersten Waffenstillstand. Seither setzte er sich noch intensiver für einen Frieden auf der Grundlage von Gleichheit und Freiheit ein, aber nicht nur für die Kurdinnen und Kurden. Er bemüht sich seither um eine politische Lösung der Probleme aller Völker im Mittleren Osten.

Wenn wir uns die Geschichte der Revolutionen auf der Welt ansehen, stoßen wir auf einige Revolutionen, welche die Grenzen der Länder überschritten und zur Inspiration für die verschiedensten Gesellschaften wurden: 1848, 1871, 1917 oder 1968 sind Beispiele dafür. Der von Abdullah Öcalan entwickelte Begriff der demokratischen Moderne und seine damit einhergehenden ideologischen Überlegungen zeigen uns den Weg für eine weltweite Revolution in unserer heutigen Epoche. Die Revolution in Rojava ist dafür ein ganz praktisches Beispiel. Sie ist eine Revolution der Frau und wird zugleich von den verschiedenen Völkern der Region gemeinsam vorangetrieben.

Heute ist die kurdische Freiheitsbewegung ein Anziehungspunkt für die internationalistische Solidarität, ähnlich wie die Bewegungen von Marx und Lenin im 19. und 20. Jahrhundert. Die Rojava-Revolution ist keine gewöhnliche Revolution. Sie findet inmitten eines Weltkrieges statt. Sie weckt neue Hoffnungen und schafft neue Werte in einer Zeit, in der die kapitalistische Moderne ihren Erfolg proklamiert. Das ist die Errungenschaft der Bewegung Abdullah Öcalans.

Die kapitalistischen Mächte und der türkische Staat tun alles dafür, Öcalan vergessen zu machen. Sie wollen, dass wir uns daran gewöhnen und unseren Widerstand beenden. Deshalb wird er isoliert und gefoltert. Doch Abdullah Öcalan ist die rote Linie des kurdischen Volkes und aller Völker des Mittleren Ostens. Jede Gesellschaft hat gewisse Vorbilder, Werte, Heldinnen und Helden und Symbole. Abdullah Öcalan zu vergessen käme einer erneuten Versklavung gleich.

Am 9. Oktober vor 20 Jahren hat das internationale Komplott begonnen. Welche Formen nimmt es heute an?

Die Wut der kapitalistischen Mächte und der regionalen Kolonialregime auf Öcalan ist heute größer denn je. Sie möchten das internationale Komplott und den Völkermord an den Kurdinnen und Kurden zum Abschluss bringen. Viele verstehen nicht, wie genau das Komplott sich bis heute fortsetzt. Die kapitalistischen Mächte hatten vor 20 Jahren eigentlich den Plan geschmiedet, Abdullah Öcalan vom türkischen Faschismus entweder hinrichten zu lassen oder ihn in den Selbstmord zu treiben, womit der kurdisch-türkische Krieg bis in alle Ewigkeit eskaliert wäre. Die internationalen Mächte wollten auf diesem Weg die Türkei ähnlich wie Jugoslawien aufteilen. Doch Öcalan erkannte diese Absicht und ließ sie durch seinen Widerstand ins Leere laufen.

Heute befindet er sich unter einer noch intensiveren Isolation. Die kapitalistischen Mächte wollen das Komplott heute modifiziert fortsetzen. Die zweite Phase dieses internationalen Komplotts begann am 30. Oktober 2014, als der Nationale Sicherheitsrat der Türkei beschloss, den kurdischen Widerstand militärisch vollständig zu zerschlagen. Als Vorbild sollte das Vorgehen in Sri Lanka gegen die Tamilen dienen. So wollte man die Widerstandskraft der Freiheitsbewegung brechen und nach getaner Arbeit auch Öcalan hinrichten lassen. Doch Öcalan selbst und die Bewegung erkannten diese Absicht früh genug und verhinderten ihre Umsetzung.

Das Komplott wird also international fortgesetzt. Jetzt versuchen sie den türkischen Staat dazu zu bringen, ganz Kurdistan zu besetzen. Die grundlegende Absicht dahinter ist, den türkischen Staat und die Kurdinnen und Kurden durch einen Krieg zu schwächen und so unter Kontrolle halten zu können. In Efrîn hat man damit begonnen und will nun in ganz Kurdistan durch eine Besatzungspolitik die Guerilla stark schwächen. Die Mächte denken, dann Öcalan zur Aufgabe zwingen und die Türkei wie Jugoslawien zerlegen zu können. In diesem Kontext möchte die Türkei nun auch Minbic, Rojava und die anderen Teile Kurdistans besetzen. Auch Bradost und die Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan unterliegen tagtäglich schweren Luftangriffen und es wird versucht, in diese Gebiete einzudringen. Seit nunmehr einem Jahr finden in diesem Gebiet sehr schwere Gefechte statt. Über Bradost möchte man in das Herz des Widerstandes, die Medya-Verteidigungsgebiete, vordringen. Zurzeit sind die Angriffe aber zum Stillstand gekommen.

Der Luftraum Südkurdistans ist unter amerikanischer Kontrolle. Ohne die Zustimmung der USA kann kein einziges türkisches Flugzeug Qendîl, Bradost oder Şengal bombardieren. So war der Mord an Zekî Şengalî nur durch die Öffnung des südkurdischen Luftraums für die Türkei durch die USA möglich. Alle Institutionen der kapitalistischen Moderne unterstützen die Politik des internationalen Komplotts. Leider hat sich auch die PDK zu einem Teil dieser Politik machen lassen.

Die Veröffentlichung eines Berichts des CPT (European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment) mit dreijähriger Verspätung zeigt, mit welch maßloser moralischer Armut und fehlender Ernsthaftigkeit hier Politik gemacht wird. Auch der Europäische Menschenrechtsgerichtshof sprach vor Kurzem in einem Urteil davon, Öcalan sei auf Imralı weder gefoltert noch schlecht behandelt worden. Diese beiden Institutionen sagen damit dem türkischen Staat, dass er machen kann, was er möchte. Einige Anwältinnen und Anwälte haben gegen das Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs protestiert und verlangt, die Türkei für ihr Verhalten zu verurteilen. So sehr ihre Forderung berechtigt ist, dürfen sie Folgendes nicht vergessen: Wenn das CPT und der Menschenrechtsgerichtshof die Türkei verurteilen bzw. schuldig sprechen, dann erkennen sie ihre eigene Schuld an. Denn das System von Imralı ist ein System, an dem sich die ganze Welt beteiligt.

Können Sie noch etwas zu den derzeitigen Protesten für Öcalan sagen?

Wir sprechen heute von 45 bis 50 Millionen Kurdinnen und Kurden, die zum Teil zur Flucht in alle Teile der Welt gezwungen wurden. Heute wollen die Staaten dieser Welt über unser Schicksal entscheiden. Das ist in höchstem Maße unmoralisch und ungerecht. Im Dritten Weltkrieg, der heute im Mittleren Osten stattfindet, spielt die kurdische Bevölkerung eine zentrale Rolle. Sie ist die dynamischste Kraft in der Region. Auch heute wird wieder versucht, ihre Existenz zu verleugnen und ihnen einen Status vorzuenthalten. Aus diesem Grund wird Abdullah Öcalan als Geisel gehalten.

Kann ein Volk oder ein einzelner Mensch frei sein, wenn sein Repräsentant gefangen gehalten wird? Nein! Für einen Menschen sind seine Identität, Kultur, Sprache und die Gefallenen um vieles wertvoller als materielle Dinge. Abdullah Öcalan ist das Symbol für all diese Werte, denn er ist die Hoffnung, welche die Kurdinnen und Kurden wieder auf eigene Beine gestellt hat und auch alle anderen Unterdrückten dieser Welt inspiriert. Genau deshalb müssen wir Verantwortung für ihn übernehmen und uns für seine Freiheit einsetzen. Für unsere Freiheit, unsere Zukunft, unsere Heimat und unsere Würde. Widerstand gegen Öcalans Isolation zu leisten geht nur, indem wir Widerstand gegen das internationale Komplott leisten. Wir sollten wissen, dass der Einsatz für seine Freiheit zugleich bedeutet, dass wir uns für unsere eigene Freiheit, Identität, Sprache und unsere Überzeugung einsetzen. ♦

Die Feylî-Kurden

Heimatlos in der eigenen Heimat

Devris Cimen, Journalist, Silêmanî

Ein Mann, die Hand eines Kindes haltend, neben ihm eine Frau, die ein Baby an ihre Brust gewickelt hat. Hinter ihnen der Stacheldraht, der wohl für eine Grenze steht. Sie blicken nach vorn, in die Ferne ...

Die Ansicht dieser Familie, anscheinend auf der Flucht, in eine ungewisse Zukunft blickend, steht als Statue materialisiert im Stadtzentrum von Silêmanî (Sulaimaniya). Sie wurde am 7. April vergangenen Jahres, dem Tag der gefallenen Feylî-Kurden, eingeweiht und steht an der Kreuzung Bana-/Baban-Straße. Sie soll an die Tragödie der Feylî erinnern und dazu einladen, sich mit deren Geschichte auseinanderzusetzen.

Doch die vorhandenen Informationen über die Feylî sind sehr überschaubar. Bei meiner Recherche konnte ich lediglich zwei schriftliche Quellen ausfindig machen, beide in französischer Sprache verfasst. Das wäre zum einen das Buch Ismail Kamandars über die kaum bekannte Geschichte dieser Gruppe. Es wurde zuletzt von Zeyneb Murad ins Arabische übersetzt, liegt allerdings noch nicht gedruckt vor. Zum anderen gibt es ein Werk von Ali Babaxan. Ansonsten gibt es keine, zumindest mir nicht bekannten, verschriftlichten Informationen über die Feylî. Wer sich dennoch mit ihnen befassen möchte, muss auf mündliche Überlieferungen zurückgreifen, die über Generationen weitergegeben wurden. Doch nicht verschriftlichte Quellen sind oftmals zerstückelt und lassen zu viele unterschiedliche Interpretationen zu.

Ich habe mich bei meiner Recherche sowohl an Zeyneb Murad, die sich als Mitglied des Nationalkongresses Kurdistan schon seit Langem mit den Feylî beschäftigt, als auch an Nadira Karim, die Vorsitzende eines Vereins von Feylî-Kurden in Silêmanî, gewendet. Meines Erachtens ist es kein Zufall, dass meine beiden Ansprechpartnerinnen zu diesem Thema Frauen waren. Am Beispiel von Leyla Qasim, die als Vorkämpferin für kurdische Rechte selbst Feylî war und wegen ihres politischen Engagements 1974 durch das Baath-Regime hingerichtet wurde, lässt sich erahnen, dass die Feylî-Frauen sich im Gegensatz zu anderen Gruppen in der Region mehr Freiräume in der Gesellschaft verschafft haben.

Die Identität der Feylî

Manche Quellen behaupten, dass der Begriff »Feylî« eine Abwandlung des Ausdruckes »Pehlevî« sein könnte, welcher im Reich der Sassaniden diejenige Region bezeichnete, die sich östlich des Tigris von Südkurdistan bis Bagdad erstreckte. Da es im arabischen Alphabet den Buchstaben »P« nicht gibt, hatte die arabische Bevölkerung Schwierigkeiten, das Wort »Pehlî« auszusprechen. Stattdessen sollen sie die in dieser Region lebenden Kurden einfach als Feylî bezeichnet haben. Stimmt diese Überlieferung, so bezeichnet der Begriff Feylî eine kurdische Gemeinschaft, die sich über ihre Zugehörigkeit zu einem geographischen Raum, der historisch Pehlevî genannt wurde, identifiziert. Ein weiteres wichtiges Merkmal der Feylî ist, dass sie sich zum Schiitentum bekennen. Unter dem irakischen Baath-Regime wurden die Feylî sowohl aufgrund ihrer religiösen als auch ihrer ethnischen Identität verfolgt und ermordet. Die religiöse Identität genießt bei vielen Feylî allerdings Vorrang vor der ethnischen Herkunft.

Wo die Feylî leben und wie viele es von ihnen noch gibt

Einige Quellen behaupten, dass die Feylî ursprünglich aus der iranischen Stadt Îlam stammen. Auch heute leben viele Feylî in der Region, welche sich vom irakisch-iranischen Grenzort Qasr-i Şerin über Îlam bis hin zu Kirmaşan (Kermanschah) erstreckt. Wie viele andere regionale Gruppen mussten auch die Feylî im Verlauf der Geschichte immer wieder entweder wegen Nahrungsmittelknappheit oder aus Sicherheitsgründen aus ihrer Herkunftsregion emigrieren. Die meisten von ihnen siedelten nicht weit von ihrer ursprünglichen Heimat entfernt, wie



Am 7. April vergangenen Jahres, dem Tag der gefallenen Feylî-Kurden, wurde die Statue im Stadtzentrum von Silêmanî eingeweiht. Foto: Devris Cimen

an der Grenzregion zum und etwas im Landesinneren des heutigen Irak. Mit der Errichtung des irakischen Nationalstaates 1932 lebten die Feylî somit unter einer neuen Zentralmacht.

Innerhalb der Feylî-Kurden bilden Klan-Strukturen weiterhin eine wichtige gesellschaftliche Organisationseinheit. So sagt Zeynep Murad, dass es dort rund 90 Klans gebe. Nadira Karim gibt weiterhin an, dass die Klans Ali Şerwan, Malak Şahi, Jaberi, Ansari, Laki, Xezel, Şoxan und Zouri Qaitoli heute zu den wichtigsten unter den Feylî gehören.

Die letzten zweihundert Jahre besiedelten die Feylî ein Gebiet östlich des Tigris, das von Samarra bis Bagdad reicht. Dort gehören zu den wichtigsten Regionen die in der irakischen Provinz Diyala liegenden Orte Xaneqîn, Celawla, Al-Miqdadiyah, Mendeli und Zorbateyah. Sie werden gegenwärtig zu den verfassungsrechtlich »umstrittenen Gebieten« gezählt, bei denen weiterhin nicht geklärt ist, ob sie dem Hoheitsgebiet der irakischen Zentralregierung oder der Autonomieregion Kurdistan zuzurechnen sind.

Auch wenn die genannten Orte als Konzentrationspunkte der Feylî gelten, besetzten Persönlichkeiten aus dieser Gruppe in der Vergangenheit auch in Städten wie Bagdad, Basra oder Kerkûk einflussreiche Posten in Politik und Wirtschaft. Auch heute leben schätzungsweise mehrere zehntausend Feylî in der irakischen Hauptstadt.

Heute wird die Zahl der Feylî-Kurden, die im Irak und im Iran beheimatet sind, auf mehr als 500.000 geschätzt. Nadira Karim und andere Vertreterinnen der Feylî gehen allerdings davon aus, dass die Zahl ihrer Gemeinschaft in der Heimatregion bei bis zu einer Million liegt. Hinzu kommt eine unbekannte Anzahl Feylî, die aus verschiedenen Gründen in der Diaspora leben. Wie groß nun die tatsächliche Zahl auch sein mag, an der legitimen Forderung nach Anerkennung ihrer kulturellen Rechte ändert das nichts.

Ein nicht geringer Teil der Feylî drückt sich heute entweder in der persischen oder der arabischen Sprache aus. Dabei ist ihre eigentliche Sprache das südliche Kurdisch (in Südkurdistan wird neben dem Soranî-Dialekt zwischen dem nördlichen Kurdisch Kurmancî und dem südlichen Kurdisch, das die Feylî

sprechen, unterschieden). Zeynep Murad erklärt, dass die Feylî nicht die Möglichkeit haben, ihre gesprochene Sprache zu einer Schriftsprache zu machen. »Im Gegensatz zum Soranî bilden wir Sätze von hinten nach vorne«, sagt sie. Die Feylî unterscheiden sich somit aufgrund der sprachlichen Unterschiede, des Zusammenlebens mit der arabischen Bevölkerung und der Zugehörigkeit zu einer anderen Religion in ihrer Kultur und in ihren Ritualen von der restlichen kurdischen Bevölkerung.

Die Zwangsvertreibung von Hunderttausenden

Ich habe oben erwähnt, dass Feylî-Kurden in der irakischen Politik und Wirtschaft wichtige Posten einnahmen. Das änderte sich schlagartig, als das Baath-Regime die Feylî zum Feind erklärte, ihre Besitztümer beschlagnahmte und sie aus ihrer Heimat vertrieb. Die Feylî waren fortan einer systematischen Diskriminierung ausgesetzt: da sie Kurden waren, da sie aus dem Iran stammten und da sie schiitischen Glaubens waren.

Die Baath-Partei hatte durch ihre organisierte Struktur nach der Machtübernahme 1968 die staatlichen Institutionen vollständig unter Kontrolle gebracht. Zwischen 1968 und 1971 vertrieb das Regime anschließend rund 40.000 Feylî-Kurden in den Iran. Die betroffenen Menschen waren drei Monate zuvor darüber informiert worden, dass sie ihre Heimat zu verlassen hätten. Als Saddam Hussein 1979 die Macht im Baath-Regime übernahm, wurde die Vertreibungspolitik noch rücksichtsloser. Den Feylî wurden fortan »ausländische Wurzeln« bescheinigt und ihnen als Ganzem »Verrat an Vaterland und Volk« vorgeworfen. Ab dem 7. April 1980 ließ Saddam mehr als 300.000 Feylî vertreiben, dieses Mal ohne jegliche Vorwarnung. Die Opfer dieser Vertreibungspolitik wurden von ihren Häusern, ihren Schulen, ihrer Arbeit oder wo sie sich gerade befanden, abgeholt und nur mit den Kleidern, die sie am Leibe trugen, in das verminte irakisch-iranische Grenzgebiet vertrieben. »In dieser Zeit wurden rund 20.000 Frauen und Männer im Alter zwischen 16 und 40 in Sammellager gebracht. Wir haben nie wieder etwas über ihr Schicksal erfahren«, ergänzt Nadira Karim.

Mit hundertfachen Verlusten durch Minen an der Grenze erreichten die Feylî den Iran, wo sie als Flüchtlinge die folgenden Jahre ohne die Möglichkeit zur Arbeit verbrachten. Viele siedelten sich wieder in der Region um Kermanşah und Îlam an. Tausende anderen leben aber bis heute in Flüchtlingscamps mit den Namen Cuhrum und Ezner. Die dortigen Bewohner erhalten eine grüne Karte, welche den Flüchtlingsstatus markiert. Als in den Folgejahren immer wieder Feylî-Kurden erfolgreich die Rückkehr in den Irak beantragen, wird ihnen von den iranischen Behörden ein Dokument ausgehändigt, das eine erneute Einreise in den Iran ausschließt.

Fremd in der eigenen Heimat

Das Baath-Regime hatte den Feylî die irakische Staatsbürgerschaft aberkannt, nach dem Sturz Saddams erhielten viele sie wieder. Doch bis zu 100.000 von ihnen verfügen bis heute über keine Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus stellt es praktisch ein Ding der Unmöglichkeit dar, die Häuser und das Eigentum zurückzubekommen, welche ihnen von Saddam genommen wurden. In den ehemaligen Häusern leben heute vor allem arabische Familien und die irakische Regierung macht keine Anstalten, diesen Interessenkonflikt zu lösen. Aber auch die Regierung der Autonomen Region Kurdistan verfügt über keinerlei Pläne oder Projekte, um die Rechte der Feylî-Kurden zu schützen. Viele sagen deshalb, dass sie sich zu Südkurdistan nicht zugehörig fühlen. »Wir sehen uns auf der Seite Bagdads«, ist nicht selten von ihnen zu hören.

Doch auch mit der Zentralregierung haben es die Feylî nicht einfach. Um beispielsweise ihre irakische Staatsangehörigkeit zurückzuerhalten, müssen sie beweisen, dass sie Iraker sind. Das ist keine einfache Aufgabe. Ein Weg ist es, ihre Registrierung oder die Teilnahme ihrer (Groß-)Eltern an der Volkszählung von 1957 nachzuweisen. Doch dazu fehlt es oft an Dokumenten, denn wir erinnern uns, viele von ihnen waren gezwungen, ihre Heimat nur mit der Kleidung am Leibe hinter sich zu lassen. Auf diese Weise werden sie neben den übrigen Schwierigkeiten im Alltag auch noch zu Fremden im eigenen Land gemacht.

Eine umarmende Annäherung

Dass es gegenwärtig weder genügend verschriftlichte Informationen über die Feylî noch Untersuchungen zu den an ihnen verübten Massakern und Vertreibungen gibt, liegt in der Verantwortung kurdischer Intellektueller, kurdischer Institutionen und ihrer Politik. Die politisch Verantwortlichen in Kurdistan müssten mindestens von nun garantieren, dass keine ethnische und religiöse Gruppe diskriminiert wird, und darüber hinaus einen demokratischen Neuanfang wagen. Das wäre auch eine versöhnliche Geste gegenüber den Feylî-Kurden.

Sie haben in ihrer Geschichte viel Schmerz und Leid ertragen. Doch sie haben auch ihre Rituale, ihre Kultur und ihren Glauben bewahrt. So gehen sie auch in der Gegenwart ihren Weg, trotz der Müdigkeit und des unbekannt scheinenden Ziels. Die politisch Verantwortlichen unter den Kurden sollten den Feylî auf ihrem Weg entgegenkommen. Sie sollten sich mit der Geschichte und Identität dieser Gruppe auseinandersetzen. Und sie sollten Möglichkeiten schaffen, damit die Feylî in ihrer Heimat wieder würdevoll und selbstbestimmt leben können. ♦

Der Iran und die Kurden im Dritten Weltkrieg

Der Iran muss in einen Dialog mit den demokratischen Bewegungen treten

Zilan Tanya, Ko-Vorsitzende der Freien und Demokratischen Gesellschaft aus Ostkurdistan (KODAR)

Der sogenannte Dritte Weltkrieg, der globale Kampf um Hegemonie, wird weiterhin auf globaler Ebene geführt und spitzt sich im Mittleren Osten zunehmend zu. Die USA als gegenwärtige Führungsmacht der kapitalistischen Moderne müssen für einen Erfolg in diesem Krieg die beiden strategisch wichtigen Regionalmächte, Iran und Türkei, unter Kontrolle bekommen. Beide Staaten haben politischen Einfluss in der Region und ringen um die Vormachtstellung. Dies gefährdet die Hegemonie der USA, die in einer schweren inneren wirtschaftlichen und politischen Krise stecken. Sie haben keine andere Wahl als diesen Krieg zu ihren Gunsten zu drehen. Dabei haben sie aus ihren Kriegserfahrungen im Mittleren Osten Konsequenzen gezogen und führen keine direkten Militärinterventionen mehr durch, sondern bekämpfen die ihnen im Wege stehenden Staaten indirekt. So wie es die Trump-Administration derzeit gegen den Iran macht.

Der umzingelte Iran wird entweder entsprechend den Interessen der Trump-Administration in die US-Hegemonie integriert werden oder er wird die aufgezwungene Integrationspolitik unter dem Deckmantel des Atomabkommens ablehnen. Dabei muss sich der Iran zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden: Erstens, die strukturellen Probleme im Inneren des Landes werden sich zusammen mit den außenpolitischen Problemen zuspitzen, wodurch sich Aufstände mehren werden und das Land für Interventionen anfälliger sein wird. Der Iran würde mit diesem Szenario dem heutigen Irak und Syrien ähneln. Zweitens, das iranische Regime bemüht sich um eine starke gesellschaftliche Unterstützung, um sich den USA widersetzen zu können und die gegenwärtige Krise zu überwinden. Zuallererst muss es die Forderungen des Volkes offiziell unterstützen und verfassungsrechtliche Änderungen vornehmen. Es muss mit allen Bewegungen und Organisationen, vor allem den kurdischen Kräften, in Dialog treten und eine demokratische Lösung der inneren Probleme anstreben. So könnte der Iran gegen Interventionen eine starke Selbstverteidigung entwickeln und den Status einer Demokratischen Republik Iran gewinnen.

Der derzeitige Dritte Weltkrieg ist im Wesentlichen eine Phase des Zusammenstoßes zwischen der kapitalistischen und der demokratischen Moderne. Für die Völker ist das eine blutige und gewalttätige Phase. Diese Phase wird von den wenigen Kräften bestimmt werden, die sie überleben werden.

Die USA unter der Trump-Regierung möchten mit ihrer Iran-Politik ihr Ziel des Regime-Change und der Hegemonieausweitung umsetzen. Die diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Themen im Kontext des Atomabkommens sollen den Iran auf Linie bringen und die Integrationspolitik auf eine sanfte Art und Weise durchsetzen. Die USA werden sich damit nicht begnügen und den Druck erhöhen. Wenn der Iran nicht auf die Forderungen eingeht, wird das Land von US-amerikanischen politischen, diplomatischen und vor allem wirtschaftlichen Embargos eingekreist werden. Darüber hinaus wird mit dem wirtschaftlichen (auf Dollar basierenden) Embargo die Gesellschaft gegen den Staat aufgewiegelt und so der Iran unter Druck gesetzt werden.

Die Rolle der EU-Länder im Kampf um Vormacht

In dieser Phase stehen die USA nicht allein mit ihren Angriffen gegen den Iran da, sondern es wird die Taktik »guter Polizist, böser Polizist« angewandt. Bekanntlich ist das Atomabkommen ein von den USA gefordertes Abkommen zwischen mehreren Staaten. Heute haben sich die USA aus diesem Abkommen zurückgezogen und den Iran bewusst in eine schwierige Lage gebracht. Das gehört zu den vorausdurchdachten Szenarien. Die EU hält dem Iran eine Tür offen. Die EU-Länder betonen die Verantwortlichkeit des Iran für zunehmende Spannungen, falls er sich von dem Abkommen zurückziehe. Die USA greifen den Iran an, während die EU Beistand verspricht, falls der Iran an dem Atomabkommen festhält.

Jahrhundertealte Politik der Verleugnung und Vernichtung

Seit hunderten Jahren wurde die kurdische Frage verleugnet. Doch die Kurden sind nicht davor zurückgeschreckt, ihren legitimen Kampf zu führen. Insbesondere hat die kurdische Gesellschaft mit ihrem Freiheitskampf seit über 40 Jahren zwei grundlegende Dinge erreicht. Erstens steht angesichts des erreichten Niveaus ein nationaler Kongress auf der Tagesordnung. Zweitens bedarf es eines in der Region und international anerkannten politischen Status für die Kurden. Zudem haben die Kurden im Mittleren Osten und international die Vorreiterrolle im Kampf um Demokratie inne. Damit wurde das innere und äußere Kräfteverhältnis im Mittleren Osten in Bewegung gebracht. Gegen diese Rolle und Kraft der Kurden verfolgen der türkische und der iranische Staat eine Politik, die sich seit Hunderten von Jahren auf Verleugnung und Vernichtung stützt, obwohl auch sie von den Folgen dieses demokratischen Kampfes profitieren könnten. Der einzige gemeinsame historische Nenner der Türkei und des Iran ist die Kurdenfeindlichkeit. Sie haben sich auch nicht davor gescheut, ihre eigene »kurdische« Organisation aus dem Boden zu stampfen, ähnlich der südkurdischen Demokratischen Partei Kurdistans PDK. In den letzten Gesprächen zwischen beiden Staaten wurde ein antikurdisches Konzept entwickelt, das gegen den kurdischen Freiheitskampf und freie Kurden gerichtet ist. Der Iran setzt diese Verleugnungs- und Vernichtungspolitik auch in Syrien und im Irak fort. Und dies zeigt klar und deutlich, dass Iran mit seiner Kriegspolitik außerhalb des Landes auf der einen Seite den Traum des Safawiden-Reichs schürt und auf der anderen Seite eine ständige Präsenz im zukünftigen Irak und in Syrien anvisiert. Beispielsweise akzeptiert er keinen politischen Status der Kurden in Rojava und im Irak. Mit verschiedenen Provokationen, deren Intensität der jeweiligen Phase angepasst wird, balanciert der Iran seine Beziehungen mit den Kurden heimtückisch aus.

Der Krieg um die Vorherrschaft der Hegemonialmächte

Der Dritte Weltkrieg ist eigentlich ein Krieg der Hegemonialmächte um die Vorherrschaft über den Mittleren Osten. Im Grunde ist es ein Krieg zwischen den USA und Russland, der die Gleichgewichte und Akteure in der Region beeinflusst. Die Bündnisse der USA sollen ihre Vorherrschaft in der Region legitimieren. Mit den Interventionen in Afghanistan und im Irak haben die USA den Mittleren Osten betreten. Doch damals haben sie militärisch in die Region interveniert und politische, militärische, diplomatische und wirtschaftliche Krisen hervorgerufen und hinterlassen. Herrschende Kräfte schaffen sowieso immer Krisen, um Gründe für die eigene Intervention vorzuweisen. Heute passiert dasselbe, denn wir wissen, dass die USA nicht zu denen gehören, die das Chaos beenden werden. Zudem gehen sie auch nicht auf die Forderungen der Völker nach Freiheit ein, da sie mit ihrer Politik gegen die Freiheit stehen.

Wie die USA versucht auch Russland Hegemon der Region zu werden und hat dafür mit den einflussreichen regionalen Staaten starke Bündnisse. Denn alle wissen, dass die vorherrschende Kraft im Mittleren Osten eine globale Vormachtstellung einnimmt. Deshalb schließt Russland Bündnisse mit dem Iran und den arabischen Ländern. Jede einzelne Kraft verfolgt in den Bündnissen jedoch eigene Interessen. Das gilt nicht nur für die USA und Russland, sondern für jede Macht, die in diesem schmutzigen Krieg involviert ist. Der Iran schöpft Kraft vom Bündnispartner Russland und erpresst auf diese Weise die USA. Gleichzeitig möchte Russland seine Bündnisse stärken, indem es den Iran und die arabischen Staaten gegen die USA schützt.

Das Bündnis zwischen dem Iran und Russland ist im Wesentlichen taktischer Natur. Genauer betrachtet ist ersichtlich, dass diese Bündnisse vor allem der Versuch Russlands sind, im Mittleren Osten einen besseren Stand gegen die USA zu bekommen. Im Kern gibt es zwischen dem Iran und Russland ernsthafte Widersprüche, und Russland ist sich der Absichten des Iran bewusst. Aber in der gegenwärtigen Phase braucht Russland den Iran gegen die USA. Doch ein Erstarken des Iran im Mittleren Osten wird Russland nicht zulassen. Zudem verliert der Iran zurzeit an Kraft gegen die USA. Folglich ist ihm jede Art Bündnis mit Russland recht. Wenn der Iran so weitermacht, wird er Russland weiter entgegenkommen müssen. Unter diesen Bedingungen wird er entweder an der Seite der USA oder an der Seite Russlands stehen. Im Grunde gibt es zwischen beiden (USA und Russland) keinen großen Unterschied. Der Iran wird bei beiden mit denselben Problemen konfrontiert werden.

Die Kurdenfeindlichkeit, die die historischen Widersprüche einfriert

Die einzige Gemeinsamkeit zwischen Iran und Türkei ist die Haltung in der kurdischen Frage: In der Kurdenfeindlichkeit sind sie sich einig. Darüber hinaus gibt es tiefgründige Widersprüche. Beispielsweise hat der türkische Staat seinerzeit versucht, das iranische Regime zu schwächen, indem er oppositionelle Gruppen unterstützte. Der türkische Staat ist ein starker NATO-Staat. Dies und die Nähe zur iranischen Grenze führt zu Beunruhigung und Misstrauen beim Iran. Zudem wollte die Türkei zur Schwächung des iranischen Regimes immer konfessionelle Widersprüche (sunnitisch-schiitisch) schaffen.

Aber das grundlegende Problem des iranischen Regimes ist seine Demokratiefeindlichkeit. Der Iran vertritt ein nationalstaatliches System. Dieses System verleugnet alle Unterschiede und basiert auf patriarchaler Mentalität. Die Forderungen des Volkes kollidieren mit dem Nationalstaatsmodell. Entweder wird der Iran sich entsprechend den gesellschaftlichen Forderungen demokratisieren oder das Regime wird infolge des gesellschaftlichen Kampfes seinem Niedergang entgegengehen.

Die iranische Gesellschaft ist sich darüber im Klaren. Bei den Aufständen wurde u. a. skandiert: »Lass Syrien, Jemen und Libanon sein – schaue zu uns!« Der schwächste Punkt des Iran sind die inneren Probleme. Alle außenpolitischen Entwicklungen hängen naturgemäß mit den inneren Entwicklungen zusammen. In der Geschichte des Iran gab es Veränderungen immer durch Volksaufstände, nicht durch Interventionen.

Die kurdische Gesellschaft ist im Mittleren Osten eine bedeutende Kraft geworden, die die regionalen politischen Kräfteverhältnisse mitbestimmt. Die Ereignisse in Kurdistan haben auch die Menschen in Ostkurdistan beeinflusst. Infolge unseres Widerstandes hat die Gesellschaft in Ostkurdistan ein ernstzunehmendes Interesse für Organisierung und nationale Identität entwickelt. Gleichzeitig verfügen wir in ideologischer und politischer Hinsicht über eine alternative Lösung. Auf der einen Seite ist den Kurden als einem der ältesten Völker des Iran im Verlauf der Geschichte immer wieder mit Vernichtungspolitik begegnet worden, auf der anderen Seite ist die kurdische Bevölkerung heute die Kraft im Iran, die den Kampf um Demokratisierung am organisiertesten und systematischsten führt. Aus diesem Grund sind die Kurden die Zielscheibe des iranischen Staates. Annähernd jeden Tag werden kurdische Jugendliche unter dem Vorwurf des Separatismus erhängt. Der Kampf der Kurden auch außerhalb des Iran wird terrorisiert. Beispiele dafür sind die brutale Ermordung des Aktivisten Ikbal Muradi in Pencwen (Nord-Irak/Kurdistan) oder auch die Erhängung der vier politischen Gefangenen, unter denen sich sein Sohn befand. Auch die Angriffe auf das Zentrum der oppositionellen ostkurdischen PDK-I und der HDK (Demokratischen Partei Kurdistans; Kurdisch: Hizba Dêmokrata Kurdistanê-Îran), so wie die Zunahme der Angriffe auf die Verteidigungseinheiten Ostkurdistans (YRK– Yekîneyên Parastina Rojhilatê Kurdistan), zeigen, wie sehr der Iran vor der gerechten Sache der Kurden Angst hat.

Trotz der Verleugnung und Vernichtung haben die Kurden ihren Freiheitskampf bis heute fortgesetzt. In Ostkurdistan werden die Entwicklungen in Kurdistan aus nächster Nähe verfolgt und als Inspiration für den Kampf herangezogen. Im Fall der Fälle werden sie weder der Bauer äußerer Kräfte sein noch sich dem Status quo des iranischen Staats beugen. Sie haben den Organisationsgrad erreicht, eigene Entscheidungen zu treffen. Der Erfolg wird vom Grad der Organisierung abhängen. Die Massendemonstrationen und -proteste zeigen, wie organisiert unsere Gesellschaft ist. In solch einer Phase ist es das Allerwichtigste für diese Aktionen, mit dem richtigen Geist angeführt zu werden. Und die einzige Kraft, die dazu in der Lage ist, sind unsere Freiheitsbewegung und die apoistische Philosophie. ♦



Protest in Dallas gegen die Hinrichtungen von Kurden im Iran. Foto: ANF

Zur Lage in Efrîn

Wie gehabt: Ohne Dialog keine Lösung

Xerîb Hisso, TEV-DEM-Kovorsitzender, im Gespräch mit dem Kurdistan Report

»Die aktuelle Situation in den befreiten Gebieten ist sehr friedlich. Es gibt eine eigene Sicherheit und Verteidigung. Bei gezielten Angriffen auf diese Regionen kann es erneut zu Massakern und Genozid kommen. Aus diesem Grund befürwortet die Bevölkerung den Dialog mit dem Assad-Regime«, erklärt Xerîb Hisso, Kovorsitzender der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) über die aktuellen Entwicklungen in Rojava und Syrien gegenüber dem Kurdistan Report.



Xerîb Hisso, TEV-DEM-Kovorsitzender Foto: ANHA

Xerîb Hisso, würden Sie sich bitte unseren Leser*innen kurz vorstellen.

Mein Name ist Xerîb Hisso, ich bin Kovorsitzender der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM). Ich habe einen jahrzehntelangen Kampf hinter mir und bin seit drei Jahren Teil des politischen und gesellschaftlichen Kampfes. In jungen Jahren fing ich an, mich zu organisieren. Wir wurden als Jugendliche mit der Parole »Kurdistan ist kolonialisiert« aufgeweckt und in unserem Leben beeinflusst. So habe ich angefangen, mich in meiner Stadt Aleppo politisch und gesellschaftlich zu organisieren, und war ein Teil der Dachorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK).

Damals führten wir unter diesem Dach unsere Arbeiten durch. Bis 2013 war ich ein Volksaktivist. Und 2003 gründeten wir dann in Rojava eine Partei, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD). Ich bin einer ihrer Mitbegründer*innen. Mit einem lang andauernden Kampf hatten wir nun angefangen, in der PYD zu arbeiten, um die Gesellschaft für die Schaffung einer demokratischen, freien und politischen Gesellschaft zu organisieren. Des Weiteren spielten wir in der 2011 gegründeten TEV-DEM eine wichtige Rolle. Von 2014 bis 2018 war ich Vertreter der PYD in der Autonomen Region Kurdistan und im Irak. Dort habe ich nach außen diplomatisch gearbeitet bis zur Ernennung zum Kovorsitzenden der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft in Rojava. Auf dem dritten Kongress von TEV-DEM wurden Zelal Ceger und ich als Kovorsitzende ernannt. Heval Zelal und ich werden mit unseren Erfahrungen in der kurdischen Bewegung unsere Kraft für die Organisierung der Gesellschaft einsetzen.

Ein Ende des Krieges in Syrien ist noch lange nicht in Sicht. Wie bewerten Sie die aktuelle Lage?

Wir beobachten, dass sie mit sehr vielen Schwierigkeiten verbunden ist. Es ist eine Situation mit sehr vielen Problemen und ohne Klarheit über die Lage in Syrien. Es geht auf das achte Jahr zu und noch immer gibt es keine politische, freiheitliche und demokratische Lösung. Wenn die Lösungswege auf Krieg, Massaker, Verwüstung und Flucht basieren, kann kein Dialog zur Lösung des Problems geführt werden. Die Situation wird ständig blockiert sein. In ganz Syrien sehen wir keine Klarheit für die politischen Entwicklungen. Dabei gibt es Drohungen und Angriffe von außen. Das ist mit einer der Gründe für die Unklarheit und die Gefahr. Es hat zahlreiche Syrien-Friedensverhandlungen gegeben wie die Gespräche in Astana und Genf, die nur einer bestimmten Gruppe Schutz

gewähren und bei denen am Verhandlungstisch gesessen wird, um staatlichen Machtinteressen zu genügen.

Sie nähern sich der Krise in Syrien aufgrund ihrer strategischen Interessen an, weil Syrien das Zentrum des Krieges im Mittleren und Nahen Osten ist. Sie ist das Erfahrungsfeld derer geworden, die das Land ausbeuten. Die Widersprüche und das Chaos zwischen den Mächten, die die aktuelle Lage bestimmen, und den militärischen und terroristischen Gruppen vergrößern sich. Es gibt keine Verhandlungen, weil es keine gemeinsame Dialogsprache gibt. Weder die mit Syrien verbündeten staatlichen Kräfte noch die militärischen Gruppen noch die dschihadistischen Gruppen sprechen diese Sprache. Etliche weitere Staaten diskutieren mit über die Lage und die Zukunft Syriens. Sie planen die Zeit nach dem Krieg im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen, um ihre Einflussnahme mit dem Aufbau Syriens zu legitimieren. Ihre Unternehmen treffen Vorbereitungen, um sich auf syrischem Boden niederzulassen. Das ist der Grund, warum sich ein paar staatliche Mächte zu Wort melden und dringender als zuvor die Beendigung des Krieges und eine Lösung für die Stadt Idlib wünschen, um endlich mit ihrem Projekt beginnen zu können. Wenn wir uns die Entwicklung der staatlichen Mächte auf syrischem Boden anschauen, erkennen wir, dass die politischen Entwicklungen aufgrund der Machtinteressen ins Stocken geraten sind. Alle Bevölkerungsgruppen in Syrien und besonders diejenigen in der Föderation von Nord- und Ostsyrien sind mit permanenter Angst konfrontiert, weil es keine Lösung gibt und ständig die Sprache des Krieges herrscht. Die Sprache der Bedrohung und der schweren Waffen wird gesprochen. Diese Sprache verängstigt und beeinflusst die Bevölkerung. Es führt dazu, dass sie sich beugen. Die Bevölkerung ist nicht bereit für den Krieg, alle sind seiner müde und wünschen sich eine neue Politik, eine neue Lösung für Syrien. Die Verbündeten lassen nicht zu, dass die politische Agenda, die Einigung über die Frage einer Lösung für Syrien innersyrisch geklärt wird. Es wird sehr oft das Thema des Abkommens diskutiert; wenn eines verabschiedet wird, muss der Krieg aufhören. Das ist nicht der Fall, sondern sie verschärfen den Krieg, den Terror und die Bedrohung. Damit ist das Kalkül der Staaten mit Syrien noch nicht am Ende. Sondern sie sprechen jetzt von einem neuen Abkommen. Doch was kann ein Abkommen in all dem Chaos bringen? Wie soll es für die Entwicklung und für die Bevölkerung von Vorteil sein? In einem Zustand des Krieges, der Bedrohung und der Flucht haben die Gespräche in Astana und Genf keine Lösungen für die Bevölkerung in Syrien gebracht, wie soll dann ein Abkommen zu Gunsten der Bevölkerung ausfallen? Es wird auch unbrauchbar sein. Die Gespräche in Astana und Genf haben einen Teil der Bevölkerung außen vor gelassen.

Diese Gespräche werden nicht erfolgreich sein und platzen. Es ist ein Widerspruch. Sie wollen das Abkommen auf die Tagesordnung setzen und damit ein Gesetz für alle Gebiete Syriens verabschieden. Wie soll die Bevölkerung ein Gesetz und ein Abkommen akzeptieren, an denen eine bestimmte Gruppe Syriens nicht teilhaben und an den Entscheidungen nicht mitbestimmten konnte? Natürlich werden die Gespräche und diese Abkommen nicht vertretbar sein und anerkannt werden. Ihr Ziel ist es, diese Abkommen in Chaos und Krieg durchzubringen und der Bevölkerung zu zeigen, das Regime könne für ihre Sicherheit sorgen. Sie stellen neben Assad ein paar neue Persönlichkeiten und ändern vermeintlich ihre alte Regierungspraxis, doch wird das Regime niemals eine ernsthafte Veränderung in seinem System akzeptieren. Nach wie vor ist es ein diktatorisches und chauvinistisches Baath-Regime.

Es hatte zuvor angekündigt, das Abkommen sei eine rote Linie, es müsse akzeptiert werden. Diese Haltung ist für die Verbündeten von Vorteil, weil dadurch ihre Chance auf Einflussnahme steigt. Das ist auch der Grund, warum alle die aktuellen Geschehnisse verfolgen. Die Bevölkerung macht sich Gedanken über die politischen Entscheidungen und Schritte, es werden jedoch keine Entscheidungen zu ihren Gunsten getroffen, was zu großem Misstrauen gegen die Verbündeten und das Assad-Regime führt. Die Bevölkerung hat Angst, ist unsicher und erschöpft vom permanenten Ausnahme- und Kriegszustand. Wir können sagen, dass sich die Situation aktuell nicht verändert hat. Gerade wird sehr viel Aufmerksamkeit auf Idlib gelenkt. Es kann sein, dass sich je nach Entscheidung die aktuelle Lage auch ändert.

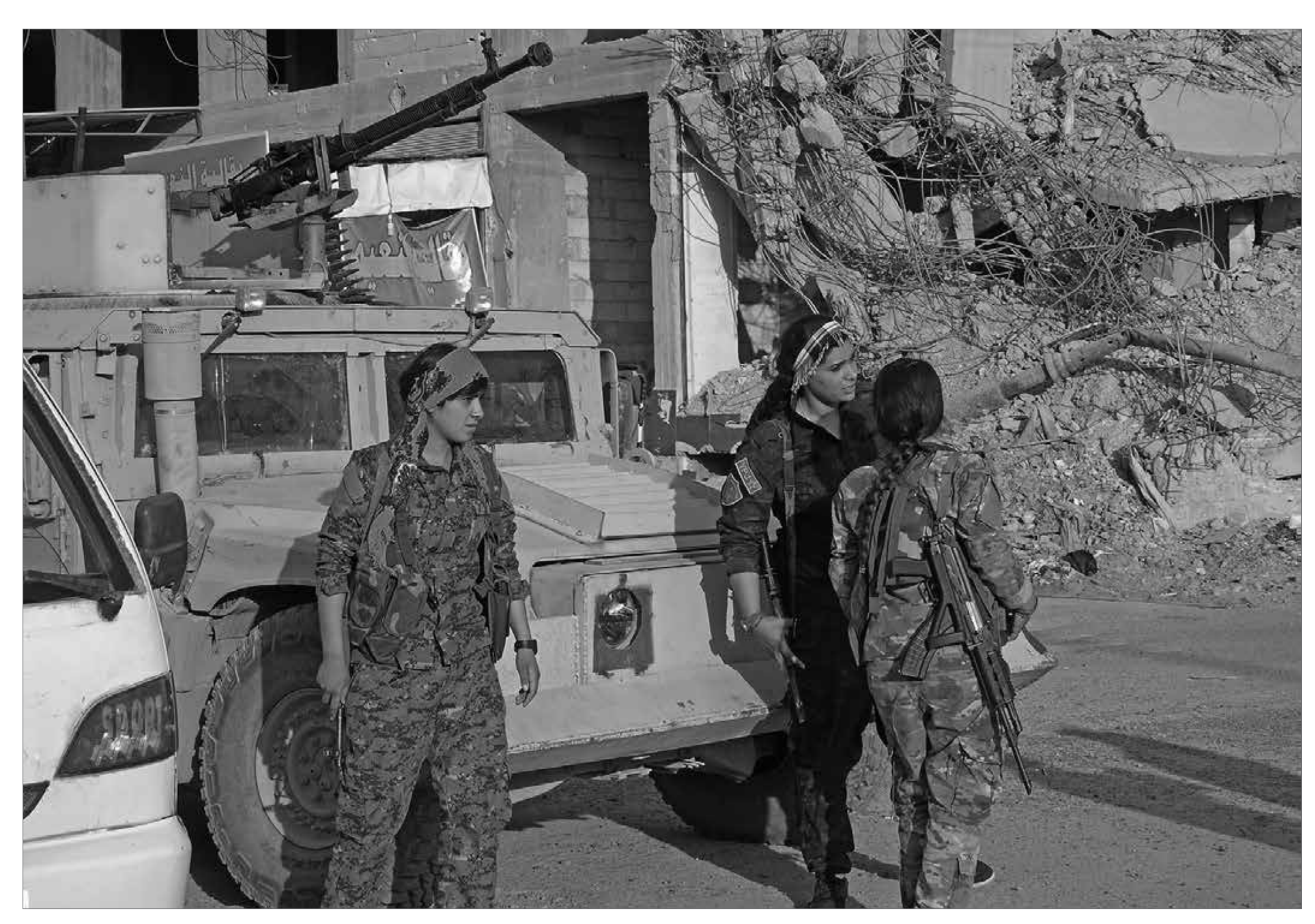
Können Sie uns sagen, wie die Lage momentan speziell in Efrîn aussieht?

Die Lage in Efrîn ist nicht gut. Es wird vom türkischen Staat und seinen engen dschihadistischen Verbündeten belagert. In Efrîn wurde ein historischer Widerstand geleistet gegen die Dschihadisten und die türkischen Besatzer. Das Ziel des Widerstands war es, die Besatzung fernzuhalten.

Wir sind Kurd*innen und wir verstehen uns auch als einen Teil Syriens. Wenn ein Nachbarstaat mit all den schweren Waffen, Militärverbänden, Panzern, Luftstreitkräften, Artillerie und Drohnen und all ihrer fortgeschrittenen Technik vor den Augen der Welt als einer der stärksten und wichtigsten NATO-Partner einen solchen Angriff auf Efrîn verübt, wird die Bevölkerung Efrîns sich natürlich entscheiden, dagegen Widerstand zu leisten. Die Bevölkerung in Rojava ist ein Teil des Widerstands geworden. Und die Türkei hat Efrîn jetzt belagert.

Die Art der Besatzung ist nicht mit einer herkömmlichen zu vergleichen. Bei der türkischen Besetzung Efrîns zeigten sich Methoden jenseits menschlicher Moral. Menschen wurden

hingerichtet, die Bevölkerung geplündert, aus ihren Häusern vertrieben, die Frauen vergewaltigt und vermarktet, Hab und Gut verbrannt. Eine durch den Krieg erzwungene Besatzung geht mit dem Massaker an der einheimischen Bevölkerung einher. Unter der Fahne der Türkei und ihrer dschihadistischen Verbündeten findet eine menschenverachtende Zerstörung statt. Die Besatzung hat eine neue Dimension erreicht, bis zu 1000 Jahre alte heilige Stätten und historische Orte werden gezielt zerstört. Dagegen gab es keinen Aufschrei. Efrîn war eine der kurdisch geprägten Städte, die Zahl der arabischen Einwohner*innen war sehr gering. Die Angriffe der Türkei verstehen wir nicht als reinen Angriff auf eine Partei, sondern sie führt systematisch Krieg gegen den Willen der kurdischen Bevölkerung. Ihr Ziel ist es, die Kurd*innen zu vernichten. Das ist der Grund und ihre Mentalität, warum sie in Efrîn einmarschiert ist. Die Kurd*innen, die noch in Efrîn geblieben sind, müssen unter unmenschlichen Bedingungen und Repressalien leben. Es gibt keine genaueren Informationen über ihre Situation. Dort haben Êzîd*innen, Alevit*innen, Muslim*innen und Christ*innen zusammengelebt, mittlerweile sind ihre heiligen Orte zerstört. Êzîd*innen, die über Jahrhunderte ihre Religion verteidigt hatten, sehen ihre heiligen Stätten in Trümmern. Die Êzîd*innen und Alevit*innen werden in die Moscheen gezwungen. Alles Geplünderte aus der Region wurde in die Türkei transportiert und kleinere Gegenstände aus den Häusern der Einheimischen wurden von den dschihadistischen Gruppen auf dem Markt verkauft, in Azaz, Al-Bab, Cerablus (Dscharabulus) und in Dîlok (Gaziantep) fanden sich die geplünderten Gegenstände auf den Märkten. Die Region wurde nicht nur durch Plünderung zerstört, sondern auch die Olivenbäume, die für diese Region wichtig waren und von denen die Menschen gelebt haben, werden nach und nach gerodet. Die Besatzermentalität kennt keine Wertschätzung der Natur, sondern verhält sich ausbeuterisch. Die Olivenbäume wurden von den Vorfahren der Efrîner*innen gepflanzt. Mit viel Mühe wurde die Region gepflegt und heute überrollt die



Vor einem Jahr konnte die selbsternannte Hauptstadt des IS Raqqa im Nordosten Syriens von den Demokratischen Kräften Syriens QSD befreit werden.
Foto: ANHA

türkische Besatzung die Natur mit großen Baggern. Sie zerstört die Natur und entwurzelt Bäume. Das passiert vor den Augen der Weltöffentlichkeit und von NGOs, in den Medien und in Dokumenten wird darüber berichtet, es wird jedoch nichts dagegen unternommen. Das kann auch als eine andere Art der Besatzung verstanden werden. Der Bevölkerung, der Natur und dem Boden widerfährt eine Besatzung und es geschieht eine Veränderung, wir können hier von einer demographischen Umgestaltung sprechen. Nach und nach verlassen die restlichen Einheimischen Efrîn unter schwierigen und gefährlichen Bedingungen, sie wollen sich aus der Unterdrückung der Besatzungsmacht befreien.

Sie flüchten in die befreiten Gebiete wie Minbic (Manbidsch) und Aleppo. Sie haben keinerlei Möglichkeiten sich zu finanzieren, alles wurde ihnen genommen. Sie haben nichts mehr außer Angst und Wut, die sie in sich tragen. Die dschihadistischen Gruppen aus Homs, Ghuta, Qalamun und Daraa wurden nach Idlib gebracht und jetzt weiter nach Efrîn. Die Verlegung dschihadistischer Gruppen samt Familien ist ebenfalls eine neue Art von Besatzung. Sie errichten neue Grenzen und verlagern ihre militärischen Stützpunkte nach Efrîn. Schwere Waffen und Panzer befahren die Stadt. Wir können dieses Vorgehen als eine Botschaft an das Assad-Regime verstehen: Wir haben dir dein Gebiet von den YPG/YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten) befreit. Die Türkei ist aus der Geschichte bekannt für ihre Besetzungspraxis wie in Irak, Zypern und Syrien. Jetzt sind andere Territorien dran.

Heute ist Efrîn mit der Teilung und Besatzung und den Barbareien von IS, dschihadistischen Truppen und türkischem Regime konfrontiert – es ist einer großen Gefahr ausgesetzt. Es findet eine demographische Umwälzung statt, die Einwohner*innen Efrîns werden vertrieben und Teile der Bevölkerung aus den Gebieten Daraa, Idlib und Homs werden hier angesiedelt. Die Menschen aus Efrîn halten sich im Flüchtlingscamp in Şehba auf und befinden sich im zweiten Stadium des Widerstands. Die YPG-/YPJ-Kräfte setzen mit der Guerilla-Taktik ihre Aktionen gegen die Besatzer und deren Verbündete fort.

Die Bevölkerung aus Efrîn hat sich in der Nähe im Gebiet Şehba niedergelassen, um eines Tages zurückzukehren. Sie will ihre Heimat nicht verlassen. Sie ist mit ihrer Erde und dem 58-tägigen Widerstand stark verbunden. Sie haben dort große Opfer gebracht, Tausende von Kämpfer*innen haben ihr Leben gelassen. Die Bevölkerung verspricht sich zu verteidigen und zu ihren Orten zurückzukehren. Die Bevölkerung in Şehba ruft die internationale Gemeinschaft und die zivilen, demokratischen, fortschrittlichen Organisationen auf, Solidarität zu zeigen, um der Besatzung ein Ende zu setzen. Zuvor hatte es in Efrîn keine Besatzer und keine terroristischen Gruppen gegeben. Die momentane Situation Efrîns ist katastrophal, wir rufen alle fortschrittlichen demokratischen Gruppen, Einzelpersonen und Organisationen dazu auf – wie in Zeiten Kobanês und Şengals –, sich auch mit Efrîn zu solidarisieren.

Wie ordnen Sie die Einigung über Idlib ein, welche Deals wurden hier zwischen den verschiedenen Kräften ausgehandelt?

Wenn wir den Rahmen der Einigung zwischen der Türkei und Russland analysieren, stoßen wir wieder auf ihre Machtinteressen. Vor der Einigung hatte es in Teheran ein Treffen der drei Mächte gegeben. Dabei wurde die gemeinsame Verteidigung und Säuberung Idlibs von terroristischen Gruppen beschlossen. Danach ist die Türkei vom Beschluss zurückgetreten. Sie hat eingesehen, dass es keine positiven Folgen für sie mit sich bringt, wenn ein Krieg in Idlib ausbricht. Daher hat sie mit den Russen und der internationalen Gemeinschaft Absprachen getroffen und das Thema Idlib der internationalen Gemeinschaft auf die Agenda gesetzt. Nach den Gesprächen in Teheran hatte sich die Türkei in die Ecke gedrängt gefühlt. Für den Iran, Russland und das Assad-Regime kamen bei den Verhandlungen Gewinne heraus und für die Türkei nichts. Sie hat gemerkt, dass sie in die Falle gelockt wurde, und als Antwort darauf mit einigen Ländern aus der internationalen Gemeinschaft und dem Nahen und Mittleren Osten eine Gruppe gebildet. In der sind sieben, acht Länder vertreten und sie haben sie die »kleine Gruppe« genannt. Das ist aber keine kleine, sondern eine große. Deren Kraft darf nicht unterschätzt werden, es sind die Verbündeten und Unterstützer Erdoğans.

Sie sind gleichzusetzen mit der Unterstützung terroristischer und dschihadistischer Gruppen. In und um Idlib herum hat die Türkei zwölf Militärstationen eingerichtet. Von der eigenen Staatsgrenze bis zum syrischen Territorium hat sie alles besetzt, ihre Militärkräfte, Stützpunkte, Panzer und schweren Waffen in Idlib eingesetzt. Das sind die Informationen über die Stationierung um Idlib herum, wie viel in der Stadt selbst aufgestellt ist, bleibt unklar. Erdoğan wurde von der kleinen Gruppe unterstützt und traf sich mit dem russischen Staatspräsidenten Putin. Dabei wurde ein Abkommen zwischen der Türkei und Russland verabschiedet. Die Türkei hat einen Monat Zeit bekommen, alle sich in Idlib aufhaltenden Kräfte und Gruppen zu zerstreuen, wie die Al-Nusra, die auf der internationalen Terrorliste steht. Wenn sich Al-Nusra zurückzieht, wird es keine Auseinandersetzungen geben, ist das nicht der Fall, wird die Türkei sie bekämpfen.

In der Stadt Idlib sind zahlreiche dschihadistische und terroristische Gruppen, geflohen aus verschiedenen Gebieten Syriens. In Daraa, Damaskus, Ghuta hatten viele sich ergeben und

die restlichen sind mit ihren Familien nach Idlib geflüchtet. Die Türkei hat eine Frist bis zum 15. Oktober bekommen, um die verschiedene Kräfte in Idlib zu entwaffnen und die Zone zu befreien. Es soll eine neue Grenze gezogen werden zwischen Homs und Aleppo. Die außenpolitischen Entscheidungen des türkischen Regimes beeinflussen das Landesinnere und die eigene Wirtschaft. Es besteht ein Embargo auf Metall und Aluminium, so dass die Währung der Türkei an Wert verloren hat. Das ist auch ein Resultat einer gescheiterten Politik. Bis zum 15. Oktober ist nicht mehr lange Zeit. Die dschihadistischen Truppen haben dazu keine Stellung bezogen. Andere Gruppen, unter dem Namen »Haras al-Din« Beschützer der Religion, haben angekündigt, Idlib nicht zu verlassen. Unter diesem Namen organisieren sich momentan acht Gruppen. Sie haben in einem Aufruf alle Gruppen aufgefordert, sich einzureihen und Idlib zu verteidigen. Die Nationale Befreiungsfront Syriens ist verbündet mit der Türkei und hat sich als einzige Gruppe zurückgezogen. Wenn sich die anderen Truppen nicht bis zum genannten Termin herausziehen, bedeutet das Krieg und den Angriff auf Idlib. Für das Regime und die Russen sind alle, die gegen sie zur Waffe gegriffen haben, terroristische Gruppen. Für die Türkei sind sie alle Verbündete. Der Untergang der jeweiligen Truppe bedeutet auch den Untergang der Türkei.

Idlib ist momentan ein wichtiges Thema für die internationale Gemeinschaft und die Türkei. Mit der Situation in Idlib wird sich herausstellen, ob die Türkei erfolgreich sein wird oder weiterhin in der Krise verbleibt. Die Ausweglosigkeit Erdoğans spiegelt sich in seinen Reden wider. Immer wieder droht er der Bevölkerung Syriens, die Föderation in Nord- und Ostsyrien, Minbic und Kobanê anzugreifen. Die Situation in Idlib wird keine Lösung für Syrien mit sich bringen. Auch wenn es von terroristischen und dschihadistischen Gruppen befreit wird, werden keine politischen Prozesse in Gang gesetzt, sondern es wird noch schlechter aussehen. Denn die Staaten, die mit ihren Machtinteressen kalkuliert hatten, gehen leer aus.

Auch die internationale Gemeinschaft rechnet mit Errungenschaften in der Region. Die Annäherung an die Türkei verläuft nicht auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene, sondern nur auf der wirtschaftlichen. Es ist äußerst wichtig, die Wirtschaftsbeziehungen trotz der Spannungen aufrechtzuerhalten. Wenn die Verhandlungen in Idlib positiv verlaufen und sie die Waffen all der dschihadistischen Gruppen erhalten, bedeutet das, dem Assad-Regime den Weg zu ebnen, die Waffen auch zu nutzen. Das heißt genauso, wenn das Regime Idlib angreift, können die dschihadistischen Gruppen nicht antworten. Und das führt zu einem großen Krieg in Idlib.

Wenn sie den Gruppen die schweren Waffen abnehmen, werden sie sie nach Efrîn bringen. Die dschihadistischen Gruppen samt ihren Waffen werden dorthin gebracht und auf Al-Bab, Cerablus und Azaz verteilt. Wir dürfen die Angriffe in Kobanê 2014 nicht vergessen, dort wurden die schweren Waffen, Panzer und andere aus Raqqa eingesetzt und in Şengal die Waffen aus Mûsil (Mosul). Es gibt eine interne Planung, die Waffen in Cerablus, Al-Bab, Efrîn und Azaz zu stationieren und von dort eine Offensive auf die Demokratische Föderation Nordsyrien zu starten. Das ist keine neue Planung.

Die Situation in Idlib wird keine Lösung bringen, die Probleme werden weiter vertieft und die Bevölkerung aus Syrien noch stärker bedroht. Sie wollen die terroristischen Gruppen nach Cerablus, Al-Bab und Azaz bringen und die Umsetzung bedeutet einen erneuten Stellvertreterkrieg in Syrien. Die Türkei will nicht, dass der Terror endet. Sie will nicht, dass die kleinen und großen dschihadistischen Gruppen bekämpft werden. Sie will einen permanenten Krieg in der Region. Erdoğan und seine Regierung instrumentalisieren die Kleingruppen in Syrien für ihre Politik. Heute wird Erdoğan weder im Mittleren und Nahen Osten noch in anderen westlichen Ländern akzeptiert. Bei Staatsbesuchen wird er boykottiert.

Die Lage in Idlib sieht nicht gut aus und kann mit den bisherigen Abkommen und Verhandlungen nicht verbessert werden. Die internationale Gemeinschaft hatte zuvor keine Stellung genommen zu den Geflüchteten und Zivilist*innen, die während des Krieges umgebracht wurden. Warum sorgt sie sich jetzt um sie in Idlib? Das ist nicht der eigentliche Grund.

Gäbe es wirklich eine ethische Politik und humane Entscheidungen, hätte die internationale Gemeinschaft auf den Hilferuf der über eine Million Menschen aus Efrîn reagiert. Doch der blieb unbeantwortet.

Die Türkei droht damit, die Flüchtlinge in ihrem Land und in Syrien nach Europa zu schicken, und das führt dazu, dass die internationale Gemeinschaft auf Kompromisse eingeht. Sie droht Europa mit den drei Millionen Flüchtlingen in ihrem Land und wälzt die Problematik öffentlich aus. In der Föderation in Nord- und Ostsyrien gibt es mehr als zehn Flüchtlingscamps wie in Cizîrê, Kobanê, Efrîn, Bozanê (Ain Issa), Hol, Hesekê – dort sind hauptsächlich Binnenflüchtlinge aus den Regionen Idlib, Hama, Aleppo, Homs, Damaskus und Tadmur (Palmyra) untergebracht. Sie sind in die befreiten Gebiete Rojavas und Nordsyriens geflüchtet. Es ist ethisch nicht richtig, sie für politische Interessen und Druck zu instrumentalisieren. Mit den geflüchteten Menschen werden Geschäfte gemacht. Das ist die jetzige Situation Idlibs – nicht vergleichbar mit der Situation in Daraa, Homs, Hama und Ghuta.

Die beiden Großmächte Russland und USA haben ein Übereinkommen, auch wenn manchmal Probleme auftau-

chen. Für beide spielt die Türkei eine wichtige Rolle. Beide ziehen sie an sich. Die USA wollen nicht, dass die Türkei aus der NATO geht, weil sie dort eine sehr wichtige Rolle spielt. Und Russland will die Türkei an sich binden und somit die NATO schwächen. Diese Kalküle treffen sich alle in Idlib. Die Türkei wird darauf bestehen, dass kein Krieg entflammt, und Russland wird den Krieg bevorzugen. Andererseits wollen die USA nicht, dass die dschihadistischen Gruppen sich auflösen, damit die Region nicht dem Iran und Russland überlassen wird. Daher interessiert die Lage Idlibs alle Mächte.

In Damaskus fanden im Juli auf Einladung der Assad-Regierung die ersten Gespräche mit dem Demokratischen Syrienrat statt; gingen sie weiter und was war der Inhalt der Treffen?

Bekanntlich ist das jetzige Baath-Regime ein diktatorisches und chauvinistisches. Die kurdische Bevölkerung hat Jahrzehnte unter ihm gelebt. Doch unsere Beziehung war eine von Autorität und Untertan. Das Regime erkennt die kurdische Bevölkerung nicht an, hat sie als Flüchtlinge und nicht als Einheimische angesehen. Es stand mit dem türkischen und dem iranischen Staat in ständigem Austausch über die kurdische Problematik. Es mag sein, dass zwischen den vier Staaten (Iran, Irak, Syrien und Türkei) oft Konflikte bestehen, doch sobald es um die Kurd*innen geht, kommen sie an einen Tisch. Wie soll es in einem solchen Land wie Syrien einen Dialog geben? Das Regime spricht keine Sprache der Freiheit und des Dialogs.

In den letzten Jahren war das Assad-Regime gezwungen, sich aus den kurdischen Gebieten zurückzuziehen, das sollte als Resultat eines Jahrzehnte andauernden Widerstands der kurdischen Bevölkerung verstanden werden. Außer Ausbeutung und Unterdrückung hat das Regime den Gebieten und der Bevölkerung nichts gegeben.

Nach der Revolution vom 12. Juli 2012, die in Kobanê angefangen hatte, verbreitete sich der Widerstand gegen das Assad-Regime auch in Cizîrê und Efrîn. Danach hat sich der Krieg ausgebreitet, d. h. viele bewaffnete und terroristische Gruppen bildeten sich, die Teile Syriens unter Kontrolle hatten. Das Regime konnte nur noch 16 % seines gesamten Territoriums verteidigen. Die Gebiete in Rojava wurden von den YPJ/YPG befreit und verteidigt und später wurden die QSD, die Demokratischen Kräfte Syriens, proklamiert, die nach und nach Städte und arabische Gebiete vom IS und anderen Gruppen befreiten. Nachdem die Verhandlungen zwischen der Türkei und Russland vorangeschritten waren, schöpfte das Regime Hoffnung. Es profitiert von der Beziehung zwischen den beiden Staaten, es handelt nach dem Willen des Irans und Russlands. Nach den Gesprächen mit der Türkei gab es die Astana-Treffen. Dort sollte die militärische Opposition in Syrien zurückbeordert werden. Diese Verhandlungen laufen noch. Es ist offensichtlich, dass die Kurd*innen und die dschihadistischen Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Die QSD haben viele Städte und Gebiete vom IS befreit, in Derazor werden die letzten IS-Anhänger bekämpft. Das Regime wurde durch den Iran und Russland gestärkt. In Aleppo, Homs, Hama, Ghuta und Daraa wurden die dschihadistischen Gruppen zurückgezogen und das Assad-Regime somit gestärkt. Das diktatorische syrische Regime erhofft sich mit dem Iran und Russland im Rücken, die Demokratischen Kräfte Syriens auch angreifen zu können. Doch die QSD sind eine organisierte und demokratische Kraft in Syrien, keine utopische, sondern eine fortschrittliche, organisierte, militärische, widerständige und revolutionäre Kraft.



Camp der aus Efrîn vertriebenen Bevölkerungin Şehba. Foto: ANHA

Die Lösung für die aktuelle Lage in Syrien kann nur per Dialog erfolgen. Mit dieser Auffassung sind Delegierte des Demokratischen Syrienrats (MSD) nach Damaskus gegangen und haben Gespräche geführt. Diese dienten hauptsächlich dazu, sich kennenzulernen und weiteren Dialogen in der Zukunft den Weg zu ebnen. Das gemeinsame Gespräch dauerte drei bis vier Stunden. Es wurden viele Themen angesprochen und diskutiert, unter anderem wie ein direkter Dialog fortgesetzt werden kann. Es müssen Komitees gegründet werden, in denen der MSD und Vertreter*innen des Regimes Absprachen treffen, die der Bevölkerung zugutekommen.

Mit dem Dialog zwischen MSD und Regime hat sich die Türkei eingeschaltet und öffentlich Russland und das Regime bedroht. Als er sich entwickelte, fand am 7. September eine Sitzung in Teheran statt. Unmittelbar danach wurden die Gespräche zwischen MSD und Regime eingestellt. So wurde der Dialog gestoppt. Der MSD versucht weiterhin, den Kontakt und den Dialog aufrechtzuerhalten. Es ist nicht einfach, mit einem Regime ins Gespräch zu kommen, das von der Türkei und Russland gelenkt wird. Es betrachtet die kurdische Frage als eine Sicherheitsfrage und keine politische. Es zeigt nicht die Bereitschaft, den Konflikt innersyrisch zu lösen, sondern will seine militärische Macht in Syrien ausdehnen, um die Gebiete für sich zu sichern. Das ist der Grund, warum sie vorerst keinen Dialog akzeptieren werden. Die Vertreter*innen des MSD wissen, dass die Gespräche viel Zeit und Geduld in Anspruch nehmen werden. Die Türkei bereitet sich auf Verhandlungen mit dem Regime vor, um es von einer Intensivierung seines Kontakts mit Vertreter*innen der Demokratischen Föderation abzubringen.

Die Delegierten hatten mit den Vertreter*innen der Regierung viele Themen angesprochen, unter anderem wurden die türkische Besetzung syrischen Bodens und die Lage in Idlib diskutiert. Die türkische Regierung will mit dem Baath-Regime das 1998 vereinbarte Abkommen von Adana[1] in die Praxis umsetzen. Erdoğan pflegt seit seinem Amtsantritt 2002 den Kontakt zu Syrien, um dieses Abkommen zu bekräftigen. Das ist auch einer der Gründe, warum sich die Türkei dem Assad-Regime annähert. Das syrische Regime äußert sich nicht zu dem Abkommen. Auf seinem Territorium wird eine Bevölkerungsgruppe vernichtet und ein Teil des Landes belagert, es nimmt jedoch keine Stellung dazu. Die Mentalität beider Staaten beruht auf Unterdrückung, Flucht und Vernichtung. Das sollte als Schwäche des eigenen Systems verstanden werden. Das Regime macht momentan eine schwere Zeit durch, weil die Tagesordnung fremdbestimmt wird. Wenn der Iran sich aus Syrien zurückzieht, wird die Politik des Assad-Regimes geschwächt, seine Kraft wird nicht ausreichen, um das gesamte Syrien militärisch zu verteidigen. Hier wird es auf die Hilfe der Demokratischen Kräfte Syriens angewiesen sein, es wird zum Dialog gezwungen. Die Widersprüche in der Mentalität des Regimes führen zu keinem Dialog, daher ist er ins Stocken geraten. Der MSD ist jederzeit bereit für erneute Gespräche und für das Ende des Krieges in Syrien. Man will keine Auseinandersetzungen in der Region, denn beiden Seiten gereicht es zum Nachteil und die Großmächte gewinnen. Die Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) bestärkt den MSD in seinen Dialogversuchen. Der Dialog muss beginnen und fortgeführt werden. Wir sind auch ein Teil Syriens, haben das Land verteidigt und große Opfer gebracht. Das Potential von Landwirtschaft, Ökonomie und Energie liegt in den Gebieten östlich des Euphrats. Diese Ressourcen sind nicht nur für die kurdische Bevölkerung da, sondern für ganz Syrien.

Wenn das Regime die Gebiete im Norden und Osten Syriens angreift, werden diese Ressourcen verloren gehen und die Wirtschaft des Landes wird noch weiter geschwächt. Leidtragend wird wieder die Bevölkerung sein. Wir hoffen auf eine Fortsetzung des Dialogs, denn das Problem kann nur innersyrisch geklärt werden. Es ist die einzige Möglichkeit, sich vom Zentralismus weg in Richtung eines demokratischen und freien Syriens zu bewegen und das System der autonomen Selbstverwaltung auch in anderen Teilen Syriens zu verwirklichen.

Der sogenannte Islamische Staat wurde in Nordsyrien von den Demokratischen Kräften Syriens so gut wie geschlagen, wie sieht der Aufbau in diesen Gebieten aus? Wie ist der gesellschaftliche und politische Aufbau zu bewerten, gibt es Fortschritte?

In den befreiten Gebieten geht die Zahl der IS-Anhänger dem Ende zu. Der IS hat alle Gebiete ausgeraubt und zerstört. Wenn diese Gebiete befreit werden, gibt es auf allen Ebenen Schwierigkeiten. Die Hälfte der Bevölkerung aus den überfallenen Gebieten war in Flüchtlingsunterkünfte gegangen. Dann kehren diese Menschen zurück. Die existentiellen Bedürfnisse können nicht befriedigt werden. Ihre zerstörten Häuser können sie nicht allein wieder aufbauen. Mit der Ankunft in ihren befreiten Orten baut die Bevölkerung ihre autonome Selbstverwaltung auf. Nach und nach werden in den Städten Räte und in den Dörfern Kommunen geschaffen.

Eine Koordination wird gewählt. Der Rat setzt sich mit den Bedürfnissen der Gesellschaft auseinander und setzt sie im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten um. Die Bevölkerung kehrt mit Freude in ihre Gebiete zurück. Viele Familien wurden selbst Teil der Verteidigung und gingen in die Reihen der

---

1 1998 hatte die Türkei mit aggressiven (Kriegs-)Drohungen erreicht, dass Syrien der PKK-Führung keinen Aufenthalt mehr gewährte. Im anschließend vereinbarten Abkommen von Adana verpflichtete sich Syrien u. a., auf seinem Territorium keine die Sicherheit und Stabilität der Türkei gefährdenden Aktivitäten und ebenso keine Aktivitäten der PKK zuzulassen.

QSD. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen leben zusammen und organisieren sich selbst. Es gibt sehr gute Fortschritte wie zum Beispiel in Raqqa. Die Stadt wird von verschiedenen Bevölkerungsgruppen und religiösen Gruppen selbst verwaltet. Sie organisieren sich nach dem Prinzip der demokratischen Autonomie. In Raqqa haben sie Stadträte, den Gerechtigkeitsrat und die Verteidigung durch die Asayîş (Sicherheitskräfte) aufgebaut. Diese Gremien besetzen die Einheimischen aus Raqqa selbst. Es gibt sehr viele Schwierigkeiten im Alltag. Die Hilfe von NGOs kommt kaum in der Region an. Die Menschen leben nach Maßgabe der geringen Kapazitäten und der Gegebenheiten. In politischer Hinsicht sind in der Gesellschaft auch Fortschritte zu verzeichnen. Die Gebiete Tabqa, Raqqa, Minbic und Bozanê werden durch die Koordination aus Rojava miteinander vernetzt. Die Bevölkerung ist ein Teil der politischen Entscheidung, sie diskutiert und verfolgt die aktuelle Lage. Ein anderes Bewusstsein wurde somit geschaffen. Es mag sein, dass der IS in fast allen Gebieten zurückgedrängt worden ist, doch sein Einfluss besteht im Alltag weiterhin. Die Drohungen der türkischen Regierung gegen Nord- und Ostsyrien mehren sich, was zu Unsicherheit und Angst in der Gesellschaft führt. Denn die Angriffe der Türkei sind gleichzusetzen mit denen des IS. Die Türkei wird auf syrischem Boden nicht selbst angreifen, sondern sie wird IS-nahe Gruppen schicken. Es ist möglich, dass sie eine neue IS-Gruppe gründet und in die Region schickt.

Insgesamt können wir sagen, dass es politisch wie auch gesellschaftlich Fortschritte gibt. Die Gesellschaft hatte vorher unter den diktatorischen Bedingungen des Assad-Regimes leben müssen, danach kam die Freie Syrische Armee FSA, die das Land ausgebeutet hat. Von den Energieverbrauchern bis hin zur Stromversorgung wurden alle Geräte und alles Zubehör geplündert. Als dann der IS kam, hat er die Bevölkerung physisch und psychisch zerstört.

Insgesamt können wir sagen, dass es politisch wie auch gesellschaftlich Fortschritte gibt. Die Gesellschaft hatte vorher unter den diktatorischen Bedingungen des Assad-Regimes leben müssen, danach kam die Freie Syrische Armee FSA, die das Land ausgebeutet hat. Von den Energieverbrauchern bis hin zur Stromversorgung wurden alle Geräte und alles Zubehör geplündert. Als dann der IS kam, hat er die Bevölkerung physisch und psychisch zerstört. Menschen wurde der Kopf abgeschnitten, die Hände, und sie wurden bei lebendigem Leibe verbrannt. Daher lebt die Bevölkerung in ständiger Angst, er könne zurückkehren.

Heute leben die Menschen unter der Führung von QSD und MSD, alle finden ihren Platz in der Organisierung, bei der Arbeit und im Kampf.

Die arabische Frau, die nicht aus dem Haus konnte, organisiert sich heute in den YPJ, den QSD und im MSD. Die Frauen in der Region haben sehr große Fortschritte gemacht. Sie tragen zur Veränderung der gesellschaftlichen Mentalität bei. Die Bevölkerung lebt bewusster und organisiert sich selbst. Momentan ist die größte Angst, dass jederzeit ein Angriff der Türkei und Russlands mit Hilfe des Irans und des Regimes stattfinden kann. Sie ist hauptsächlich sunnitisch geprägt, und ein Angriff könnte auch auf einen schiitisch-alevitischen Religionskrieg geschoben werden.

Die aktuelle Situation in den befreiten Gebieten ist sehr friedlich. Es gibt eine eigene Sicherheit und Verteidigung. Bei gezielten Angriffen auf diese Regionen kann es erneut zu Massakern und Genozid kommen. Aus diesem Grund befürwortet die Bevölkerung den Dialog mit dem Assad-Regime.

Im Juli wurde auf dem dritten Kongress des Demokratischen Syrienrats (MSD) eine gemeinsame Koordination für die Gebiete in Nord- und Ostsyrien beschlossen, die unter der Kontrolle des MSD und der QSD steht. Welche Entwicklungen sind hier zu verzeichnen?

Der Demokratische Syrienrat hat seinen dritten Kongress erfolgreich beendet und beschlossen, in einem Monat eine gemeinsame Koordination für die Gebiete in Nord- und Ostsyrien zu besetzen. Diese Koordination repräsentiert sieben Gebiete – Cizîrê, Firat (Euphrat), Efrîn, Minbic, Raqqa, Tabqa und Bozanê, die eine Regierung bilden. Ein Rat wurde gegründet und der Ratsvorsitz gewählt sowie der Vorsitz des Gerechtigkeitsrats. Mit diesen verschiedenen Gremien verwalten sie sich im Rahmen des demokratischen Systems selbst. Viele Komitees werden aus den verschiedenen Volks- und Religionszugehörigkeiten aus den Gebieten Nord- und Ostsyriens gestellt und bilden ein Teil des Ministeriums. Das Ministerium ist dann verantwortlich für die Bereiche Politik, Diplomatie, Verteidigung, Wirtschaft und Dialog und gleichzeitig ist es die Koordination für die sieben Gebiete, von denen drei in Rojava liegen und vier in den arabischen Gebieten. Unter dem Dach des Demokratischen Syrienrats wird sich organisiert und die militärische Kraft bilden die Demokratischen Kräfte Syriens. ♦

Mexmûr: Modell für ein alternatives Bildungssystem

Freiheit der Gesellschaft statt Zwang und Druck

Abid Kar

Gerade begann für 3500 Schülerinnen und Schüler das neue Schuljahr im Camp Mexmûr (Maxmur). Im Camp Şehîd Rustem Cudi gibt es vier Grund-, zwei Mittelschulen und eine Oberschule, an denen fast 3500 Kinder und Jugendliche unterrichtet werden. Einen Tag vor Schulbeginn wurde das bevorstehende Schuljahr mit einer feierlichen Zeremonie eröffnet. Zeynep Kara, eine der Schuldirektorinnen, unterstrich in ihrer Rede anlässlich des neuen Schuljahres die Besonderheit, dass in Mexmûr der Unterricht auf Kurdisch stattfindet, in einer Sprache, die immer wieder großem Druck und Verboten ausgesetzt ist. Sie brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Schülerinnen und Schüler diese einmalige Chance zu schätzen wissen. Das Bildungssystem von Mexmûr, das im Laufe der vergangenen 24 Jahre unter größten Mühen und den widrigsten Bedingungen aufgebaut wurde, hat sich mittlerweile zu einem beispielhaften Modell für alle Kurdinnen und Kurden entwickelt.

Unterricht auf nackten Steinen

Aufgrund der Unterdrückung, der Gewalt und Folter, die der türkische Staat gegen die kurdische Bevölkerung ausübte, waren in den Jahren 1993 und 1994 tausende Menschen gezwungen, ihre Heimatdörfer in Richtung Südkurdistan (Nordirak) zu verlassen. Die heutigen Bewohnerinnen und Bewohner des Camps Mexmûr wurden in den neunziger Jahren während ihrer Flucht vor den Angriffen des türkischen Staates zunächst in den Camps Seraniş und Bihere untergebracht. Während man unter widrigen Bedingungen in den Camps ausharrte, machten sich die geflüchteten Menschen sogleich auf die Suche nach Möglichkeiten, ihren Kindern eine angemessene Bildung zugutekommen zu lassen. Mit einfachsten Mitteln begann man damals Kurse für die Kinder und Jugendlichen anzubieten. Da keinerlei Hefte, Stifte und Bücher zur Verfügung standen, war man gezwungen, auf Steine zu schreiben und zu kritzeln. Infolge des steigenden Drucks auf das damalige Camp waren die Menschen erneut zur Flucht gezwungen und siedelten in die beiden Camps Etrûş und Geliyê Qiyametê um.

Zwischen 1994 und 1997 stieg die Zahl der Menschen in den beiden Camps auf 15.000. Eines der Hauptprobleme bestand in der fehlenden Bildung für die jüngsten Campbewohner. So entschloss man sich, 10 bis 15 Personen aus dem Camp, die selbst keinerlei Ausbildung im Lehrberuf abgeschlossen hatten, mit der Einrichtung von Bildungsangeboten zu beauftragen. Unter den damaligen schwierigen Bedingungen begann man somit bei null und baute ein Bildungssystem auf. Obwohl nicht einmal Bücher zur Verfügung standen, begann man die Kinder und Jugendlichen in den Camps zu unterrichten und während der bitterkalten Wintermonate in Zelten auf schwarzem Holz als Tafel- und Papierersatz zu unterrichten.

Die erste Grundschule

Im Verlauf der Zeit gewann man wertvolle neue Erfahrungen und so gelang es, völlig neue Möglichkeiten zu schaffen. So wurde die Gründung der ersten Grundschule möglich. Im Jahr 1996 öffnete im Camp Etrûş die erste Mittelschule ihre Türen. Sie wurde nach dem ehemaligen Mitglied der Campleitung Zeynep Erdem (Jiyan) benannt, die bei einem Angriff auf das Camp im Jahr 1995 getötet worden war. Im Jahr 1996 besuchten ca. 400 Schülerinnen und Schüler die Schulen im Camp.

Während das Bildungssystem sich stetig weiterentwickelte und wuchs, nahm der Druck auf die Menschen im Camp nicht ab. Dies führte dazu, dass die beiden Camps Etrûş und Geliye Qiyametê 1997 verlassen wurden. Der Großteil der Menschen zog weiter in das Ninova-Gebiet, während sich andere in Qesrok, Sêmêlê, Hesenîkê oder weiteren in der Umgebung liegenden Gebieten niederließen. Auch in Ninova wurde der Unterricht für die Kinder und Jugendlichen fortgesetzt. Doch im Jahr 1998 musste auch das dortige Camp aufgegeben werden und die Menschen zogen nach Nehdarê weiter, bevor sie letztendlich in Mexmûr landeten, das zum Gebiet Mûsil (Mossul) gehört.

Stühle und Tische aus Lehm

Mexmûr wurde zum letzten Fluchtpunkt der Menschen. Erst später wurde das Camp in »Şehîd Rustem Cudi« umbenannt. Aufgrund der größeren Entfernung zur türkischen Grenze und des schwächeren Einflusses der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) auf diese Region unterlag das neu gegründete Camp einem geringeren Druck. Seit 1998 blüht daher das Leben in allen Bereichen erneut auf, so auch im Bildungsbereich.

Im Verlauf der vergangenen zwanzig Jahre wurde in Mexmûr ein Bildungssystem aufgebaut, das vom Kindergarten bis zur Akademie alle Bereiche abdeckt. Tausende Schülerinnen und Schüler absolvierten die Schule auf Kurdisch und auch zahlreiche Lehrkräfte wurden in Mexmûr selbst ausgebildet. Mithilfe der Bevölkerung begannen 1998 die Bauarbeiten für neue Lehr- und Lernorte. Stühle und Tische wurden aus Lehm hergestellt. Nachdem man also zunächst mit einfachsten Mitteln begonnen hatte, begannen die irakische Regierung und die UN den Schulen im Camp Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Heute findet man zwölf Schulen im Camp, an denen tausende Kinder und Jugendliche unterrichtet werden: fünf Kindergärten, vier Grundschulen, zwei Mittelschulen, die nach Şehîd Jiyan und Şehîd Deniz benannt sind, und eine Oberschule. An der Şehîd-Koçerin-Oberschule machten seit dem Jahr 2000 über 1200 Schülerinnen und Schüler ihr Abitur. Viele von ihnen gingen später an südkurdische Universitäten.

Unter der Schirmherrschaft der Akademie Şehîd Ferhat Kurtay wurde im Jahr 2014 das Şehîd-Kato-Institut gegründet und damit ein wichtiger Fortschritt für das Bildungssystem erreicht. An dem Institut können Interessierte seither eine zweijährige Ausbildung absolvieren. Im ersten Ausbildungsjahr wird eine Art Studium generale besucht, um sich dann im zweiten Jahr in einem Berufszweig zu spezialisieren. Dazu zählen u. a. Pädagogik, Medien und Gesundheit. Nach Abschluss der zweijährigen Ausbildung erhalten die Absolventinnen und Absolventen ein offizielles Zeugnis, das vom Bildungssystem des Camps ausgestellt wird.

500 Universitätsabsolventinnen und -absolventen

Derzeit besuchen ca. 350 Kinder die Kindergärten, jährlich durchschnittlich ca. 3200 Kinder und Jugendliche die Grund-, Mittel- und Oberschulen, das Institut und die Akademien. Seit 2005 können Schülerinnen und Schüler aus Mexmûr auch Universitäten in der Autonomen Region Kurdistan besuchen, derzeit sind es dort ca. 200 Studierende aus Mexmûr. Sie studieren u. a. Jura, Politikwissenschaften, Medizin, Physik, Biologie, Medienwissenschaften, Soziologie, Fremdsprachen, Psychologie und Geographie. Mehr als 500 Jugendliche aus Mexmûr machten seit 2005 auf diesem Weg ihren Universitätsabschluss. Viele von ihnen arbeiten heute als Lehrkräfte oder Ärztinnen und Ärzte in Mexmûr.

200 Lehrerinnen und Lehrer

Die 200 Lehrkräfte, die heute an den Schulen im Camp unterrichten, gingen dort früher selbst zur Schule und ein Teil derjenigen, die in den letzten Jahren ihr Pädagogik-Studium in Südkurdistan abschlossen, unterrichtet heute an den Schulen in Mexmûr. Alle zwei Jahre findet im Camp eine Pädagogik-Konferenz statt, um die pädagogischen Arbeiten und das Bildungssystem Mexmûrs weiterzuentwickeln. Auch die Lehrerinnen diskutieren und entscheiden zusätzlich im Rahmen einer eigenen Konferenz. Auf der auch alle zwei Jahre stattfinden Konferenz werden zweijährige Bildungspläne erstellt. Zudem bewerten Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit den Lehrkräften die vergangenen Lehrpläne, die Arbeit der Leitungsebene des Bildungssystems und die Fortschritte der Schülerinnen und Schüler. Auf Grundlage dieser Diskussionen werden dann gemeinsam neue Planungen für die folgenden zwei Jahre verabschiedet.

An den Schulen im Camp werden folgende Fächer unterrichtet: Soziologie, Physik, Chemie, Biologie, Jineolojî, Ökologie, Kultur, Sport, Geschichte, Mathematik, Ökonomie und Philosophie. All diese Fächer werden auf Kurdisch unterrichtet, also in der Muttersprache der Kinder. Nicht nur deswegen können wir ohne Zweifel sagen, dass das Bildungssystem von Mexmûr als ein Vorbild für die gesamte kurdische Gesellschaft betrachtet werden kann.

In den ersten Jahren nach Aufbau des Camps gab es keinerlei Bücher oder anderweitige Bildungsmaterialien. Man ging deshalb dazu über, während der Sommerferien eigenhändig Bücher und andere Materialien anzufertigen. Mit der Zeit wurden auch Computer für die Schulen organisiert. Somit konnten Bücher am Computer verfasst und in Druck gegeben werden. Alle Schulbücher wurden auf Kurdisch durch die Lehrerinnen und Lehrer des Camps verfasst. Doch aufgrund einer fehlenden Druckerei im Camp kam es bei der Vervielfältigung der Bücher zu Schwierigkeiten. Vor dem Jahr 2005 stellten die UN die Schulkleidung, Hefte, Stifte und andere Materialien für die Schulen zur Verfügung. Doch in den letzten Jahren stellten sowohl die UN als auch die Regionalregierung Kurdistan und die irakische Zentralregierung ihre Hilfen in dem Bereich vollständig ein. Alle Schülerinnen und Schüler sind heute ausschließlich auf die Unterstützung durch ihre Familien angewiesen.

Kurmancî und Soranî als Unterrichtssprachen

Einer der wichtigsten Punkte im Bereich der Bildung in Mexmûr ist das Thema Muttersprache. Vom Kindergarten bis zum Institut wird aller Unterricht auf Kurmancî gegeben, d. h. in einem der kurdischen Dialekte. In den Mittel- und Oberschulen findet der Unterricht auf Soranî statt. Neben dem muttersprachlichen Unterricht wird auch Englisch- und Türkischunterricht angeboten.

M. Şirin Çetin, seit 1993 im Bildungsbereich aktiv und heute Verantwortliche für die Sprachbildungskommission im Camp, sprach vor Kurzem mit RojNews über das Bildungssystem Mexmûrs und dessen derzeitige Ziele. Çetin erinnerte dabei an die schwierigen Bedingungen, unter denen das Bildungssystem dort aufgebaut worden war. Hauptziel sei es stets gewesen, den Kindern und Jugendlichen das notwendige Wissen und Bewusstsein zu vermitteln. Heute steige die Zahl der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrkräfte stetig. Zudem verfüge man heute über selbst hergestellte Schulbücher und alle Schulabsolventinnen und -absolventen könnten sich für eine Berufsausbildung bzw. ein Studium ihrer Wahl entscheiden. Çetin unterstrich auch, dass die Regionalregierung Kurdistan das Bildungssystem Mexmûrs mittlerweile offiziell anerkannt habe, auch wenn es an diesem Punkt noch Ausbaubedarf gebe.

Spendenkampagne für einen Krankenwagen im Camp Mexmûr

Fluchtursachen bekämpfen, Aufbau einer alternativen Gesellschaft unterstützen

Inmitten der kargen Wüste des Iraks, wo es im Sommer schon mal 50 Grad heiß werden kann, leben seit rund 20 Jahren 12.000 Menschen im Flüchtlingscamp Mexmûr. Doch Mexmûr ist nicht irgendein Flüchtlingscamp: Hier leben Menschen, die ursprünglich aus Nordkurdistan stammen und deren Dörfer in der Botanregion Anfang der 90er Jahre von der türkischen Armee zerstört wurden. Statt daraufhin in die Vororte der Metropolen zu flüchten, entschieden sich die Menschen in Südkurdistan ein neues und kollektives Leben aufzubauen. Nach einer Odyssee und Vertreibungen aus insgesamt sieben Camps kamen sie schließlich 1998 nach Mexmûr.

Mitten in der Wüste ist es den Bewohner_innen von Mexmûr gelungen, einen Prototyp für eine alternative Gesellschaft aufzubauen. Das Camp wird durch basisdemokratische Rätestrukturen selbstverwaltet. Die Menschen organisieren sich in Volks-, Frauen- und Jugendräten, bilden Komitees und Räte für verschiedene Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheit oder Ökonomie. Auf diese Weise bauen sie ein selbstbestimmtes Leben auf. Die Revolution von Rojava und die Ausrufung der Selbstverwaltung in Şengal fußen auf den jahrelangen Erfahrungen der Demokratischen Autonomie im Camp Mexmûr.

Doch das bedeutet nicht, dass es in Mexmûr keine Probleme gibt. Offiziell handelt es sich um ein Camp des UNHCR, doch das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen hat seit dem IS-Angriff auf Mexmûr im Jahr 2014 schlichtweg alle Hilfen eingestellt. Das Camp befindet sich de facto unter einem ökonomischen Embargo. Hinzu kommen die Schwierigkeiten, die das Leben in der Wüste mit sich bringt: Wassermangel und nur wenige Stunden Strom am Tag gehören zum Alltag im Camp.

Besonders im Bereich der Gesundheit machen sich diese Probleme bemerkbar. Fehlende technische Ausstattung und Medikamentenmangel, aber auch das Fehlen eines Krankenwagens gehören zu den größten Herausforderungen, mit denen die Ärzt_innen im Camp zu kämpfen haben. Dennoch leisten sie unter den schwierigen Bedingungen eine herausragende Arbeit. Die medizinische Gesundheitsversorgung in Mexmûr ist deutlich günstiger als im Rest des Landes und keinem Mensch wird wegen fehlendem Geld die Behandlung verweigert.

Wir wollen das Camp Mexmûr und insbesondere die dortige Arbeit im Gesundheitsbereich mit dieser Spendenkampagne unterstützen. Unser erstes Ziel ist es, einen Krankenwagen für das Camp zu finanzieren. Darüber hinaus eingehende Spenden sollen zum Erwerb eines Stromgenerators beitragen, mit dem die Krankenstation in Betrieb gehalten werden kann, auch wenn kein Strom im Camp fließt.

Unterstützt die Spendenkampagne, verbreitet sie in eurem Umfeld und sammelt Gelder dafür! Mit eurer Spende unterstützt ihr nicht nur ein humanitäres Gesundheitsprojekt, ihr leistet auch einen wichtigen Beitrag für ein alternatives Gesellschaftsprojekt, mit dem Fluchtursachen seit 20 Jahren bekämpft werden!

Kontakt:
KurdistanHilfe e. V.
https://kurdistanhilfe.de
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04

Entwicklung der Schülerinnen und Schüler statt Zwang und Druck

Çetin verdeutlichte das grundlegende Ziel des Bildungssystems: »Auf dem Weg der Bildung wollen wir die Geschwisterlichkeit der Völker fördern. Wir wollen zeigen, dass Macht nichts Positives ist. Das staatliche System hat nicht die Freiheit der Gesellschaft zum Ziel und kann auch keinen Frieden gewährleisten. Wir wollen, dass die Gesellschaft sich selbst verwalten kann. Ich denke, dass das kurdische Volk ein derartiges Selbstverwaltungssystem entwickeln und umsetzen kann. So unterscheidet sich z. B. der Lehrplan von vor zwei Jahren stark von unserem heutigen. Auch unsere Bildungsinstitutionen und unsere Verlage betreiben wir heute anders. Unser Ziel ist es, alle Systeme abzuschaffen, durch die die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler behindert wird. Deshalb versuchen wir alle Methoden zu verändern, die eine Last für unsere Kinder und Jugendlichen darstellen, und forschen in diesem Bereich.«

Şirin Çetin sprach in dem Interview auch von der herausragenden Bedeutung der Lehrkräfte für die Qualität eines jeden Bildungssystems: »Je nach Bedarf stellen wir neue Lehrkräfte ein. Wir freuen uns natürlich auch über welche, die sich freiwillig engagieren wollen und über besonderes Wissen verfügen. Früher haben wir auch Schülerinnen und Schüler der Mittelschulen als Lehrkräfte akzeptiert. Doch diesen Ansatz haben wir nach einer gewissen Zeit verworfen. Wir haben uns daher entschieden, eine klare Grenze zu ziehen und nur noch diejenigen einzustellen, die die Oberschule abgeschlossen haben. Nachdem es unseren Jugendlichen ermöglicht worden war, an den Universitäten in Südkurdistan zu studieren, hatten wir plötzlich sehr viele Lehramtsanwärterinnen und -anwärter. Wir begannen damals also damit, die Universitätsabsolventinnen und -absolventen als Lehrkräfte im Camp anzustellen.«

Zu wenig Lehrerinnen und Lehrer

Laut Çetin gibt es heute trotz der vielen Fortschritte noch zahlreiche Probleme im Bildungssystem des Camps: »Heute wird fast auf der ganzen Welt in Klassen mit 20 Kindern unterrichtet. Weil wir über viel zu wenig Räumlichkeiten verfügen, müssen wir Klassen mit 35 Kindern und Jugendlichen unterrichten. Normalerweise unterrichten Lehrkräfte 15 bis 16 Stunden pro Woche, aber bei uns sind es aufgrund der fehlenden Lehrkräfte 20 Stunden. Für den Physik- und Chemieunterricht wird eigentlich eine Ausstattung benötigt, um wissenschaftliche Experimente durchführen zu können. Auch das fehlt uns, weshalb wir diese Fächer nicht so unterrichten können, wie wir es uns wünschen würden. Aufgrund ganz einfacher Dinge müssen unsere Schülerinnen und Schüler leiden. Daher müssen sie viele Hindernisse überwinden, wenn sie auf die Universität kommen.«

Seit Jahren hat es laut Çetin von außen keine Hilfsleistungen mehr gegeben: »Uns wurde von offizieller Seite der Status als politische Flüchtlinge zuerkannt, doch trotzdem erhalten wir keine Hilfe. Die Schülerinnen und Schüler müssen alles Notwendige selbst beschaffen. Wenn die Familien arm sind, können sie ihre Kinder nicht zur Schule schicken. Diese Familien beantragen Hilfe bei der südkurdischen Regierung, doch erhalten sie keinerlei Antwort.«

Die Regionalregierung Kurdistan erkennt die Schulabschlüsse aus dem Camp Mexmûr offiziell an, behandelt sie aber laut Çetin wie zweitklassige Abschlüsse: »Das ist eine politische Entscheidung. Sie haben Angst, unsere Schülerinnen und Schüler an ihren Universitäten zuzulassen. Auch auf dem Arbeitsmarkt werden diejenigen mit naturwissenschaftlichen Abschlüssen eher akzeptiert, Abschlüsse wie Literatur- und Politikwissenschaften sind für den Arbeitsmarkt praktisch wertlos. Ärztinnen und Ärzte oder Ingenieurinnen und Ingenieure können eine Arbeit finden, denn sie werden nicht als gefährlich für das System betrachtet.«

Kurdische Sprache hat ihre Anerkennung gewonnen

Çetin betonte, dass Kurdisch heute als Bildungssprache gleichrangig mit Englisch, Französisch, Arabisch oder anderen Sprachen sei und in allen Wissenschaftsbereichen verwendet werden könne. Kurdisch stelle in diesem Sinne kein Hindernis mehr dar. Dadurch hätten auch Diskussionen darüber, ob Kurdisch als literarische Sprache verwendet werden könne, ein Ende gefunden.

Laut Çetin ist man darauf bedacht, das Bildungssystem im Camp Mexmûr weiterzuentwickeln. Mit diesem Ziel wurde eine allgemeine Forschungsinstitution eingerichtet. Man habe sich zum Ziel gesetzt, Forschung über staatliche Bildungssysteme zu betreiben: »Demnächst wird eine neue Phase beginnen. Wir müssen mehr darüber wissen, wie sich die Systeme im Bereich des Wissens und der Wissensvermittlung entwickelt haben. Wir haben daher Bedarf an diesbezüglicher Forschung aus den verschiedensten Ländern. Dafür haben wir einen nächsten Schritt unternommen und ca. 100 Lehrkräfte mit dieser Forschungsarbeit beauftragt. Auf Grundlage der Ergebnisse unserer Forschungen werden wir viele Veränderungen in unserem Bildungssystem vornehmen können.« ♦

Grundlagen entmenschlichenden Umgangs mit kurdischen Frauen

Das nackte Leben von Frauen im Ausnahmezustand

Esra Serhed, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Ereignisse wie etwa Genozid, Verluste durch Tod, Kriegserfahrungen, Enteignung dürfen nicht im Sinne von individuellen Schicksalsschlägen verstanden werden, sondern sollten als historische und kollektive Traumata behandelt werden. Es stellt sich die Frage, wie ein solches transgenerationales Trauma durchbrochen wird, welches unbewusst an die nächsten Generationen weitergegeben wird und teilweise auch ihre Verhaltensweisen beeinflusst.

Das Gedächtnis hält die Geschichte zusammen. Es ist der Ort, wo Erinnerungen gespeichert werden. Vor diesem Hintergrund haben die nächsten Generationen die historische Verantwortung, sich Teile aus der Vergangenheit im Bewusstsein zu halten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesellschaftlich und juristisch aufzuarbeiten. Mit diesem Artikel soll der Versuch unternommen werden, sich die Geschehnisse in Nordkurdistan nach 2015 bis heute vor Augen zu führen, damit sie nicht in Vergessenheit geraten und sich niemals wiederholen können. Ein starker Fokus wird hierbei auf das Leben von kurdischen Frauen gelegt, die während der in den letzten zwei Jahren verhängten Ausgangssperren in Nordkurdistan enormen Angriffen ausgesetzt waren. Dieser Artikel versucht die kurdische Frau als *femina sacra*, die weibliche Version von Agambens *homo sacer*, und gleichzeitig als widerständiges Subjekt theoretisch zu erfassen. Obwohl Agamben keine feministischen Theorien liefert, ist seine Arbeit dennoch nützlich, um zu verstehen, warum das Recht gegenüber einzelnen oder bestimmten Gruppen von Frauen versagt. Das Homo-Sacer-Konzept von Agamben soll durch die Kategorie *femina sacra* als nacktes Leben und vergeschlechtlichtes Objekt erweitert werden, indem der Gender-Aspekt in die Machtanalyse einbezogen wird, was Agamben versäumt hat.

Souveränität und Ausnahme

Agamben fokussiert vor allem die Unterscheidung zwischen Staatsbürger*innen (politische Existenz) und bloßem Leben (nacktes Leben) und fragt, wie der Staat und die Rechtsordnung dieses Verhältnis zuerst produzieren, um es dann zu verwalten. Die Grenzziehung zwischen dem Menschen als Subjekt des Rechts und dem Menschen als bloßes Lebewesen ist Agamben zufolge die inhärente Logik der Souveränität. Der Souverän existiert gleichzeitig innerhalb und außerhalb des Rechts, weil er die Fähigkeit hat, das Gesetz zu schaffen und aufzuheben. Um den Zusammenhang zwischen Ausnahme und Souveränität aufzuzeigen, verweist Agamben auf die folgende These von Carl Schmitt: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« Im Hintergrund dieser Aussage leitet Agamben das Wesen der Ausnahme aus der Souveränität ab. »Die Ausnahme ist eine einschließende Ausschließung.« In der Ausnahme gilt die Regel insofern, als sie aufgehoben ist. In diesem Sinne bestätigt die Entscheidung über den Ausnahmezustand nicht nur die Regel der Rechtsordnung, sondern die Ausnahme geht ihr voran und konstituiert ihre Geltungsfähigkeit. Der Ausnahmezustand erzeugt also einen Zustand, in dem das Recht zwar gilt, aber keine Schutzwirkung mehr entfaltet.

Im Zusammengang des nackten oder bloßen Lebens greift Agamben auf die aristotelischen Begriffe für das Leben, *bios* und *zoe*, zurück. Der Begriff *bios* bedeutet das politische Leben – Aristoteles spricht hierbei von einer »höheren und ewigen« Lebensform. In Abgrenzung zum *bios* meint *zoe* das einfache, unqualifizierte Leben. Das natürliche Leben, die *zoe*, wurde aus der *polis* ausgeschlossen und lag ausschließlich in der privaten Sphäre des *oikos*. Zur *polis* hatten nur Menschen Zugang, die Polisbürger*innen und Subjekte des Rechts, also *bios* waren. In diesem Kontext verweist Agamben auf die Biopolitik, in der das ehemals von der *polis* ausgeschlossene Leben zum Gegenstand der Politik wurde. Im Unterschied zu Foucault sieht Agamben die Biopolitik nicht nur als eine spezifische Erscheinung der Moderne, sondern als die Herrschaft des Souveräns über das nackte Leben. »Man kann sogar sagen, daß

die Produktion eines biopolitischen Körpers die ursprüngliche Leistung der souveränen Macht ist.«

Homo Sacer und das Lager

Agambens Annahme des nackten Lebens als Gegenstand der biopolitischen Macht verweist auf einen aus dem römischen Recht stammenden Begriff des *homo sacer*. Der *homo sacer* verkörpert insofern das nackte Leben, als er ohne Rechtsbruch getötet werden kann, den Göttern jedoch nicht geopfert werden darf. Folglich war die Figur *homo sacer* doppelt rechtlos, weil er von der menschlichen wie auch der göttlichen Rechtsordnung ausgeschlossen war.

Das Zusammenspiel von souveräner Macht und Biopolitik produziert nach Agamben die Linie zwischen dem, was leben soll, und dem, was nicht lebenswert ist. Es ist diese Linie zwischen Leben und Tod, auf der Agmaben die *homines sacri* als »lebende Tote« positioniert. In diesem Zusammenhang verändert sich die Biopolitik dahingehend, dass sie nicht mehr auf Lebenssteigerung ausgelegt ist, sondern zur Politik des Tötens – zur »Thanatopolitik« – wird. Der Ort, an dem Biopolitik und Thanatopolitik in Agambens Denken zusammenfallen, ist das Lager. Als Lager bezeichnet Agamben den Ort, wo *homines sacri* systematisch produziert und getötet werden können. Wenn der Ausnahmezustand zur Regel wird, dann entsteht das Lager als Raum der Ausnahme und alle Menschen, so Agamben, sind potenzielle *homines sacri*.

Die Kategorien Leben und Tod, Recht und Gewalt, *bios* und *zoe* geraten in eine »Zone irreduzibler Unterscheidbarkeit«, welche in der Moderne sehr unpräzise und beweglich ist und durch den Souverän immer wieder neu bestimmt werden muss.

In Bezug auf das nackte Leben von Frauen macht die souveräne Macht eine Ausnahme: Frauen werden zwar oft als nack-


ANHA

tes Leben ausgeschlossen, aber auch als sexualisierte Wesen positioniert. In Kriegssituationen übernehmen Frauen somit zwei Rollen: Sie gelten zugleich als Träger*innen der Ehre und der Schande des Kollektivs. Bei der Ersteren wird ihre Sexualität als Herrschaftsinstrument benutzt, während die Zweite als rein, hilflos und somit als rettungsbedürftig gilt.

Kurdische Frauen und femina sacra

Besonders für Frauen hat sich die Atmosphäre unter dem Ausnahmezustand in der Türkei seit 2015 gravierend verändert. So beschloss der türkische Staat die Inhaftierung der gewählten Bürgermeister*innen und Aktivist*innen sowie die Schließung von Frauenvereinigungen und -häusern oder ihre Umbenennung zu Koranschulen und Institutionen für Eheschließungen nicht in einem außerrechtlichen Raum, sondern auf dem »Schachbrett« des Rechts. Der Ausnahmezustand ist die rechtliche Bedingung dafür, dass kurdische Frauen ohne Anklage und ohne rechtlichen Schutz verhaftet und willkürlicher Gewalt unterworfen werden.

Dass der türkische Staat einer Familie die sterblichen Überreste ihrer getöteten Tochter, die aus drei kleinen Stücken verkohlten Fleisches bestanden, übergeben oder den Leichnam von Taybet Inan, nachdem er sieben Tage auf offener Strasse lag, ohne Wissen der Familie an einem unbekannten Ort beigesetzt hat, zeigt, dass kurdische Frauen aus Sicht des türkischen Staates die »Unbetrauerbaren« darstellen – in Worten von Zygmunt Bauman (2005) als »Abfall« entsorgt werden.

Die Verhaftung von dutzenden Aktivistinnen, an die sich Frauen in Fällen von Gewalt wenden konnten, hat zweifelslos die Zunahme häuslicher und staatlicher Gewalt gegen Frauen gefördert. Frauen sind zugleich der Gewalt außerhalb des Gesetzes, und zwar der *»masculine sovereignty of the household«* unterworfen. In diesem Sinne kann das Fehlen eines Raumes für Schutz und soziales Leben, auf den Frauen nicht mehr zurückgreifen können, als ein politisches Mittel der Isolationspolitik gesehen werden. Mit dem Wegbrechen dieser Strukturen wurden kurdische Frauen aus dem politischen Leben – in Agambens Worten aus dem *bios* – verdrängt und wieder auf ihre alte Rolle zurückverwiesen. Als »ethnisierte« und »weibliche« Subjekte sind kurdische Frauen unter dem Ausnahmezustand in doppelter Weise gefährdet, *femina sacra* zu werden.

Während in den 90er Jahren kurdische Aktivist*innen von Paramilitärs oder Polizisten erst verschleppt und dann getötet wurden, hat sich die Atmosphäre im Ausnahmezustand dahingehend verändert, argumentiert Meral Çiçek, dass der türkische Staat heute öffentlich und unverdeckt tötet. »Als sei das Töten von Kurden vollkommen legitim und rechtens.« Das Schweigen der türkischen Politik spiegelt diese Realität wider. Im Zuge der sogenannten Sicherheitsoperationen ist bisher keine Person wegen des Tötens von Kurd*innen verurteilt und kein politisch Verantwortlicher suspendiert worden. In der Stadt Cizîr (Cizre) im Südosten der Türkei, wo im Zuge der 79 Tage dauernden Ausgangssperren 288 Menschen getötet, circa 3000 Gebäude zerstört oder beschädigt wurden, sind bisher nur gegen einen Sicherheitsbeamten Ermittlungen eingeleitet worden. Statt eine Untersuchung der Todesfälle einzuleiten, beschuldigte der Staat die im Keller getöteten Menschen der Terrorunterstützung und ergriff repressive Maßnahmen gegen ihre Familienangehörigen. Der Bruder einer Frau, die im Keller von Cizîr getötet worden war, berichtete Folgendes:

> »On 25 February, my family was summoned by the public prosecutor. We were given three small charred pieces of what he claimed was my beloved ablam (sister)'s body.« (zit. n. vgl. UNHRC 2017).

Dass der türkische Staat einer Familie die sterblichen Überreste ihrer getöteten Tochter, die aus drei kleinen Stücken verkohlten Fleisches bestanden, übergeben oder den Leichnam von Taybet Inan, nachdem er sieben Tage auf offener Straße lag, ohne Wissen der Familie an einem unbekannten Ort beigesetzt hat, zeigt, dass kurdische Frauen aus Sicht des türkischen Staates die »Unbetrauerbaren« darstellen – in Worten von Zygmunt Bauman (2005) als »Abfall« entsorgt werden.

Die Notstandsgesetze des türkischen Staates haben dazu geführt, dass der ursprünglich temporäre Ausnahmezustand in Nordkurdistan zu einer permanenten und normalen räumlichen Anordnung wurde, die Agamben als Lager illustriert. Diejenigen, die dieses Lager betreten, sind von den Normen der Rechtsordnung abgewichen, bereits ihrer Staatsbürgerschaft beraubt und völlig auf das bloße Leben reduziert. Da sie ihrer Menschlichkeit beraubt sind**,** können sie jederzeit getötet werden, sind aber aufgrund ihrer Taten nicht opferwürdig. Sie bewegen sich in einer Zone der Unbestimmtheit zwischen innen und außen, Gesetz und Ausnahme, in der subjektives Recht und Rechtsschutz keinen Sinn machen. Hier zeigt sich nach Agamben die Dynamik der Biopolitik, wo die souveräne Macht Frauen in *feminae sacrae* verwandelt. Dieser Moment

markiert nach Agambens Vorstellung den Punkt, an dem die Entscheidung über das Leben zu einer Entscheidung über den Tod wird und Biopolitik zu einer Thanatopolitik werden kann.

Vor allem im Rahmen der Ausgangssperren in Nordkurdistan hat die menschenunwürdige Praxis in Form von Entblößen und Schänden von Leichen ihren Höhepunkt erreicht. Die Politik der Entblößung des toten Körpers als Einschüchterungspraxis in den 1990er Jahren wurde mit der Guerillakämpferin Ekin Wan, die am 20. August 2015 durch Sondereinheiten des türkischen Militärs in Gimgim (Varto)/Mûş (Muş) getötet, geschändet, anschließend nackt auf die Straße geworfen wurde, erneut zum Mittel der türkischen Kriegspolitik. Durch diese Praxis versucht der türkische Staat die Kontrolle über die kurdische Gesellschaft zu erlangen, indem er die »Trägerinnen« ihrer kulturellen Werte schikaniert und entblößt. Der Körper der entblößten, getöteten kurdischen Frau symbolisiert zugleich die Unterwerfung der kurdischen Nation. Es ist nicht nur die Frau, die hierbei erniedrigt, geschlagen oder getötet wird, sondern das ganze kurdische Volk. Denn der Staat als von außen eindringende Besatzungsmacht hat sich bereits als den »starken Mann« und Kurdistan als eine zu erobernde, zu plündernde »Frau« definiert. Der Körper von kurdischen Frauen, der *»neither saving nor sacrificing«* wert ist, wird zum Terrain, auf dem der türkische Staat seine souveräne Macht inszenieren kann. Diese Kriegspraktik offenbart, dass das, was einer Rettung bedurfte, nicht die kurdischen Frauen an sich waren, sondern die *»hypermilitarized masculinity«* türkischer Soldaten.

Das Prinzip der »Straflosigkeit der türkischen Männlichkeit« setzte sich von der Entblößung von Frauenkörpern bis hin zum Ausstellen des privaten Bereichs, der *zoe*, fort. Die türkischen Sicherheitskräfte sind in die Häuser der Menschen eingedrungen, die diese während der Ausgangssperre verlassen mussten, und haben sie in Militärbasen verwandelt und den privaten Raum besetzt. Somit wurden Frauen nicht nur aus der Öffentlichkeit in den privaten Bereich gedrängt, sondern auch ihr privates Leben wurde zum Angriffsziel des türkischen Staates. Für Agamben ist dies kennzeichnend für das »Eintreten der zoe in die Sphäre der Polis«. Menschen, die nach kurzer Zeit in ihre Stadt zurückkehrten, wurden auf der einen Seite mit der Zerstörung ihrer Häuser und auf der anderen Seite mit den an die Wände geschmierten rassistischen und sexistischen Sprüchen konfrontiert. An den Hauswänden sind die Sprüche am sichtbarsten, welche die türkischen Sicherheitskräfte hinterlassen haben: »Glücklich derjenige, der sich als Türke bezeichnet«, »Gehorche den Türken«, »Armenische Bastarde« oder sexistische Sprüche wie »Mädels, wir sind tief in eure Höhle eingedrungen«.

Hierbei stellt sich die Frage, warum »die starken Männer« des türkischen Staates, die über schwere Waffen verfügen und ihr Vorgehen als rechtmäßig ansehen, dennoch Wände mit Sprüchen beschmieren und dies öffentlich machen. Das Schreiben und das Öffentlichmachen von Sprüchen durch türkische Sicherheitskräfte können nicht losgelöst von kolonialer Geschichte und Praxis analysiert werden. Im Zuge der Ausgangssperren in den kurdischen Regionen hat sich eine Geschichte von mehr als 40 Jahren wiederholt. In der Tat verweisen viele Losungen wie »Wenn du Türke bist, dann sei geehrt, wenn nicht, dann gehorche ihm« (»Türksen Övün Değilsen İtaat Et«) oder »Wir sind gekommen – Republik Türkei« (»TC burda«) auf vergangene Massaker und Staatsterror. Der türkische Staat kündigt eine neue Form der Besatzung und Eroberung an, indem er an die Wände schmiert. Die Souveränität des türkischen Staates soll nicht nur physisch, sondern auch symbolisch zu jeder Zeit widergespiegelt, verkörpert, gespürt und gesehen werden.

Trotz der Unterdrückung und Verachtung kurdischer Frauen durch den türkischen Staat wäre es verkehrt, sie nur als Opfer beziehungsweise als *feminae sacrae* zu betrachten. Frauen in Kurdistan agieren seit den 80er Jahren als wichtige politische Subjekte des Widerstands. Das Leben von Frauen in Kurdistan ist durch eine lange Widerstandstradition geprägt. Die Beteiligung kurdischer Frauen sowohl am bewaffneten Kampf als auch an der lokalen Politik sowie an Protesten hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse in der kurdischen Gesellschaft. Auch heute widersetzen sich kurdische Frauen ihrer Rolle als *femina sacra* und schaffen unter schwierigen Bedingungen Gegenräume. ♦

Quellen:
Agamben, Giorgio (2002): Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Bauman, Zygmunt (2005): Wenn Menschen zu Abfall werden. In: Zeit: Interview. https://www.zeit.de/2005/47/st-bauman_alt/komplettansicht, Zugriff am 13.04.2018).
Çiçek, Meral (2016): Über den Zusammenhang von Leben, Tod und Widerstand. Das Recht auf Leben und die Unbetrauerbaren von Kurdistan. In: Kurdistan Report 184 (März/April 2016).
Loick, Daniel (2012): Kritik der Souveränität. Frankfurt am Main [u. a.]: Campus-Verl.
Lentin, Ronit (2006): Femina sacra: Gendered memory and political violence. In: In Framing Gendered Identities: Local Conflicts/Global Violence, Women's Studies International Forum 29(5). p. 463–473.
Yildiz, Rojda (2018): Direnişin ve kırımın görünmeyeni: Kürt kadınlar. In: GazeteKarinca. (http://gazetekarinca.com/2018/01/direnisin-ve-kirimin-gorunmeyeni-kurt-kadinlar-rojda-yildiz/, Zugriff am 02.05.2018).

Erste internationale Frauenkonferenz »Revolution im Aufbau« des Netzwerks »Women Weaving the Future« hat im Oktober in Frankfurt stattgefunden

Revolution im Aufbau – revolution in the making

Sophia Angeli

Erstmals fand in Frankfurt im Studierendenhaus an der Goethe-Universität die internationale Frauenkonferenz »Revolution im Aufbau« statt. Das Netzwerk »Women Weaving the Future«, in welchem verschiedene Organisationen und Einrichtungen der kurdischen Frauenbewegung vertreten sind, organisierte die Zusammenkunft, zu welcher am 5. und 6. Oktober 2018 mehr als 500 Frauen aus aller Welt kamen. Zunächst gilt es an dieser Stelle all jenen zu danken, die die Konferenz möglich gemacht haben. Ohne die Mitarbeit vieler Helferinnen und Helfer aus unterschiedlichen Kreisen wäre es nicht möglich gewesen, so eine wunderbare Konferenz auszurichten. Besonderer Dank gilt der kurdischen Community aus Frankfurt und Umgebung, insbesondere den Familien, welche so liebevoll und gastfreundlich Frauen aus aller Welt bei sich zuhause aufnahmen. Auch der Frauensender Jin TV, welcher die Konferenz live übertrug, und all den Dolmetscher*innen soll herzlich gedankt werden. Und zuletzt natürlich Dank an die Organisatorinnen, welche das Wochenende inhaltlich vorbereiteten.

Der Saal war zum Auftakt brechend voll, die Bühne geschmückt mit Blumen, die Wände dienten als Galerie für Bilder von Revolutionärinnen und Transparente. Eröffnet wurde die Konferenz durch Vertreterinnen der kurdischen Frauenbewegung in Europa. So erklärte Şenge Kahraman, die Mutter von zwei im kurdischen Befreiungskampf gefallenen Söhnen, dass ihr Land in vier Teile geteilt worden sei, Kultur und Sprache verboten worden seien. Alle Mütter der Welt müssten sich vereinen und hinter dem Widerstand ihrer Kinder stehen, denn es lebe die Freiheit. Dilber Aydin, eine Vertreterin der kurdischen Frauenbewegung in Europa und des Vorbereitungskomitees, betonte die historische Chance der jetzigen Phase, das Jahrhundert zu einem Jahrhundert der Frauen und der Freiheit zu machen. Die Frauenfrage könne niemals ein Nebenwiderspruch sein, sondern müsse im Herzen jedes revolutionären Kampfes stehen. Revolution dürfe nicht mystifiziert werden, dies sei eine ideologische Manipulation. Es gelte, gemeinsam zu kämpfen und alle Farben zusammenzubringen, um das 21. Jahrhundert zur Revolution der Frauen zu machen. Dafür bedürfe es emotionaler wie analytischer Intelligenz sowie eines Teilens der Perspektiven. Sie schloss mit dem Aufruf, nun gemeinsam die Frauenrevolution zu organisieren. Eine Performance von Vertreterinnen der Befreiungskämpfe aus aller Welt nahm die kämpferische Stimmung bereits zu Beginn der Konferenz auf. Es wurden Parolen gerufen, Blumen verteilt und die Fäuste gehoben. Die Schönheit der kämpferischen Frauen spiegelte sich auch in der farbenfrohen Kleidung wider, die viele trugen.

Die erste Session trug den Titel »Der Höhepunkt des Patriarchats und sein systematischer Kampf gegen Frauen«. Debbie Bookchin, eine Journalistin und Autorin aus den USA, moderierte das Panel und leitete mit folgenden Worten ein: »Wir verbinden die Kämpfe unserer Schwestern, wir leben in einer Zeit mit viel Gewalt gegen Frauen und haben das alle selbst erfahren. Auf der anderen Seite birgt diese Zeit große Möglichkeiten. Die Frauenbewegung ist nie stärker gewesen, das Patriarchat hat sich nie so klar gezeigt.«

»Der Höhepunkt des Patriarchats: Die Frauenfeindlichkeit des Kapitalismus«, so lautete der Titel des Beitrages von Miriam Miranda. Die Aktivistin und Leiterin der Organisation OFRANEH kommt aus dem Volk der Garifuna, das der Sklaverei entfloh und sich mit karibischen Völkern mischte. Die Organisation hat einige Tausend Mitglieder und kämpft für die Rechte der Bevölkerung, auch Miriam unterstützt aktiv den Kampf. »Wir erleben in einer Zivilisationskrise ein System, das auf dem Rücken von Frauen aufgebaut wird. Die Frauen leiden am meisten unter den Krisen, Männer lassen ihre Frustration an den Frauen aus. Wir Frauen müssen die kollektiven Werte und die Natur verteidigen, um den nächsten Generationen ein Leben zu ermöglichen. Wir haben nur diese Erde. Wir wollen sie verteidigen, das ist unsere Aufgabe als Frauen. Wir müssen uns als Frauen entkolonialisieren. Wir müssen die Dialektik und uns selbst ändern. Wir müssen aufhören, kapitalistische Werte zu reproduzieren. Wir müssen hier mit Alternativen für ein neues Leben herauskommen, darauf haben wir das Recht.«

Claudia Korol erörterte in ihrem Beitrag »Der Zusammenbruch des 21. Jahrhunderts: Frauen ergreifen Herausforderungen und Chancen« die Möglichkeiten der patriarchalen Systemkrise für die Frauenbefreiung. Die Journalistin kommt aus Argentinien und ist Mitbegründerin der Volksuniversität der Madres de Plaza de Mayo. »Ich komme aus dem Süden von Abjadala, was ›Erde mit lebendigem Blut‹ bedeutet. Die Weißen haben es Amerika genannt. Wir fühlen und leiden mit, wenn eine Bombe in Efrîn explodiert. Wir danken allen, die in den Bergen und Dörfern kämpfen. Ihr kurdischen Frauen habt uns gezeigt, dass es möglich ist, Revolution zu machen. Seit 500 Jahren wird auf unserem Kontinent ein Genozid ausgeübt. Unsere Seen, Wälder und unsere Körper werden verschmutzt, weil wir unter Besatzung leben sollen. Das Patriarchat und die Sklaverei beruhen auf der Ausbeutung der Frauen, Communities und unserer Empfindungen. Durch eine Gesellschaft, die nur den Tod, Drogen und Prostitution anbietet, baut das Imperium seine Hegemonie auf Ausbeutung auf. Das geschieht im Namen einer Zivilisation, die rassistisch und sexistisch ist und das Leben zerstört. Uns wird der Zugang zu Bildung und zu unserem eigenen Land versagt. Die USA verbreiten sich auf unserem Territorium. Der Krieg der Herrschenden wird gegen die Basisfrauen geführt. Wir brauchen einen Platz für uns. Wir klagen an, wir organisieren uns. Die Frauen von heute glauben nicht mehr an die Versprechungen der patriarchalen Kultur. ›Keine Frau weniger – Ni una menos‹, mit diesem Motto stehen wir nicht nur gegen Feminizide auf. Wir kämpfen auch dafür, dass wir nicht noch eine weniger durch Rassismus werden. Keine weniger, die aus den Geschichtsbüchern gestrichen wird, die ohne Bildung bleibt, ermordet wird oder bei einer Abtreibung stirbt. Unser Kampf ist ein kollektiver Schrei. Wir bauen Alternativen, wir sind stark, wo wir sind. Wir finden unser altes Wissen zurück, wie wir uns ernähren und heilen ohne Industrie. Wir lernen unsere alten Sprachen wieder und wir kämpfen gegen Individualismus. Das erfüllt uns mit Freude, die uns Kraft gibt für den feministischen Kampf. Wir werden unsere Revolution revolutionieren!« Die Istanbuler Soziologin Nazan Üstündağ sprach über Sexismus und seine Verbindung mit der heiligen Dreifaltigkeit des Kapitalismus. »Fundamentalismus, Nationalismus und Wissenschaftlichkeit sind die Mittel, die die kapitalistische Moderne aufbauen und einen sehr gewalttätigen Krieg gegen Frauen führen. Ohne den Staat gibt es Nationen, aber keinen Nationalismus. Ohne Staat gibt es Religion, aber keinen Fundamentalismus. Diese Ideolo-



Am 5. und 6. Oktober kamen mehr als 500 Frauen aus aller Welt zur ersten internationalen Frauenkonferenz »Revolution im Aufbau« des Netzwerks »Women Weaving the Future« nach Frankfurt. Foto: A. Bender

gien basieren auf der politischen Organisation des Staates. Wir müssen uns die Kräfte zurückholen, die uns gehören.«

In der anschließenden Diskussion ging es um die Fragen, wie gegen all die Angriffe vorzugehen sei und wie ein neues Bewusstsein entwickelt werden könne. Es ginge darum, die Deutungshoheit über den Fortschrittsbegriff aufzubrechen. Veränderung sei notwendig, dazu gehöre auch, den Planeten zu verteidigen, dessen Ressourcen geplündert werden. Auch die Arbeit in einem Kollektiv aus Frauen, wie es bei Jin TV geschehe, sei eine Antwort. Denn dort würden sich die Frauen gegenseitig stärken und sich so von dem lösen, was das Patriarchat ihnen vorschreibe. Selbstverwaltung, so der Konsens, werde es ermöglichen, die Kontrolle über das Leben zu erlangen und dieses selbst zu gestalten.

Den Nachmittag des ersten Tages gestalteten neun verschiedene Workshops, welche im kleineren Rahmen die Möglichkeit boten, die jeweils lokalen Kämpfe unter einem gemeinsamen Fokus zu vergleichen, Erfahrungen auszutauschen und Methoden des Kampfes zu diskutieren.

Schon der erste Tag der Konferenz bestärkte die revolutionäre Hoffnung auf eine freie Zukunft. Am Abend wurde diese dann auch noch musikalisch genährt: Die Musikerinnen der Gruppe »Stimme der Natur« spielten revolutionäre Lieder in unterschiedlichsten Sprachen, wozu gemeinsam und zahlreich getanzt wurde.

Den zweiten Tag leitete das Panel »Frauenbefreiungskampf von Fis nach Kobanê und von Minbic nach Raqqa« ein, welches von Rahila Gupta, Journalistin und langjähriges Mitglied der Southall Black Sisters, moderiert wurde. Videobotschaften eröffneten die Session, so wurden die Stimmen einiger Eltern von internationalistischen Gefallenen gehört, Frauen aus Brasilien bezeugten ihren Kampf gegen Patriarchat und Faschismus im Kontext der Präsidentschaftswahlen und aus Italien erklangen solidarische Rufe der nationalen Konferenz von »ni una di meno«. Rahila betonte in ihrer einleitenden Rede den Freiheitskampf der kurdischen Frauen, welcher sich gegen die Versklavung von Frauen weltweit richte. So sei es besonders wichtig, an dieser Stelle die Kämpferinnen der YPJ und die Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad zu grüßen.

Die Rednerinnen auf dem Podium repräsentierten den Befreiungskampf, welchen sie in Syrien und Europa führen. Haskar Kırmızıgül, Gründungsmitglied des Jineolojî-Zentrums in Brüssel, Avin Swed, Sprecherin von Kongreya Star, dem Dachverband der Frauenbewegung in Rojava, Khawla al-Issa Alhamoud, Aktivistin und Sprecherin des Frauenrats in Raqqa, sowie Foza Yûsif, Ko-Vorsitzende des Gründungsrats der Demokratischen Föderation Nordsyrien.

Haskar sprach vom 40-jährigen Befreiungskampf der kurdischen Bewegung und betonte hierbei die Rolle, die Frauen seit Beginn mit ihrer Suche nach Befreiung aus den patriarchalen Zuständen spielten. Den Ideen Öcalans zufolge könne es


A. Bender

eine freie Gesellschaft nur durch die Befreiung der Frau geben. Diesen Kampf zu führen, sei die Aufgabe der revolutionären Frau. Dies betonte auch Avin und erklärte das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Frauen. Khala brachte den Anwesenden eindrücklich die Situation der Frauen unter der Besatzung des sogenannten Islamischen Staates näher. Die Aufgabe sei es nun, die Frauen zu organisieren und zu bilden, um ihnen zu zeigen, dass sie nicht Objekte der Schande seien, sondern diejenigen, welche Gerechtigkeit und Freiheit erkämpfen werden. Der Beitrag von Foza erörterte die praktische Umsetzung der Frauenrechte in Rojava. Für die Selbstbestimmung der Frauen und die Schaffung eines neuen Systems sei die Organisierung unabdinglich, nur so seien die Ideen der Freiheit zu verwirklichen und zu institutionalisieren. Die Diskussion, die dem Panel folgte, war besonders lebhaft und zeugte von dem Interesse der Teilnehmerinnen, mehr über die konkreten praktischen Schritte, aber auch über die Konflikte und Herausforderungen zu erfahren, welche dem Aufbau der freien, demokratischen Gesellschaft inmitten des Krieges innewohnen.

Den Nachmittag füllte die Session »Verschiedene Orte, universelle Kämpfe: Frauenbewegungen und ihre Erfahrungen«. Yvonne Heine von Cenî, dem kurdischen Frauenbüro für Frieden, moderierte die Session. Jade Daniels, eine Aktivistin, Künstlerin und Schriftstellerin, beleuchtete in ihrem energiegeladenen Beitrag die Situation der schwarzen Frauen in den USA und die immer noch herrschende Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung durch staatliche Institutionen und deren inhärenten Rassismus. Sie selbst ist Aktivistin bei Black Lives Matter in L. A. und organisiert dort die Community, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der politischen Bildung liegt. Nazira Goreya, die Ko-Vorsitzende des Exekutivrates des Kantons Cizîrê und Mitbegründerin der Suryoye Frauen Union in Rojava/Nordsyrien, beschrieb den Kampf der Suryoye-Frauen an der Seite der kurdischen. Zudem ging sie auf die Gefahr ein, die besonders Minderheiten in faschistischen Zeiten drohten und betonte deshalb die Wichtigkeit der Einheit der ethnischen Gruppen und des gemeinsamen Kampfes um die Freiheit. Mary Joan Guan von der Frauenorganisation GABRIELA von den Philippinen betonte, dass der antipatriarchale Kampf nicht von anderen Kämpfen, wie dem Kampf gegen den Imperialismus getrennt werden könne. Auch sie wies auf die Rolle der Frauen im Kampf hin, sei es im Entwickeln eines Bewusstseins oder in der Organisierung der Menschen. Rita Segato, Professorin für Anthropologie und Bioethik an der UNESCO Universität Brasilia, erklärte, dass in Lateinamerika das große Problem die Feminizide seien. Aufgrund der Heftigkeit dieser Morde, die quantitativ an Opferzahlen in Kriegen herankommen, erläuterte sie die Notwendigkeit, dass Frauen zusammenkommen und sich organisieren. »Die Revolutionen in Lateinamerika haben den Frauen nichts gebracht, denn sie sind im Rahmen des Staates geblieben. Es wurde zwar vieles im privaten Leben verändert, aber keine Politikform der Frauen entwickelt. Die Kommune muss wiederbelebt und ein Schlussstrich unter den Staat gezogen werden. Der Staat ist nicht der Weg. Die Politik muss wieder aus den Häusern der Frauen kommen, wie bei den Zapatistas in Chiapas.« Selay Ghaffar von der Solidaritätspartei Afghanistans ließ starke Worte der Solidarität verlauten und erklärte eines der wichtigsten Ziele ihrer Partei, nämlich dass Frauen sich organisieren. In Afghanistan würden Frauen jedoch nicht nur durch Fanatismus und Fundamentalismus unterdrückt, sondern insbesondere stelle auch die Besatzung durch imperialistische Staaten ein enormes Problem dar. »Die Begriffe Demokratie und Freiheit von Frauen werden benutzt, um die Besatzung zu rechtfertigen. Die USA haben in den 1980ern ungeheure Summen investiert, um die Islamisten zu unterstützen, damit sich der Kommunismus nicht in Afghanistan ausbreitet. Das Parlament ist voll mit den Marionetten der USA, die nur ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen und ihre neusten Waffensysteme auf afghanischem Boden testen. Frauenrechte, Menschenrechte und Demokratie können nicht mit Massakern und Bomben durchgesetzt werden.«

Das Abschlusspanel moderierte Meral Çiçek von REPAK und wurde eingeleitet von Videobotschaften des Jineolojî-Komitees und der KJK aus den Bergen Kurdistans. Die Beiträge der Rednerinnen reflektierten die Inhalte der Kämpfe, welche in den vergangenen zwei Tagen zusammengetragen wurden, und Erfahrungen der internationalen feministischen Solidarität und stellten die Frage nach Methoden und Formen der gemeinsamen Organisierung. Die Kraft und die Hoffnung, die das Zusammenkommen von über 500 Frauen, die sich wiederum stellvertretend für Millionen von Frauen weltweit auf der Konferenz versammelten, war auch noch in den späten Nachmittagsstunden sowohl im Saal als auch auf dem Podium deutlich zu spüren.

Dies war das Besondere an der Konferenz. Die Möglichkeit des Austausches zwischen all diesen Frauen, die sich in den jeweiligen Kontexten befinden, aber dennoch für dieselbe Freiheit kämpfen, vereint. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass dieser Kampf gegen das Patriarchat, gegen den Kapitalismus, gegen den Nationalstaat und Faschismus jetzt geführt wird und einer größeren Vernetzung bedarf. Die Zukunft weben – das bedeutet auch, dass es ein kollektiver Prozess ist zu entscheiden, wie denn die Zukunft beschaffen sein soll. Es geht somit auch um die Beziehung zueinander, um die Beziehung zwischen Mensch und Natur und um die Beziehung zur eigenen Identität. Das Muster der Zukunft ist ein buntes, ein vielfältiges, gewebt aus den Fäden des gemeinsamen Kampfes um die Freiheit und dem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben in Frieden und ohne Unterdrückung und Ausbeutung.

Abschussresolution der ersten internationalen Frauenkonferenz »Revolution im Aufbau«

»Wir sind uns sehr der Tatsache bewusst, dass vom Patriarchat ein globaler Krieg gegen Frauen geführt wird. Wir haben in verschiedenen Formen gegen das Patriarchat seit Tausenden von Jahren gekämpft. Diese neue Welle des globalen Krieges gegen Frauen richtet sich gegen uns aufgrund dessen, was wir erreicht haben und aufgrund der Tatsache, dass wir die Bedeutung der Vorstellung eines gleichberechtigten und freien Lebens und dessen Realisierung immer weiter wachsen lassen; in allen Teilen der Welt.

Sei dir darüber klar! Wir werden nehmen, was uns gehört: unsere Kraft und unsere Freiheit. Wir werden das trotz der extremen Brutalität tun, der uns das Patriarchat zwingt entgegenzutreten.

Es gibt viele verschiedene Gesichter des globalen Krieges gegen Frauen: Rassismus, Kolonialisierung, Kapitalismus und Patriarchat verbinden sich auf unterschiedliche Weise; zuweilen kristallisieren sie sich zu Figuren wie Erdoğan, Duterte, Mondi, Putin und Trump, die offen frauenfeindlich sind, die rassistisch sind und das Patriarchat mobilisieren, um Macht zu monopolisieren und die Umwelt zu zerstören, um ein paar wenige reich zu machen.

Dann gibt es die Kartelle an Orten wie El Salvador, Guatemala, Honduras und die Warlords in Afghanistan. Es gibt staatliche Gerichte in Iran, die die Todesstrafe gegen Frauen verhängen, und es gibt den Grenzschutz in Europa und den Vereinigten Staaten. Es gibt den Sexhandel sowohl in Europa als auch in Afrika. Da sind der IS und andere patriarchale dschihadistische Organisationen im Nahen Osten und es gibt die Kapitalisten, die die Arbeit von Frauen ausbeuten sowie die Söldner, die sie überall auf der Welt kidnappen und vergewaltigen. Es gibt die sogenannten Ehrenverbrechen und Verbrechen aus Leidenschaft, Genitalverstümmelung und Vergewaltigung; alle Arten, in denen Frauen durch ihre intimen Beziehungen verletzt und getötet werden. Dann gibt es die Staaten und die Gerichte, die die Täter beschützen und Frauen bestrafen. Viel wichtiger jedoch sind die Frauen. Menschenrechtsaktivistinnen, Feministinnen, Kämpferinnen, Politikerinnen, Aktivistinnen … Frauen versuchen trotz aller Widrigkeiten, ihre Kinder im Jemen am Leben zu erhalten, leisten Widerstand gegen Extremismus und Diktatur in Ägypten, überleben und helfen anderen, Vergewaltigung zu überleben und Entführung aus den êzîdischen Gemeinschaften. Sie versuchen Frieden für ihre Gesellschaft und die Welt auf dem Balkan zu schaffen und Frauen in Argentinien, die sich organisieren und vereinen. Frauen aus Syrien, Libyen, Zentralamerika und Westafrika sind auf der Flucht und versuchen, sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen. Auch gibt es zapatistische Frauen, die um jeden Preis kämpfen und aufbauen, und dann gibt es die Frauen, die in Rojava eine Revolution machen und sich eine andere Welt vorstellen. Auf all diesen verschiedenen Wegen weben wir unsere Zukunft.

Da sind jene, die sagen, Black Lives Matter und me too, solche, die sagen, dass nicht eine weniger sein darf, nein zum Abtreibungsverbot und dass du nicht alleine bist. Und solche, die sagen, dass du das hättest sein können.

Jetzt ist die Zeit, es zu verstehen, wertszuchätzen, zu fühlen und die ganzen verschiedenen Kämpfe zu unterstützen. Und vor allem ist es wichtig, ein Teil dieser Kämpfe zu werden! In den letzten zwei Tagen kamen mehr als 500 Frauen von überall auf der Welt in Frankfurt zusammen und haben darüber diskutiert, wie wir unsere Zukunft weben sollen und wie ein Beitrag für die Frauenrevolution in der Mache geleistet werden kann, und wie von vielen in der Konferenz vorgeschlagen, müssen wir unsere Organisationen organisieren, verknüpfen und vernetzen, und so wie andere es vorgeschlagen haben, müssen wir anfangen, einen weltweiten demokratischen Konföderalismus der Frauen aufzubauen. Lasst diese Konferenz und dieses Netzwerk zu einem ersten Schritt werden. Zum Schluss dieser Konferenz erklären wir, dass wir unseren gemeinsamen Kampf für Freiheit von jeder einzelnen von uns und von uns allen fortführen werden. Wir werden es nicht erlauben, dass nur eine Frau verletzt wird. Wir werden den Kampf gegen das Patriarchat gewinnen. Wir werden neue Einrichtungen einer freien und neuen Gesellschaft schaffen. Wir erklären, dass eine Revolution in der Mache ist, die Krise des Kapitalismus ist ein Ergebnis unserer Kämpfe und das Jetzt – die Gegenwart – gibt uns die historische Möglichkeit, dieses Jahrhundert, das 21. Jahrhundert, in ein Jahrhundert der Frauen und der Völker zu wandeln. Wie eine der Rednerinnen sagte: ‚Wir als JIN (Frauen) möchten, dass unser JIYAN (Leben) auf AZADÎ (Freiheit) beruht.' Also lasst uns gemeinsam unsere Stimmen und unsere Fäuste erheben und rufen NI UNA MENOS, ELE NAO, BLACK LIVES MATTER und JIN JIYAN AZADI!« ♦

Es gibt viele verschiedene Gesichter des globalen Krieges gegen Frauen: Rassismus, Kolonialisierung, Kapitalismus und Patriarchat verbinden sich auf unterschiedliche Weise; zuweilen kristallisieren sie sich zu Figuren wie Erdoğan, Duterte, Mondi, Putin und Trump, die offen frauenfeindlich sind, die rassistisch sind und das Patriarchat mobilisieren, um Macht zu monopolisieren und die Umwelt zu zerstören, um ein paar wenige reich zu machen.

Die Frauen wissen, was sie geschaffen haben und auf was sie sich verlassen können

Ein Gespräch mit Avin Swed, Sprecherin von Kongreya Star, dem Dachverband der Frauenbewegung in Rojava


A. Bender

Würden Sie sich bitte unseren Leserinnen und Lesern kurz vorstellen?

Ich heiße Avin Swed und komme aus Qamişlo und spreche hier im Namen des Dachverbands der Frauenbewegung in Rojava, Kongreya Star. Wir haben mit einer Delegation aus Nordsyrien/Rojava an der internationalen Frauenkonferenz »revolution in the making« in Frankfurt teilgenommen.

Wie bewerten Sie die Frauenkonferenz? Was sind Ihre ersten Eindrücke kurz nach Beendigung der Konferenz?

Die Konferenz hat einen guten Überblick über die Frauenkämpfe in der ganzen Welt gegeben. In den sieben Jahren, in denen wir innerhalb des Krieges diese Frauenkämpfe führen und die Frauenrevolution aufbauen, vergisst man manchmal, wie viele Frauen auf der ganzen Welt ebensolche Kämpfe führen; die sich organisieren und auch an denselben Zielen arbeiten. Wir haben sehr viel Motivation und Kraft durch die Begegnungen auf der Konferenz bekommen. Es haben viele Diskussionen stattgefunden, und es ist auch zu einem gewissen Grad an Organisierung gekommen. Es hat uns daran erinnert, wie die Revolution in Rojava begonnen hat, die vielen Diskussionen und die Kraft der Organisierung, die daraus entsteht.

Können Sie uns von dem Beginn der Revolution in Rojava berichten?

Am Anfang der Revolution in Rojava war die Frau direkt auf der Straße dabei, überall hat sie soziale und politische Organisationen gegründet und Verantwortung übernommen. So wurde von Anfang an in allen Institutionen eine Geschlechterquote von 40 % eingeführt. Das war von Anfang an die Grundlage und baute auf der langen Erfahrung der Kämpfe der kurdischen Frauen auf. Zu Beginn konzentrierte sich der Frauenkampf auf eine Veränderung des Bewusstseins, da die Region sehr vom Staat und sehr patriarchal und feudal geprägt ist. Unser Ziel war und ist es, mutige, selbstbewusste und aktive Frauen zu schaffen.

2005 wurde Kongreya Star, dessen Sprecherin ich bin, gegründet. Seit 2013 gibt es ein weit verbreitetes System von Frauenkommunen und -kooperativen, die sich in den Regionen auf allen möglichen Ebenen organisieren. Sie alle sind konföderal unter dem Dachverband Kongreya Star verbunden. Das bedeutet, dass sich alle lokal in ihren Regionen nach ihren eigenen Interessen, Aktivitäten und Problemen organisieren, aber alle in diesem Dachverband zusammengeführt werden.

Wie ist die Frauenrevolution in der Gesellschaft verankert?

Das Besondere an unserer Frauenorganisierung ist, dass wir immer in der Gesellschaft sind, wir sind Teil der Gesellschaft. Natürlich haben wir auch die Erfahrungen der Frauenkämpfe weltweit mit einbezogen. Wir versuchen alle Frauen mit einzubinden, ob jung, ob alt, belesen oder nicht belesen, ob Studentin oder Analphabetin. Alle verschiedenen Eigenschaften der Frau werden mit einbezogen. Es ist eine in der Gesellschaft verankerte Organisierung. Ausdruck dessen sind die Räte und Kommunen, da sich dort alle selbst repräsentieren. Die Organisierung gibt den Frauen Kraft. Der Dachverband Kongreya Star gibt den Fraueninstitutionen Halt und verstärkt die Kraft und den Einfluss der Frauen.

Eine weitere Besonderheit der Revolution ist, dass alle Frauen aller Völker, die dort leben, zusammen sind. So wie

das auch unsere Delegation ausdrückt. Dass sich die Suryoye, arabische und kurdische Frauen zusammen organisieren. Alle Religionen, Völker und Sprachen sind in der Selbstverwaltung vertreten.

Wir haben inzwischen eine 50 prozentige Repräsentanz der Frauen in allen Bereichen geschaffen. Es gibt eine ganz explizierte Bildungsarbeit von Akademien, in denen Menschen sich ein bis zwei Monate aufhalten können, um sich zu bilden. Wir haben unterschiedliche Modelle entwickelt, nach denen sich die Menschen weiterbilden können. Wir hatten ja keine Erfahrungen damit und so haben wir uns durch die Praxis weiterentwickelt. Wir reflektieren und diskutieren auf lokaler Ebene die Arbeiten und entwickeln unser Organisierungssystem entsprechend weiter. Es wird immer wieder in der Bevölkerung nachgefragt, was die Bedürfnisse, die Probleme und Mängel sind, um dann die Arbeit entsprechend anzupassen. Es ist wichtig, dass dies im konkreten Tagesgeschehen der Frauen passiert – und das ist das Leben der Frauen in den Kommunen und Räten. Dadurch hat es sehr große Veränderungen gegeben, eine Transformation der Gesellschaft. Das kann ich selbst bestätigen, da ich die sieben Jahre miterlebt habe. Die Rolle, die der Mann, der Vater, der Bruder einnimmt, hat sich geändert. Es hat ein langsames Umdenken des Mannes gegenüber den Frauen begonnen und es gibt eine Akzeptanz der Frauenorganisierung. Die gesellschaftlichen Geschlechterrollen haben sich dadurch verändert. Die Selbstbestimmung der Frau wird langsam anerkannt. So kann kein Mann mehr eine Entscheidung über eine Frau treffen. Bei Problemen gibt es Frauenorgane, die die Entscheidung treffen. Die organisierte Kraft der Frauen wird dadurch deutlich. Man muss bedenken, dass es eine Region ist, die sehr patriarchal, die sehr feudal und vom Islam geprägt ist. Die Männer, die am Aufbau der Selbstorganisierung mit beteiligt sind, haben eine Akzeptanz dafür entwickelt und insbesondere das Denken von Abdullah Öcalan akzeptieren müssen – da es die Grundlage des Systems ist, das wir aufbauen. Die grundlegende Aussage von ihm ist ja, dass die Organisierung der Frau die Grundlage der Revolution ist, damit sie funktionieren kann. Es gibt natürlich überall auch Schwierigkeiten. In Efrîn gab es zum Beispiel von der Frauenbewegung Bildung für die Männer, um ein Umdenken der Männer zu erreichen. Natürlich gibt es auch Frauen, die gar nicht aus ihrer alten Rolle herauskönnen, die das feudale Denken sehr verinnerlicht haben und auch verteidigen. Und natürlich sind auch die Männer nicht froh darüber, dass ihnen die Herrschaft entgleitet. Es ist ja so, dass durch die Organisierung der Frauen, die wir aufbauen, den Männern die Herrschaft genommen wird und stattdessen ein gleichwertiges Leben aufgebaut wird. Und insbesondere, da die verschiedenen Völker so viel Leid, Unterdrückung und Kolonialismus erlebt haben, ist es wichtig, dass die Veränderung allgemein stattfindet. Die Lösung ist die bewusste Frau.

Was konnten Sie bisher konkret in Nordsyrien/Rojava aufbauen?

Wir haben Frauenakademien aufgebaut, in denen sich die Frauen bilden können, es gibt die Selbstverteidigung, sowohl die autonomen Fraueneinheiten als auch die gemischten, in denen Frauen vertreten sind. Es gibt im ökonomischen Bereich Kooperativen, die zunächst angefangen haben mit den bisherigen Frauenarbeiten in den Bereichen Ernährung, Kleidung z. B. in Schneidereien und der Landwirtschaft, die jetzt ausgeweitet worden sind. Man kann sagen, dass die Frauenkooperativen die erfolgreichsten sind. Des Weiteren wurde die Kultur autonom organisiert und die Frauenkultur gestärkt. In der Vergangenheit wurde allen Kulturen, die in Nordsyrien vertreten sind, ihre eigentliche Kultur, die Kleidung, die Sprache, verboten. Wir konnten uns nicht ausdrücken. Deshalb wurde dafür ein eigener Bereich geschaffen. Eine Aufgabe von uns ist die Verteidigung der Kultur. Ein weiterer Punkt sind die Aufgaben in der Verwaltung, den Bürgermeisterämtern. Überall ist jetzt die Ökonomie – die Verwaltung des Haushalts – der Stadtverwaltungen in den Händen der Frauen. Zu lange war sie in den Händen der Männer.

Wir haben das Bildungssystem an den Schulen aus der Perspektive der Frauen mitgestaltet. Es gibt eigene Pressearbeit, Frauenpresseagenturen, Zeitungen, Radio, Fernsehen, die alle ihre eigenen Entscheidungen aus Frauensicht treffen. Es gibt Gerechtigkeitssysteme, in denen Frauen für die Probleme der Gesellschaft Lösungen entwickeln wollen. Das erste Mal in Syrien gibt es Frauenschutzhäuser und Orte, wo Kinder, die ihre Eltern verloren oder andere Schwierigkeiten haben, Anlaufstellen haben. Es gibt eine Organisierung der Arbeiterinnen und es gibt eine Organisierung der Familien von Gefallenen. Und für alle gibt diese Organisierung in der schwierigen Situation, die in Nordsyrien herrscht, Sicherheit. Die Frauen wissen, was sie geschaffen haben und auf was sie sich verlassen können. In allen Strukturen, die ich genannt habe, kommen Frauen zu wöchentlichen Sitzungen zusammen. Dort werden die Dinge, die erreicht wurden, besprochen und auch kritisiert. So kommt die ganze Bevölkerung zusammen.

Dann gibt es noch die Frauenrechte bzw. Gesetze, die in der Revolution geschaffen wurden und die von allen Gesellschaftsgruppen und Kulturen gemeinsam verabschiedet wurden. So wurde von den Frauen im Gesellschaftsvertrag durchgesetzt, dass erst ab 17 Jahren geheiratet werden darf, dass Mehrehen verboten sind und das Erbrecht zugunsten der Frauen geändert wurde. So geht nun das Sorgerecht für die Kinder bei einer Trennung an die Frau, um nur ein Beispiel zu nennen.

Durch die Revolution ist auch der Umgang mit Vergewaltigung aufgebrochen worden. Vorher war es so, dass eine Ver-

gewaltigung an den Ehrbegriff gekoppelt war. Das bedeutete, dass die Frau, die vergewaltigt worden war, entehrt und häufig auch getötet wurde. Jetzt kann über Vergewaltigung geredet werden. Eine Vergewaltigung bedeutet, dass der Frau Gewalt angetan wurde, dass sie verletzt wurde und nicht noch weiter verletzt werden darf. Auch hier hat in der Gesellschaft ein Tabubruch stattgefunden.

Doch sind diese Errungenschaften – und das muss ich betonen – in Gefahr. Denn die Angriffe, wie die der Türkei auf Efrîn, haben sich genau gegen diese Entwicklungen gerichtet. Denn Efrîn war ein Beispiel für eine ökologische Region und stand für ein friedliches Zusammenleben aller Völker. Durch den Angriff der Türkei wurden die Menschen in Efrîn in kurzer Zeit um 100 Jahre zurückgeworfen.

Wie haben Sie das Leben in Europa wahrgenommen, wie bewerten Sie die Delegationsreise?

Ich kenne Europa vor allem aus der Theorie und was der Kapitalismus, dieses System, für einen Einfluss auf den Menschen hat. Man kann das hier sehr gut erkennen. Den ganzen Tag rennen die Menschen von einem Ort zum anderen. Arbeiten von früh bis spät, aber wofür die Menschen arbeiten, davon haben sie keine Ahnung. Was mir auf der Konferenz aufgefallen ist. Auf der Konferenz waren über 500 Frauen aus allen Ländern, es war sehr bunt und schön, und wir haben auf allen Ebenen diskutiert, und es wurde auch emotional. Dass es emotional wurde, war Thema von Diskussionen. Dass auch deutsche Frauen Gefühle gezeigt haben, wurde Thema von Diskussionen. Das hat mich gewundert und fand es komisch. Ich habe erfahren, in welchem Maße die Menschen hier ausgetrocknet und hart geworden sind, von sich selbst entfremdet. Und wenn sie dann einmal Gefühle zeigen, das thematisiert wird.

Manchmal sind Menschen, die aus Rojava nach Europa gegangen sind, zu uns gekommen, wenn sie wieder zurück waren, und haben uns erzählt, dass in Europa Freiheit herrscht, weil eben jeder das machen kann, was er möchte. Keiner sich in das Leben anderer einmischt. Und ich habe dies hier auch wahrgenommen. Ich fand es ziemlich abstoßend, dass sich hier tatsächlich wenig füreinander interessiert wird. Vielleicht wird Hallo gesagt und auch gefragt, wie geht es dir. Aber ein wirkliches Interesse, wie es den anderen geht, was er macht und fühlt, habe ich nicht erlebt. Da mag ich die Mentalität des Nahen Ostens lieber, wo ein tatsächliches Interesse füreinander spürbar ist, ein gemeinsames Leben, gemeinsames Empfinden. Vielleicht ist es manchmal etwas viel und auch nervig, aber diese Kälte hier, dieses Desinteresse, das empfinde ich als abstoßend.

Ich komme aus einem Gebiet, wo seit sieben Jahren Krieg herrscht und auch schon vorher ein eher ärmliches Leben uns bestimmte, mit wenig materiellen Sachen. Aber dort lachen die Menschen aus ihren Herzen; hier sehe ich dies nicht. Hier herrscht Frieden, hier gibt es alles Materielle, aber die Fröhlichkeit und Herzlichkeit fehlen.

Und etwas anderes noch, was mir aufgefallen ist, alle grüßen einander mit der Hand oder mit einer Umarmung. Aber die Wärme fehlt. Normalerweise fühle ich, dass so eine Begrüßung, so eine Umarmung Energie überträgt, dass sie Kraft gibt, aber hier habe ich das nicht wahrgenommen.

Wir haben uns hier mit verschiedenen Vertretern von Parteien, Institutionen, Frauenorganisationen und Vertreterinnen von Kirchen treffen können. Dabei habe ich oft empfunden, dass die Menschen hier uns von oben herab betrachten. Dass sie verwundert waren, dass wir eine so gute Arbeit in so einer schwierigen Region machen. Die Organisationen stellten sich über uns, die aus Mesopotamien kommen. Sie wissen dabei oft gar nicht, dass die Zivilisation in Mesopotamien begonnen hat. Sie kennen sich selbst nicht, aber sehen sich als was Besseres als uns, die wir aus Mesopotamien kommen.

Ich habe das Glück gehabt, dass ich mit der kurdischen Bewegung groß geworden bin, dass ich von klein auf gelernt habe, dass ich als Frau nicht weniger wert bin als ein Mann und ich als Kurdin gegenüber anderen gleich viel wert bin. Wir ergänzen uns. Wir sind als Menschen vielleicht in einigen Punkten verschieden – aber wir sind auf einer Ebene. Ich habe gelernt, mich nicht minderwertig zu sehen, aber auch mich nicht über andere zu stellen. Ich bin in der Lage, Gefühle gegenüber Menschen zu empfinden, Empathie zu empfinden für jeden, jede Frau, egal welchen Hintergrund sie hat – ob verheiratet oder nicht, ob arm oder reich, Kurdin oder nicht Kurdin, ob sie Kinder hat oder nicht. Ich habe die Fähigkeit, Empathie zu zeigen und kein Problem, auch Fehler oder auch Schwächen zu zeigen, da sich so die Chance ergibt, diese Fehler und Schwächen zu überwinden.

Diese Delegation war gut, um Erfahrungen zu sammeln. Wir konnten Fraueninstitutionen und auch viele andere Organisationen treffen, und wir konnten erleben, wie Frauen hier denken und was für einen Einfluss das System auf sie hat. Wir hatten schon öfters Frauen aus Europa bei uns zu Gast, aber in den Tagen, die wir mit ihnen hier zusammen sein konnten, haben wir sehen können, wie groß der Einfluss des Kapitalismus ist. Wie einsam die Frauen hier sind und wie allein. Ich hoffe, mit den ganzen Erfahrungen, die wir hier gemacht haben, unsere Arbeiten voranbringen zu können. ♦

Auch 2018 vorsätzliche Waldbrände durch die türkische Armee in Nordkurdistan

Sind die Wälder Kurdistans weniger wert als andere?

Ercan Ayboğa, Ökologiebewegung Mesopotamiens (MEM), Oktober 2018

Ab dem Sommer bis tief in den Herbst haben die Wälder Kurdistans wieder gebrannt. Anfang September schien es so, dass es vorbei wäre mit den Bränden. Doch in ihrer Zerstörungswut griff die türkische Armee, nachdem die Regenwolken weitergezogen waren, die Wälder erneut an. Noch nie brannten im Herbst die vor allem aus Eichen bestehenden Wälder in einem solch großen Ausmaß!

Der türkische Staat lässt Wälder im besetzten und unterdrückten Nordkurdistan seit 2015 jeden Sommer systematisch niederbrennen. Das ist Teil der seit der Staatsgründung 1923 in Kurdistan gültigen Aufstandsbekämpfung und Vertreibungspolitik.

Während im Nachbarstaat Griechenland die Menschenopfer kostenden Waldbrände des Sommers 2018 zu Recht das Weltinteresse weckten, interessiert praktisch niemanden die Vernichtung der Wälder Nordkurdistans. Sehr aktuell und groß in den Medien ist der wichtige Kampf um den Hambacher Forst im deutschen Nordrhein-Westfalen, dem wir uns voll anschließen[1]. In den westlichen und sonstigen internationalen Medien sind, bis auf wenige Ausnahmen in einigen kleinen linken Medien, jedoch keine Meldungen über die ökologische Katastrophe, die durch die Waldbrände in Kurdistan entsteht, zu finden. Auch die großen international agierenden Umweltorganisationen mit ihren formulierten hohen Ansprüchen gehen an diesem Thema vorbei. Sind die Wälder Griechenlands oder Kaliforniens wertvoller als die in Kurdistan? Ist Kurdistans Natur ökologisch betrachtet bedeutungsloser als in Schweden oder Südafrika?

Oder liegt es daran, dass für die internationale Öffentlichkeit die Berichte der Menschen in Kurdistan über diese vorsätzlichen Waldbrände nicht glaubwürdig genug sind? Entsprechen sie nicht den »Kriterien«, um würdig für die internationale Berichterstattung zu sein? Dabei gibt es zwar wenige, doch gute Berichte und Nachrichten zu der Thematik[2].

Es gibt keine Zweifel, dass praktisch alle Waldbrände in Nordkurdistan von der türkischen Armee gelegt werden. Wie in den 1990er Jahren sind es vor allem Brandsätze aus Helikoptern oder die Artillerie, welche die Feuer entfachen. Es gibt Dutzende Augenzeugenberichte von betroffenen Menschen in den umliegenden Dörfern, die berichten können, wie diese Waldbrände vorsätzlich gelegt werden. Demnach entstehen die Brände selten bei Kampfhandlungen mit der in den Bergen und Wäldern agierenden Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Zudem passiert es äußerst selten, dass die Wälder Kurdistans aus anderen Gründen wie Hitzeperiode, Lagerfeuer oder Zigaretten in Brand geraten. Wenn dennoch Bäume brennen sollten, ist das fast immer örtlich und zeitlich sehr begrenzt. Denn dazu sind die »Mazi« oder »Mêşe« genannten Eichenbäume in diesem Klima zu resistent. Und das ist beim Abfackeln der Wälder durch die türkischen Armee das Glück im Unglück für die Natur Kurdistans. Wären es Nadelwälder, wie an der Mittelmeer- oder Ägäisküste, wären die wenigen erhaltenen Wälder bereits komplett verschwunden. Vor hundert Jahren besaß Kurdistan die dreifache Fläche an Wäldern, die im 20. Jahrhundert weitgehend für das Heizen geopfert wurden. Wenn der Wald einmal verloren ist, wird er in einem natürlich biologischen Prozess nicht zurückkommen.

Weil die Eichenwälder Kurdistans langsam brennen, passiert es manchmal, dass die Brände nach wenigen Tagen gelöscht sind. Deshalb wirft die türkische Armee des Öfteren an den folgenden Tagen weitere Brandsätze in den Wald.

Die Waldbrände in 2018 übertrafen die vorangegangenen Jahre in ihrer Intensität. Während von 2015 bis 2017 schät-

1 Artikel auf der Website der MEM: https://www.mezopotamyaekoloji.org/hambach-forest-guner-yanlic/

2 Siehe Bericht der Ökologiebewegung Mesopotamiens vom Oktober 2015 unter dem Link: http://www.hasankeyfgirisimi.net/?p=314

zungsweise in Nordkurdistan jährlich 10.000 Hektar Wald zerstört bzw. erheblich geschädigt wurden, dürfte die zerstörte Waldfläche auf wahrscheinlich 15.000 Hektar angewachsen sein. Verlässliche Zahlen außer für das Jahr 2015 gibt es zurzeit nicht. Schätzungsweise ein Viertel bis ein Drittel des abgebrannten Waldes liegt in Dersim. Dersim ist die kurdische Provinz mit den größten Wäldern und besonders vielen unzugänglichen Bergregionen. Andere Provinzen mit bedeutenden Wäldern sind Çewlig (Bingöl), Amed (Diyarbakır), Bidlîs (Bitlis), Şirnex (Şırnak), Mêrdîn (Mardin) und Çolemêrg (Hakkari).

Bis zum Juli 2018 hielten sich die Zahl und das Ausmaß der gelegten Waldbrände in Nordkurdistan in Grenzen, dies änderte sich jedoch erheblich Anfang August. In wenigen Tagen brannten Wälder von Çolemêrg bis Dersim. Im Zentrum Dersims kam der Brand einer großen weitgehend unbewohnten Fläche (die dortigen Dörfer wurden in den 90er Jahren zerstört) bei der Kleinstadt Hozat ins Blickfeld. Engagierte Menschen wollten zur Brandstelle eilen, um das Feuer in dem bedrohten Wald zu löschen. Seit 2015 wird in der Stadt Dersim bei anhaltenden Waldbränden von engagierten Menschen zum organisierten Löschen aufgerufen. Wie bereits des Öfteren passiert, konnten sie auch dieses Mal die Militärkontrollen nicht passieren und wurden zurückgeschickt. Dies löste große Kritik aus, und die Anwaltskammer von Dersim gab eine Erklärung ab, in der sie die staatlichen Stellen aufforderte, den Waldbrand zu löschen. Es passierte positiverweise, dass relativ viele Medien, darunter auch einige liberale, diesen Vorfall aufgriffen. Der Gouverneur von Dersim musste wegen des hohen Drucks gegenüber der Öffentlichkeit Stellung nehmen, was eigentlich bei den Staatsverbrechen selten vorkommt. In kolonialer Manier wurden die Waldbrände geleugnet. Nun kamen auch Parlamentarier von der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und bekannte Künstler nach Dersim und bildeten neue Freiwilligengruppen, die erfreulicherweise zu den Waldbränden über Umwege vorstoßen konnten. Mittels eines Bündels von Ästen und Zweigen, so wie es die kurdische Bevölkerung seit jeher macht, konnten die Waldbrände eingedämmt und schließlich gelöscht werden. Vor laufender Kamera konnte die Gruppe der Öffentlichkeit ihren Erfolg vermelden. Das war seit Beginn des Krieges im Sommer 2015 ein seltener Moment des Erfolges des Widerstands der Bevölkerung von Dersim. Doch nur zwei Tage später – es war inzwischen Ende August – brannte der gleiche Wald durch Brandsätze der türkischen Armee erneut. Verärgert sah die Bevölkerung von Dersim darin ein weiteres Mal das wahre zerstörerische, extrem autoritäre und kolonialistische Gesicht der Türkei. Dieses Mal hatte der Staat weitere Straßenkontrollen errichtet, um erneute Initiativen von Freiwilligen zu verhindern. Inzwischen nahmen die staatlich gelegten Waldbrände in anderen Provinzen Nordkurdistans zu; an mehr als zehn Orten wie im Norden Ameds, in Bidlîs, Şirnex und Mêrdîn brannten die Wälder erneut.



Parlamentarier der HDP und bekannte Künstler bildeten eine Freiwilligengruppe, die erfreulicherweise zu den Waldbränden über Umwege vorstoßen konnte, um die Brände zu löschen. Foto: MA

Glücklicherweise regnete es in der ersten Septemberwoche in Dersim, so dass die Brände gelöscht wurden. Als jedoch im September der Regen ausblieb, wurde die türkische Armee erneut tätig. Wieder brannten die Wälder, dieses Mal vor allem im Bezirk Pilemorî (Pülümür). Die ökologisch Engagierten reagierten wieder schnell und riefen alle Menschen auf, bei der Löschung der Brände mitzumachen. Sie mussten mehrmals nach Pilemorî, um die Brände löschen zu können.

Betroffene Menschen aus den nahen Dörfern berichten fast jedes Jahr darüber, dass die Waldbrände ihre Dörfer erreichen und ihre Lebensgrundlagen zerstören. Viele leben von den Erträgen aus den Wäldern, ohne ihn zu zerstören, die Wald-

brände aber zerstören diese ihre Lebensgrundlage. Durch die Brände gehen auch Weideflächen für ihre Tiere verloren. Es kann dann sogar passieren, dass sie ihre Tiere weit unter Wert verkaufen müssen, weil sie Futter für ihre Tiere dazukaufen müssen, sich aber teures Futtermittel nicht leisten können. Auch ihre Obst- und Gemüsegärten werden durch die Brände vernichtet und selbst die Äcker verbrennen.

Das oben Beschriebene spielt sich jeden Sommer in Nordkurdistan ab. Es bleibt nicht bei der Repression in den Städten und Dörfern, der Zerstörung von ganzen Städten und Stadtteilen, den vielen tausend Inhaftierungen und den tausendfachen Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, die Menschen müssen auch zusehen, wie die Lungen ihrer Natur zerstört werden. Der Krieg des türkischen Staates gegen die Bevölkerung ist umfassend. Der Staat greift mehr denn je alle Lebensverhältnisse an, die er für sich als gefährlich betrachtet, sei es in den Städten oder Dörfern.

Die Zerstörung von menschlichen Lebensgrundlagen durch Waldbrände ist seitens der türkischen Kriegsmaschinerie eindeutig gewollt, es ist System. Es geht zum einen darum, dass die Menschen aus ihrem natürlichen Lebensumfeld vertrieben werden sollen. In den Dörfern sind der soziale Zusammenhalt und das solidarische Miteinander stärker verankert, in Städten hätte die Bevölkerung weniger Halt, wäre politisch unorganisierter und offener für die kulturelle Assimilation. Die Reproduktion der kurdischen Sprache und Kultur, welche nicht Teil des kapitalistischen Nationalstaates sind, soll immer weiter eingegrenzt werden.

Zum anderen geht es bei Waldbränden in direkter Nähe zu Dörfern vor allem darum, die Zivilbevölkerung aus den ländlichen Gebieten zu vertreiben. So kann der Zerstörungskrieg der türkischen Armee effektiver, sprich brutaler, geführt werden. So wäre die Guerilla von der Bevölkerung getrennt, hätte weniger Kontakt und könnte noch einfacher mit größeren – oder gar chemischen – Waffen von Seiten des Militärs bekämpft werden. Es kommt noch hinzu, dass durch die Zerstörung der Wälder der Lebens- und Aktionsraum der Guerilla zerstört werden soll. Wälder in direkter Nachbarschaft zu Militärstationen oder in unzugänglichen Tälern, in denen sich die Guerilla aufhalten könnte, sind so ein besonderes Ziel des Militärs.

Kommen wir zu den zu Beginn gestellten Fragen zurück, warum sich niemand auf der Welt um die durch den türkischen Staat vorsätzlich und systematisch zerstörte Natur schert. Wenn wir uns an die Beantwortung wagen: Die Wälder von Kurdistan sind natürlich ökologisch nicht weniger wert. Denn sie gehören zu den wenigen noch verbliebenen Wäldern im Mittleren Osten. Außer an den Meeresküsten des türkischen Staatsgebietes, in der iranischen Region am Kaspischen Meer und dem Küstenstreifen der Levante, von Lattakia bis zum Libanon, ist de facto kein Wald mehr erhalten. Dabei ist zu beachten, dass die Wälder außerhalb Kurdistans (diese erstrecken sich bis nach Luristan in Ostkurdistan) einem enormen Siedlungsdruck ausgesetzt sind. So ist es doch sinnvoll, sich gegen die Zerstörung der Wälder Kurdistans zu stellen. Langfristig sind die Wälder Kurdistans sehr bedeutend und könnten Ausgangspunkt sein, die Vegetation in Kurdistan und den umliegenden Ländern wieder auszubreiten. Wie auch immer, es darf nicht sein, die Wälder in ihrer Bedeutung gegeneinander aufzurechnen. Das würde uns in falsche Konkurrenz bringen. Alle Wälder sind wertvoll und zu schützen.

Denken wir weiter: Zweifellos sind die Berichte der Kurden, der kurdischen Medien und ihnen nahestehender Gruppen nicht angepasst an die internationale Kommunikationsnorm und Wortwahl. Sie können eventuell schwer zu verstehen sein. Doch dürfte das nicht als Grund aufgeführt werden. Interessierte und sensible Kreise sollte das nicht stören. Sonst wäre es nämlich arrogant und eurozentristisch. Es gibt eine Reihe von Kampagnen für meist tropische Wälder in aller Welt, ohne dass von dort die internationale Öffentlichkeit stark angesprochen wurde. In Nordkurdistan gibt es – wie oben geschildert – seit Jahren einen Widerstand gegen diese Waldbrände, der jedoch staatlich unterdrückt wird. Sind es nicht vielmehr die Vorurteile der bürgerlichen Öffentlichkeit und der großen und zumeist liberalen Umweltorganisationen gegenüber den Kurden und der kurdischen Freiheitsbewegung? Bestärkt nicht auch Unwissenheit über Kurdistan und den Mittleren Osten, die als »gefährlich, extrem, gewaltvoll und undurchsichtig« eingeordnet werden, diese Haltung?

Ein anderer Faktor ist sehr wahrscheinlich auch die Abwägung gegenüber den um ihre Freiheit würdevoll kämpfenden Kurden. Das heißt, dass diese schweigsamen Kreise oft einem Konflikt mit der türkischen Regierung und nationalistisch-islamistischen Kreisen aus dem Weg gehen, indem sie die Situation in Kurdistan zu übersehen versuchen? Wenn in irgendeinem anderen Land systematisch große Waldflächen von der Zentralregierung als Mittel gegen die aufständische Bevölkerung niedergebrannt und vernichtet werden würden, wäre sehr wahrscheinlich die Kritik auf internationaler Ebene viel lauter. Wir wissen von keinem anderen Land, wo das zurzeit in diesem Ausmaß passiert. Dieser Artikel soll dazu beitragen, darüber nachzudenken, warum die Waldbrände in Nordkurdistan international nicht thematisiert werden. Kritik ist erwünscht. ♦

E-mail: mehdiplo@riseup.net
Website: www.mezopotamyaekoloji.org (demnächst auch auf Englisch)

Tamil Tigers sind für Schweizer Gerichte keine kriminelle Organisation

»Ein historischer Sieg für die tamilische Freiheitsbewegung«

Henning v. Stoltzenberg

Die Schweizer Bundesanwaltschaft hatte jahrelang weder Kosten noch Mühen gescheut, um die 13 Angeklagten im sogenannten »Monsterprozess« von Bellinzona zu dämonisieren. Den Angeklagten, die meisten von ihnen Schweizer*innen oder Tamil*innen, wurden wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Geldwäscherei und vereinzelt auch wegen Erpressung angeklagt. Zudem warf die Bundesanwaltschaft den meisten von ihnen vor, Mitglied einer kriminellen Organisation zu sein oder eine solche mit Geldzahlungen unterstützt zu haben. Gemeint waren die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), an die die Angeklagten während des Bürgerkriegs auf Sri Lanka Geld geschickt haben sollen.

Nach jahrelangen Ermittlungen und Kosten von einigen Millionen Franken und einem halben Jahr voller Verhandlungstermine brach die Anklage mit dem Urteil vom 14. Juni 2018 schließlich in sich zusammen.

Zu offensichtlich parteiisch war die Bundesanwaltschaft vorgegangen, indem sie die Aktivist*innen fortwährend als »Terroristen« bezeichnet und mehrjährige Haftstrafen gefordert hatte. So behauptete die Anklage, die LTTE hätte arglistig Kriegsverbrechen und Attentate auf Zivilbevölkerung und Politiker*innen während des 30-jährigen Bürgerkrieges auf Sri Lanka begangen.

Die jahrzehntelange systematische Unterdrückung der tamilischen Bevölkerung, die Massaker und der Genozid von 2009 fanden hingegen kaum Erwähnung. So wurde es im Prozessverlauf zu einer entscheidenden Frage, ob es sich bei den Tamil Tigers um eine Befreiungs- oder Terrororganisation handelt. Diese Frage wurde vom Gericht im Sinne der Angeklagten beantwortet. Das Gericht sprach sie vom Vorwurf der Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation frei, da es sich bei der LTTE nicht um eine kriminelle Organisation handele.

Die Richter bewerteten die Informationen der Staatsanwältin als unzureichend, um die LTTE als kriminelle Organisation zu qualifizieren. Um Zweifel beseitigen zu können, hätte vor Ort ermittelt werden müssen, was nicht die Aufgabe des Bundesstrafgerichts sein könne. Man habe den Tamil Tigers nicht nachweisen können, dass sie die Begehung von Gewaltakten zum Ziel gehabt hätten.

Diese Sichtweise des Gerichts ist wegweisend sowohl für die tamilische als auch für andere Befreiungsbewegungen, die für ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen. Das Urteil weicht zum Beispiel von der gängigen juristischen Praxis der BRD-Gerichte ab, die sich die Aussagen des türkischen Geheimdienstes zu eigen machen und unter Folter gemachte Aussagen als legitim und die reine Wahrheit betrachten, um aus politischen Erwägungen Verurteilungen zu erreichen.

In der jahrelangen juristischen und politischen Auseinandersetzung in Bellinzona wurde wieder einmal deutlich, was linke und soziale Bewegungen seit vielen Jahrzehnten wissen. Entgegen den Behauptungen der Bundesanwaltschaften existiert natürlich durchaus eine politische Justiz, die im eigenen Interesse, für die Staatsräson oder aus Bündniserwägungen – wie etwa im Verhältnis zum türkischen Regime – handelt, um Freiheitsbewegungen zu kriminalisieren.

Verurteilungen gab es am Ende lediglich im Anklagepunkt der Geldbeschaffung. Dort sah das Gericht bei fünf Angeklagten den Tatbestand des gewerbsmäßigen Betrugs, bei zwei von ihnen auch Urkundenfälschung als bestätigt. Die Mitglieder des World Tamil Coordination Committee (WTCC) sollen in der Schweiz lebende Tamil*innen dazu gebracht haben, mithilfe von gefälschten Lohnausweisen Kredite aufzunehmen. Die Mehrzahl der Kredite wurden von der Bank Now AG ausgestellt, einer Tochterbank der Credit Suisse.

Deutliche Kritik richtete die Vorsitzende Richterin an die Bank, da sie bei der Kreditprüfung mehr Sorgfalt hätte an den Tag legen müssen. Die Bank habe bei Krediten in Höhe von bis zu 80.000 Franken ihre Sorgfaltspflicht verletzt. Aus die-



Prozessbeginn im Schweizer Bellinzona: Tamil Tigers sind für Schweizer Gerichte keine kriminelle Organisation. Foto: twitter

sem Grund musste die Bank den Großteil des entstandenen Schadens selbst tragen.

Sämtliche Verurteilten erhielten Bewährungsstrafen zwischen 11 und 24 Monaten, darunter auch der Leiter und der Finanzverantwortliche des WTCC. Die Entschädigungen und Genugtuungen für die Freigesprochenen beliefen sich auf zwischen mehreren hundert und mehreren zehntausend Franken.

Die Bundesanwaltschaft hatte nach dem Urteil angekündigt, die schriftliche Begründung abzuwarten, insbesondere jene zur kriminellen Organisation.

Der Versuch, den tamilischen Exilaktivist*innen eine Mitschuld am Genozid an der tamilischen Bevölkerung durch das Militär des Staates Sri Lanka zuzuschreiben, ist mit dem Urteil vorerst gescheitert.

Die Anklage hatte argumentiert, durch die Unterstützung der LTTE, welche im Norden und Osten Sri Lankas einen unabhängigen sozialistischen Staat anstrebte, für die Verlängerung des Krieges und die Erhöhung der Opferzahlen gesorgt zu haben. Diese Umkehrung der Verantwortung für die Ermordung zehntausender Tamil*innen im Jahr 2009 hatte nicht nur bei der tamilischen Diaspora scharfe Kritik ausgelöst. In verschiedenen Ländern neben der Schweiz und Sri Lanka wurde der Prozess aufmerksam verfolgt. So protestierte die Friedensbewegung in Korea ebenso wie indigene Organisationen in Ecuador gegen den politisch motivierten Prozess. Auch die internationale Tribunal-Bewegung, die Regime symbolisch anklagt und deren Verbrechen nachweist, begleitete den Prozess solidarisch und forderte die Einstellung des Verfahrens.

Prozessbeobachter*innen aus der BRD sendete der Internationale Menschenrechtsverein mit Sitz in Bremen, der das Urteil als machtvolle Botschaft an andere Länder und historischen Sieg der tamilischen Freiheitsbewegung bezeichnete.

Der »Monsterprozess« von Bellinzona geht als Politikum in die schweizerische Rechtsgeschichte ein. Ebenso hatten zahlreiche Medien stetig über den Stand des Verfahrens berichtet und für entsprechende öffentliche Wahrnehmung zumindest in der Schweiz gesorgt. Die kontinuierliche Berichterstattung, kritische Prozessbeobachtung, politische Verteidigung und internationalen Proteste sind sicherlich entscheidende Faktoren gewesen, die zum Urteil beigetragen haben. ♦

Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung erreicht in Deutschland 2018 eine neue Qualität

Verbote, Razzien, Bücherbeschlagnahmung

Elmar Millich, AZADÎ e.V.

Das Jahr 2018 wurde in Deutschland geprägt von seit den 1990er Jahren nicht mehr erlebten Angriffen auf die kurdische Befreiungsbewegung in allen Bereichen. Bereits mit dem Rundschreiben des Bundesinnenministeriums (BMI) vom 2. März 2017, in dem u. a. das PKK-Verbot de facto auch auf die syrisch-kurdischen Organisationen PYD/YPG/YPJ ausgeweitet wurde, kam es zu zahlreichen Einschränkungen des Versammlungsrechts und Strafanzeigen wegen Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz aufgrund der Verwendung angeblich verbotener Symbole der kurdischen Befreiungsbewegung in der Öffentlichkeit. Mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch türkischer Truppen in die syrisch-kurdische Enklave Efrîn Ende Januar unter Mithilfe deutscher Panzer und den darauf erfolgenden Protestaktionen eskalierten die Behörden noch einmal ihren Repressionskurs bezüglich Einschränkungen des Versammlungsrechts. Eine für den 10. Februar vom kurdischen Dachverband NAV-DEM geplante Demonstration in Köln wurde kurzerhand verboten mit der Begründung, bei NAV-DEM handele es sich um eine Teilorganisation der PKK, die aufgrund des Vereinsgesetzes generell das Recht verwirkt habe, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und durchzuführen. Da nun jede größere Demonstration oder Versammlung zur Vorbereitung organisierte Strukturen und auch finanzielle Mittel braucht, zielte der Ausschluss von NAV-DEM als Anmelder darauf, jede größere Protestmanifestation gegen die angelaufene türkische Aggression in Efrîn zu unterbinden. Auch auf die kulturelle Befindlichkeit der ca. eine Million in Deutschland lebenden KurdInnen meinten die Sicherheitsbehörden keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Die für den 17. März in Hannover von NAV-DEM angemeldete zentrale Newroz-Feier – für die KurdInnen ein Symbol des Frühlings und des Widerstandes – wurde kurzerhand mit derselben Begründung wie in Köln ebenso verboten. Auch wenn beide Veranstaltungen dank entsprechender Entscheidungen der Verwaltungsgerichte stattfinden konnten, war die Richtung vorgegeben. Ausschlaggebend war auch hier wieder das BMI. Als »Orientierungshilfe« für alle Landesministerien und Strafverfolgungsbehörden verschickte es am 29. Januar ein erneutes Rundschreiben, wie das seit 1993 bestehende PKK-Verbot im Konkreten umzusetzen sei. In der neuerlichen Anordnung sind alle Anlässe »mit PKK-Bezug« aufgeführt wie »Versammlungen/Veranstaltungen, die der im Januar 2013 in Paris getöteten Anhängerinnen der PKK gedenken, Aktivitäten zum Newroz-Fest, das Zîlan-Festival, das Mazlum-Doğan-Festival, das Kurdistan-Kulturfestival« u. a. Im Fokus der Behörden stand dann auch die Verhinderung des für den 8. September im nordrhein-westfälischen Dinslaken geplanten Internationalen Kurdischen Kulturfestivals. Nach dem entsprechenden Festival des Jahres zuvor in Köln hatte die Türkei den deutschen Botschafter einbestellt, um gegen Öcalan-Fahnen zu protestieren, die dort gezeigt worden waren. Solche Geschehnisse sollten vor allem im Vorfeld des Staatsbesuchs von Präsident Erdoğan Ende September in Deutschland vermieden werden. Es erfolgte eine kurzfristige Absage des Festivals durch städtische Behörden wegen angeblicher Mängel des vorgestellten Sicherheitskonzepts. Die Begründung für das Verbot ist so glaubhaft wie die Räumung des Hambacher Forstes angeblich aus Brandschutzgründen.

Razzien wegen YPG-Fahnen

Von neuer Qualität waren auch die Angriffe auf die Zusammenarbeit und Solidarität zwischen der kurdischen Bewegung und der deutschen Linken, die sich 2014 nach der Verteidigung Kobanês formiert hatten und sich im letzten Jahr anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg zeigten. Während und nach dem türkischen Einmarsch in Efrîn kam es zu regelrechten Hetzjagden auf Symbole von PYD/YPG/YPJ. Am 20. Februar um 9 Uhr rückte eine Hundertschaft vermummter und mit Maschinenpistolen bewaffneter PolizistInnen beim Gasthof des Widerstands in Meuchefitz (Wendland) an, um ein an der Hausfassade angebrachtes Transparent mit der Aufschrift »Afrîn halte durch: Türkische Truppen & deutsche Waffen morden in Rojava! Es lebe die YPG/YPJ« zu beschlagnahmen. In Thüringen, wo die Linkspartei den Ministerpräsidenten stellt, kam es in Erfurt außer in Privatwohnungen und Geschäftsräumen auch zu einer Durchsuchung des Jugendbüros der Lin-

ken. Solche Razzien zogen sich im zweiwöchentlichen Rhythmus durch das ganze Jahr. Um einige Beispiele zu nennen: Am Vormittag des 23. Mai durchsuchten etwa 50 PolizeibeamtInnen die Räume des Alternativen Zentrums Alhambra in Oldenburg. Sie suchten Flaggen, die am 1. Mai in Solidarität mit den kurdischen Freiheitskämpfen gezeigt worden seien. Am Schluss beschlagnahmte die Polizei eine an die YPG angelehnte, selbst genähte Flagge. Am 13. Juni erfolgte aufgrund ähnlicher Vorwürfe eine Razzia in den Vereinsräumen von NAV-DEM in Berlin. Ebenfalls betroffen waren Räumlichkeiten des kurdischen Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad. Am 19. Juni 2018 fanden im Raum Cuxhaven umfangreiche Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Vereinsgesetz statt. 100 PolizistInnen durchsuchten elf Objekte im Umfeld des Arbeitskreises Asyl Cuxhaven. Hintergrund der Beschlagnahmung zahlreicher Computer, Laptops und anderer Speichermedien waren mehrere Demonstrationen gegen die Efrîn-Invasion, die der Arbeitskreis angemeldet hatte. Als Begründung für die Hausdurchsuchungen diente in allen Fällen der Verdacht auf Verstoß gegen § 20 des Vereinsgesetzes: Auf Veranstaltungen und Demonstrationen seien angeblich verbotene Symbole der kurdischen Arbeiterpartei PKK oder ihr zuzurechnender Organisationen verwendet worden. In den meisten Fällen wurden neben den Büroräumen parallel auch Privatwohnungen durchsucht. Die Razzien gingen mit massiven und gezielten Sachbeschädigungen einher. Ziel dieser Razzien ist nicht wie vorgegeben die Sicherstellung von Beweismitteln, sondern Einschüchterung und die Ausspähung linker/kurdischer Zusammenhänge. Dass der Staat ganze Hundertschaften in Bewegung setzt, um ein paar Fahnen zu beschlagnahmen, zeigt die politische Priorität der Aktionen und steht in keinem Verhältnis zu den vorgeworfenen Delikten. Die meisten Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Verwenden von Symbolen der kurdischen Befreiungsbewegung werden entweder eingestellt oder enden mit geringen Geldbußen.

Vor allem in Bayern nimmt die Verfolgung der Darstellung von YPG-Symbolen im Internet und den sozialen Netzwerken absurde Züge an. Gegen einen Berufsmusiker des Münchner Staatsorchesters wurde ein Strafverfahren eingeleitet, weil er eine Internetseite des Bayerischen Rundfunks geteilt hatte, auf der YPG-Symbole abgebildet waren. Allein gegen den Münchner Wissenschaftler Kerem Schamberger laufen sieben bis acht Verfahren im Zusammenhang mit YPG-Fahnen auf seiner Facebook-Seite. Seine Postings wurden ca. 250 Mal geteilt, woraufhin auch gegen diese Personen Ermittlungen eingeleitet worden sind. Diese unsinnigen Strafverfahren führen im »Sicherheitsreport 2017« der Münchner Polizei zu dem Statement, die politisch motivierte Ausländerkriminalität sei um 75,4 Prozent gestiegen – von den meisten Medien unreflektiert übernommen.

Ebenfalls verschärft hat sich der Umgang mit Öcalan-Fahnen und dessen Konterfei auf Transparenten aufgrund des BMI-Erlasses vom März 2017. Wurde es in den letzten Jahren zwar in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt, gab es in der Regel aber keine größeren Beanstandungen, wenn sie etwa auf kurdischen Massenveranstaltungen sowohl im Publikum als auch auf der Bühne gezeigt wurden. Die Polizei reagierte meist mit Personalienfeststellungen am Rande der Versammlungen. Mittlerweile wird überall auch gegen einzelne Symbole und Fahnen auf Versammlungen und Demonstrationen rigoros vorgegangen, auch wenn sie keinen primär kurdischen Hintergrund haben wie etwa bei der diesjährigen Luxemburg-Liebknecht-Gedenkdemonstration in Berlin. Juristisch verfestigt wurde dieses Vorgehen durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster im letzten Jahr. Demnach sind Fahnen oder Transparente mit Abdullah Öcalans Bild nur auf kleinen Informationsveranstaltungen zulässig, bei denen es allein um sein persönliches Wohl oder seine Gesundheit geht. Auch bei einer Demonstration im Januar in Berlin mit der alleinigen Forderung »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan« wurden im Auflagenbescheid Öcalan-Bildnisse untersagt. Die Begründung lautete, dass die Forderung »Frieden in Kurdistan« auf Öcalan in seiner Funktion als Führer der PKK hinweise.

Verlag durchsucht und Bücher beschlagnahmt

An zurückliegende Jahrzehnte erinnerte auch das Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen den Mezopotamien-Verlag und die »MIR Multimedia GmbH« in Neuss am 9. März. Auf Antrag des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes (LKA) hatte die 18. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf am 5. März die Durchsuchung sämtlicher Geschäftsräume, Garagen und Fahrzeuge der beiden Unternehmen angeordnet. Neben Werken in türkischer und kurdischer Sprache betraf es auch die ins Deutsche übersetzten Schriften von Abdullah Öcalan und die Biographie von Sakine Cansız. Begründet wurde dieses polizeiliche Vorgehen mit der Behauptung, die beiden Vereine würden durch ihre Tätigkeiten »den organisatorischen Zusammenhalt« der »verbotenen PKK unterstützen« und hierdurch eine »vorteilhafte Wirkung« für diese hervorrufen. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die SchriftstellerInnenvereinigung PEN-Zentrum Deutschland nannten das Vorgehen undurchsichtig und forderten von den Behörden eine nachvollziehbare Aufklärung des Vorgehens.

Auf der Strafrechtsebene kam es auch 2018 zu weiteren Festnahmen und Verurteilungen auf der Grundlage des § 129b StGB (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung). Generell lässt sich der Trend feststellen, dass bei Verurteilungen der Strafrahmen geringer ausfällt. Gegen

Yunus O. verhängte das OLG Celle im März eine Strafe von anderthalb Jahren ohne Bewährung. Erfreulich ist, dass die ebenfalls wegen § 129b angeklagte Yıldız A. aufgrund des engagierten Einsatzes ihrer Rechtanwältin entgegen der gängigen Praxis in 129b-Verfahren schon nach wenigen Wochen aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Das Gericht erkannte an, dass aufgrund der Haft- und Foltererfahrung in der Türkei, die Yıldız schon mit zwölf Jahren erleben musste, eine erneute Inhaftierung nicht zu rechtfertigen sei. Im seit Juni 2016 in München gegen zehn Personen stattfindenden § 129b-Verfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in der TKP/ML sind mittlerweile auch die Hälfte aus der Untersuchungshaft entlassen, weil entweder die Dauer der Untersuchungshaft sich dem zu erwartenden Strafmaß annähert oder gesundheitliche Gründe einer weiteren Inhaftierung entgegenstehen. Im August wurden außerdem vier nach § 129b verurteilte kurdische Personen nach der vollständigen Verbüßung ihrer Haftstrafe freigelassen. Leider gehen auch nach der Haftentlassung die freiheitsbeschränkenden Maßnahmen für die nach § 129b Verurteilten weiter. Obligatorisch ist die Verhängung einer sogenannten Führungsaufsicht von bis zu fünf Jahren. Während dieses Zeitraums kann der Person untersagt werden, mit bestimmten Personen in Kontakt zu treten, kurdische Vereine aufzusuchen oder zu bestimmten Themen politisch tätig zu werden. Des Weiteren erfolgt in der Regel – falls vorhanden – die Aberkennung des Asylstatus sowie Einschränkungen der räumlichen Bewegungsfreiheit verbunden mit wöchentlichen Meldeauflagen bei der Polizei. Ziel dieser »Bewährungsauflagen« ist die politische Isolation der Person im Anschluss an die körperliche Isolation während der Strafhaft. Allgemein lässt sich sagen, dass bei den Anklagen sowohl im Kontext der PKK als auch der TKP/ML in den allermeisten Fällen keine individuellen Strafvorwürfe existieren, sondern ausschließlich politisch legale Tätigkeiten als Unterstützung einer Terrororganisation gewertet werden. Aktuell sind im Zusammenhang mit Vorwürfen wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung der PKK gemäß § 129b in Deutschland neun Gefangene in Straf- oder Untersuchungshaft.

Die Gründe für die seit Jahrzehnten bestehende – das PKK-Verbot in Deutschland jährt sich dieses Jahr zum 25. Mal – und 2018 noch ausgeweitete Repression der kurdischen Befreiungsbewegung durch die deutschen Behörden sind vielfältig. Aufgrund der wirtschafts- und außenpolitischen Bedeutung der deutsch-türkischen Beziehungen ist das repressive Vorgehen gegen die kurdische Opposition und Teile der türkischen und deutschen Linken in Deutschland der politischen Willensbildung im weiteren Sinne entzogen. Federführend sind das Bundeskriminalamt, die Bundesanwaltschaft, die Geheimdienste und engere Kreise in den Innenministerien von Bund und Ländern sowie des Außenministeriums. Die kurzfristige Neubewertung der PKK in der Öffentlichkeit und in den Medien um das Jahr 2015 herum als Folge der Rettung der ÊzîdInnen aus dem Şengalgebirge und der Verteidigung Kobanês hat diese Kreise nie beeindruckt. Bei der seit Ende 2017 auf der Agenda stehenden Wiederannäherung zwischen der Türkei und Deutschland dient der Umgang mit der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland von jeher als schmutziger Schmierstoff für die Überbrückung sporadisch auftretender Gegensätze. Ziel ist es, die Türkei auf jeden Fall im Lager der NATO zu halten. »Härteres Vorgehen gegen die PKK« zu versprechen, ist da allemal billiger und der Bevölkerung ein-



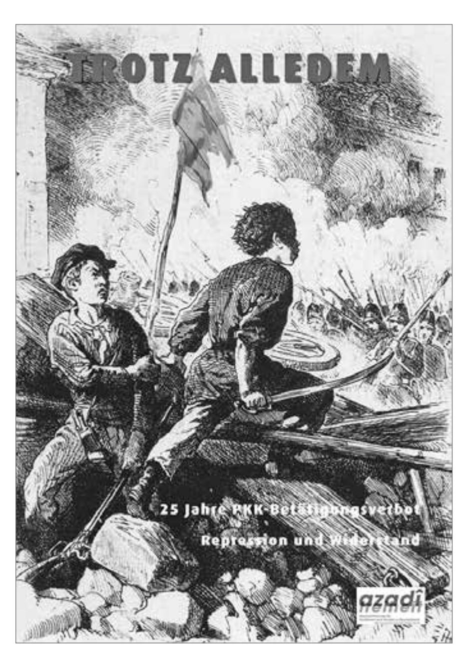
Foto: ANF

facher zu vermitteln als reale Zugeständnisse etwa bei der Visumspflicht für türkische StaatsbürgerInnen bei Einreisen in die EU. Die De-facto-Ausweitung des PKK-Verbots auf die syrisch-kurdischen Organisationen hat vor allem auch geopolitische Gründe in Bezug auf die weitere politische Entwicklung in Syrien. Die USA setzen zusammen mit Saudi-Arabien und Israel hauptsächlich auf die Zurückdrängung des Irans. Ihre militärische Präsenz in dem Gebiet der Demokratischen Konföderation Nordsyrien und ihr taktisches Bündnis mit den kurdisch geprägten Militärkräften der »Demokratischen Kräfte Syriens« (QSD) dient ihnen nach der weitgehenden Zerschlagung des Islamischen Staates als Verhandlungsmasse um die Zukunft des Landes. Deutschland setzt als maßgebende Kraft innerhalb der EU dagegen vor allem auf die Türkei und den Iran, um seinen Einfluss in der Region zu sichern. In diesem Zusammenhang wird aktuell auch die Präsenz der Bundeswehr im Irak ausgebaut.

Wie wird es weitergehen 2019? Aus den oben genannten Gründen ist nicht zu erwarten, dass Regierung und nachgeschaltete Behörden ihren Repressionskurs ändern werden. Im Mittelpunkt neuer Repressions- und Diffamierungskampagnen werden wahrscheinlich PYD/YPG/YPJ stehen, um sie als politische Kräfte bei der Neuordnung Syriens auszuschalten. Hierbei kann es auf europäischer Ebene durchaus zu Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich kommen, die im Mittleren Osten zum Teil auf andere Bündnispartner setzen.

Um in Deutschland wieder in die Offensive zu kommen, bedarf es entsprechenden politischen Drucks. Es bieten sich aber auch juristische Vorgehensweisen an, den Trend zunehmender Repression 2019 umzukehren. Das BMI hat bewusst Unklarheit geschaffen, in welchem Kontext das Zeigen der Symbole von PYD/YPG/YPJ strafbar ist. Dadurch ist die Verfolgung dieser angeblichen Delikte nach § 20 Vereinsgesetz zum klassischen Ermittlungsparagrafen geworden. Die meisten dieser Ermittlungen werden von den Staatsanwaltschaften wieder eingestellt oder spätestens von den Gerichten. Dann haben sie aber ihre Funktion durch die vorhergehenden Maßnahmen von Polizei und Staatsanwaltschaften in Form von Einschüchterung, Ausspähung, Einschränkung des Versammlungsrechts und Stigmatisierung schon erfüllt. Hier bedarf es dringend juristischer Klarheit. ♦

Broschüre: » … trotz alledem: 25 Jahre PKK-Betätigungsverbot – Repression und Widerstand«



Aus Anlass der seit 25 Jahren bestehenden Kriminalisierungspolitik gegenüber Kurdinnen und Kurden in Deutschland hat AZADÎ mit Unterstützung der Roten Hilfe erneut eine Broschüre erstellt.

Im Vorwort unserer Schrift »20 Jahre PKK-Verbot - Eine Verfolgungsbilanz« hatten wir der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass uns bzw. allen eine Aktualisierung der Chronologie in weiteren fünf Jahren erspart bleiben und das PKK-Verbot (schlechte) Geschichte sein möge.

So ist es nicht gekommen. Im Gegenteil hat sich seitdem die Situation erheblich verschärft. Das hat uns veranlasst, die vergangenen fünf Jahre in den Fokus zu nehmen und nachzuvollziehen, welche Ereignisse zu den heutigen Verhältnissen geführt haben. Weil in der kurdischen Frage nichts isoliert betrachtet werden kann und sie eine internationale Dimension hat, befasst sich der erste Artikel mit den Entwicklungen in der Türkei, in Syrien und in der BRD seit 2013/14.

In weiteren Beiträgen nehmen Rechtsanwälte Stellung zu den Grundlagen der politisch motivierten Verfahren nach §§129a/b StGB und der Verbotserweiterung des Bundesinnenministeriums vom März 2017. Duran Kalkan, Mitglied des PKK-Exekutivrats, hat sich in einem langen Interview mit Civaka Azad mit der Rolle Deutschlands im Zusammenhang mit dem türkisch-kurdischen Konflikt auseinandergesetzt. Er gehörte zu jenem Kreis kurdischer Exilpolitiker*innen, die im ersten großen »Düsseldorfer Prozess« (1989–1994) angeklagt und verurteilt wurden. Wir haben dieses Gespräch stark gekürzt und uns auf die politischen Hintergründe und Duran Kalkans Einschätzung der deutschen Kriminalisierungspolitik konzentriert.

Einen zentralen Teil unserer rund 150 Seiten umfassenden Publikation, die zur Konferenz vorliegen soll, bildet die ausführliche Chronologie der Ereignisse von September 2013 bis Ende Juli 2018.

Zu beziehen ist sie kostenlos, aber wir hoffen auf Spenden. Adresse:

AZADI e. V., Hansaring 82, 50670 Köln; e-mail: azadi@t-online.de

Die kurdische Revolution blüht auch in Lateinamerika

Von Rojava bis zu den Kämpfen der Mapuche

Pilar Villanueva, feministische Aktivistin und Chefredakteurin des Zanganos-Magazins

Seit vielen Jahren sind die Kurd*innen die Vorkämpfer der Revolution in Westkurdistan (Rojava). Ihr zum Kapitalismus alternatives System wurde auf der ganzen Welt bekannt. Ihre Gesellschaft organisiert sich nach der Idee des »Demokratischen Konföderalismus«, einer Art politischer Organisierung, die Basisdemokratie, soziale Ökologie und Feminismus vereint.

In Lateinamerika haben die Ideen aus Rojava in Wallmapu, dem Gebiet der Mapuche, der größten indigenen Bevölkerungsgruppe Chiles und Argentiniens, Wurzeln geschlagen. Die Mapuche haben für Jahrzehnte gegen Unterdrückung, Umsiedlung und Enteignung ihres Gebietes und ihrer Ländereien gekämpft.

Inspiriert durch den Kampf der Kurd*innen und insbesondere durch den Widerstand der kurdischen Frauenfreiheitsbewegung, haben die Mapuche angefangen, mit vielen chilenischen Gruppen zusammenzuarbeiten, u. a. dem Comite de Solidaridad con Kurdistán, Región Chilena y Wallmapu (Solidaritätskomitee für Kurdistan, Region Chile und Wallmapu).

Dieses Komitee dient als Kommunikationsplattform und verbreitet Informationen über den kurdischen Widerstand, um dessen Organisationsmodell nach Chile und in die Gebiete der Mapuche zu bringen. Zeitgleich wird in Argentinien, das das Recht der Mapuche auf Selbstbestimmung nicht anerkennt, durch Linke und Feminist*innen, die nach Kurdistan gereist sind und über ihre Erfahrungen in Büchern berichtet haben, das alternative politische System in den lokalen Regionen bereits aufgebaut.

Rojava ist das Gebiet der Kurd*innen in Nordsyrien, wo Menschen die vielleicht wichtigste Revolution unserer Zeit entwickeln. Mitten in militärischen Angriffen der Türkei, Syriens und des Islamischen Staates kämpfen kurdische Männer und Frauen gemeinsam für ihre Freiheit und die Freiheit ihrer Mitmenschen.

Die indigene Bevölkerung aus den Bergen im Norden des Mittleren Ostens – die Kurd*innen – ist zurzeit Teil eines bewaffneten Kampfes, um Teile ihres besetzten Gebiets zu verteidigen: Kobanê, Cizîrê und Efrîn. Letzteres Gebiet wurde vor Kurzem vom türkischen Militär eingenommen und die Kurd*innen versuchen nun, es sich zurückzuerobern.

Mitten in diesem Widerstand versuchen die Kurd*innen ein neues politisches, soziales und wirtschaftliches System namens »Demokratischer Konföderalismus« zu errichten, das auf der Befreiung der Frauen basiert und auf der Etablierung von Basisdemokratie.

Dies ist ein Projekt der radikalen Demokratisierung der Bevölkerung. Der ideologische Anführer Abdullah Öcalan beschreibt es in seinem Buch »Demokratischer Konföderalismus« als »politische Selbstbestimmung, in der alle Bevölkerungsgruppen und alle kulturellen Identitäten in lokalen Treffen, Räten und Generalversammlungen repräsentiert sind. Diese Art von Demokratie eröffnet politische Möglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten und ermöglicht diversen politischen Gruppen sich selbst zu vertreten.«

Genauso wie den Kurd*innen ihr Existenzrecht verweigert wurde und sie in die nationalen Grenzen der Türkei, des Irans, des Iraks und Syriens gezwungen wurden, so wurde das Gebiet der Mapuche von Chile und Argentinien kolonialisiert. Heute sind nur 5 % des ursprünglichen Siedlungsgebiets der Mapuche in Chile offiziell anerkannt. Der Großteil Wallmapus ist unter Kontrolle reicher Familien, des Staates oder von Unternehmen, die die natürlichen Ressourcen der Region ausbeuten.

Die derzeitige Ignoranz des Rechts der Mapuche auf Selbstbestimmung ist nicht neu. Seit der spanischen Kolonialisierung haben die Mapuche unzählige Male Zwangsmigration und Umsiedlung durch unterdrückende und ungerechte Akte der chilenischen Regierung erlebt. Ähnlich wie die Kurd*innen in der Türkei haben die Mapuche die gewaltsame Enteignung

ihres Landes durch die nationalen Polizeikräfte und das Militär miterlebt. Hierbei wurden Mapuche-Kinder erschossen, ermordet wie kurdische Kinder in der Türkei.

Die Mapuche konnten die Situation in Sûr, Cizîr (Cizre) und anderen kurdischen Regionen 2015 in der Südosttürkei, als dort militärische Ausgangssperren errichtet wurden, gut nachempfinden. Araucanía, die Region, in der der Großteil der Mapuche lebt, hat auch eine der stärksten Militärpräsenzen.

Diese indigene Gruppe kämpft zurzeit für ihre Rechte und ihre Gebiete, doch noch keine Regierung hat ihre Autonomie bisher anerkannt. Unter Augusto Pinochet, der von 1973 bis 1990 regierte, wurden die oppositionellen Mapuche gefoltert, des Landes verwiesen oder entführt. Die Mapuche-Region erlebt nun unter der rechten Präsidentschaft von Piñera eine Remilitarisierung.

Die Kämpfe der Mapuche und der Kurd*innen sind, auch wenn sie in zwei ganz unterschiedlichen Regionen der Welt stattfinden, mehr miteinander verbunden, als zu erwarten wäre. Es handelt sich bei beiden Gruppen um eine indigene Bevölkerung, die ihr Recht auf Selbstbestimmung fordert, für ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet kämpft und ihre eigenen Ressourcen in der Gegenwart von Staatsgewalt kontrolliert. Im Ergebnis sind sie auch die Leidtragenden des »Krieges gegen den Terrorismus« durch die USA.

Für den türkischen Staat und andere Länder, die den türkischen Präsidenten Erdoğan unterstützen, ist die kurdische Bewegung eine terroristische Organisation, da sie dem Staat mit Waffengewalt begegnet, auch wenn ihre Waffengewalt eine Antwort auf die ständige staatliche Gewalt gegen Kurd*innen darstellt.

Tatsächlich werden nur die Kurd*innen vom türkischen Staat unterstützt, die ihre eigene Identität leugnen: diejenigen, die sich gegen die Freiheitsbewegung stellen und Erdoğan unterstützen. In der Türkei reicht es schon, sich in sozialen Medien kritisch über den türkischen Einmarsch in die durch Kurd*innen regierte Region Nordsyriens zu äußern, um als Terrorist*in angeklagt zu werden. Wer Erdoğan unterstützt, gilt hingegen nicht als Terrorist*in.

Die Situation ist ähnlich dem, was die Mapuche in Südamerika erfahren. Seit der Kolonialisierung sind die Mapuche in



ANF

mindestens drei Gruppen gespalten worden: 1. diejenigen, die bereit waren, ihr Erbe hinter sich zu lassen, wenn es bedeutet, andauernde Diskriminierung und Rassismus zu umgehen; 2. diejenigen, die apathisch sind; 3. diejenigen, die weiterhin ihre Sprache sprechen (auch den Mapuche wurde es, wie den Kurd*innen in der Türkei, verboten, ihre eigene Sprache zu sprechen) und/oder aktiv in politischen und sozialen Organisationen sind, um ihre Länder und ihre Unabhängigkeit zurückzuerlangen.

Es ist die letztere Gruppe, die genau wie ihr kurdisches Pendant die Aufmerksamkeit des Staates erregt hat. Die Existenz der Menschen, die für die Mapuche-Identität einstehen, hat die Militarisierung nicht nur der Gebiete provoziert, in denen mehr Mapuche leben, sondern auch derjenigen, in denen die Menschen politisch aktiver sind. Um sie zu kriminalisieren, wurde ein spezielles Gesetz entwickelt: das Anti-Terror-Gesetz, das zunächst unter der Diktatur Pinochets entworfen wurde, um oppositionelle Aktivist*innen zu inhaftieren, zu foltern oder anzuklagen. Nach dem Ende der Diktatur wurde das Gesetzt benutzt, um politisch aktive Mapuche zu inhaftieren oder sogar zum Tode zu verurteilen.

Vor nicht so langer Zeit gab es den Fall der *Machi* Francisca Linconao: einer Heilerin, Autoritätsfigur und Älteren der Mapuche. Sie wurde – nachdem das reiche Ehepaar Lucksinger-Mackay in einem Feuer gestorben war – angeklagt. Dieses Paar hatte inmitten einer größtenteils von Mapuche bewohnten Region gelebt. Ihm und ihren Familien gehören viele Unternehmen und sie sind in ganz Chile als eine der wohlhabendsten Familien bekannt.

Nachdem zwei Beamte falsche Beweise in dem Haus von Francisca Linconao versteckt hatten, um die Spur auf sie zu lenken, wurde sie inhaftiert. Sie wurde, wie viele glauben, für das bestraft, wofür sie am meisten bekannt war: das Gebiet der Mapuche zu verteidigen. Nach einem Hungerstreik und landesweiten Solidaritätsbekundungen wurde sie freigelassen und der Staat hat schließlich anerkannt, dass die »Beweise«, die sie schuldig machten, gefälscht waren.

Mapuche und chilenische Aktivist*innen bildeten das Kurdistan-Solidaritätskomitee, um kollektiv eine derartige Kriminalisierung politischer Bewegungen in Kurdistan und Chile zu verhindern.

Lua Montiel, ein Mitglied des Komitees, erzählte *Toward Freedom*, dass sie arbeiteten, um »das politische Projekt der Kurd*innen und der Frauenfreiheitsbewegung sowie deren Grundlagen zu verbreiten«. Einige der Aktivitäten, die die Gruppe organisierte, seien natürlich Selbstschulungen der Komiteemitglieder und öffentliche Workshops zum Demokratischen Konföderalismus.

Frauen organisieren Treffen, um über Jineolojî zu reden, »die Bildung eines Frauenparadigmas«. Jineolojî ist ein Konzept, das aus dem Freiheitskampf der kurdischen Frauen entstanden ist und versucht, nach Montiel, »Frauen und der Gesellschaft Zugang zu Wissenschaft und Wissen« zu geben und ihre Verknüpfung zu stärken.

Das Konzept der Jineolojî ist gerade für Frauen in Chile, Argentinien und anderen lateinamerikanischen Ländern interessant, da es, wie Montiel erklärt, »uns dabei hilft, westlichen und kolonialen Feminismus zu überwinden und eine neue Erfahrung von Frauenkämpfen kennen zu lernen, die die Kriegssituation mehr berücksichtigt«.

In Argentinien gibt es mehrere Leute, die die kurdische Freiheitsbewegung unterstützen und kooperativ mit anderen Komitees zusammenarbeiten, um die Ideen der Bewegung zu verbreiten und sie nach Lateinamerika zu bringen. Zum Beispiel hat ein Komitee das Buch *Mujeres de Kurdistán, La Revolución de las Hijas del Sol* (Frauen aus Kurdistan. Die Revolution der Töchter der Sonne) geschrieben, und es wurde von den argentinischen Autoren Rom Vaquero Díaz und Leandro Albani vorgestellt.

Menschen in Lateinamerika wollen nicht nur aus den Erfahrungen in Kurdistan lernen, sondern diese Art der Organisierung nach Chile bringen, so wie die Mapuche durch Workshops, Veröffentlichungen und neue Organisationsstrategien.

Wie Nahuel Valenzuela, ein Mitglied des chilenischen Mapuche-Komitees, dem *Toward Freedom* berichtete, wurde die Gruppe als »breites linkes Bündnis verstanden, das versuchte, Individuen und Kollektive aus diversen Kontexten, insbesondere aus anarchistischen, revolutionären und sozialistischen Kreisen, zusammenzubringen«.

Der Samen der kurdischen Revolution wurde bereits in Lateinamerika gesät und schlägt Wurzeln in Aktivist*innen, die begierig sind zusammenzuarbeiten. Wie die Zapatistas hat der kurdische Kampf zur Gründung neuer Gruppen, Komitees und Organisationen geführt und viele Menschen mit ähnlichen Ideen zusammengebracht, die alle Teil eines gemeinsamen Kampfes werden: des Kampfes um unsere wahre Freiheit. ♦

https://towardfreedom.org/archives/americas/from-rojava-to-the-mapuche-struggle-the-kurdish-revolutionary-seed-spreads-in-latin-america/

Antifa-Recherche: Verflechtung deutscher Politik und türkischer Ultranationalisten

Säbelrasseln statt ernsthafter Feindschaft

Taira

In Berlin hat sich eine antifaschistische Recherche-AG gegründet. Mit der Erstellung einer Broschüre zur Verflechtung deutscher Politik mit der MHP (Graue Wölfe) hat sie ihre Arbeit begonnen.

Vor allem in Berlin gibt es verschiedenste Lobbyorganisationen, wie die UID (Union Internationaler Demokraten; ehemals UETD – Union der Europäisch-Türkischen Demokraten) und ADD (Allianz Deutscher Demokraten) mit ihrem bekannten Vertreter Remzi Aru, aber auch Idealisten-Vereine (Ülkü ocakları), die dem Graue-Wölfe-Spektrum (Bozkurtlar oder Bozkurtçular; türkische Ultranationalisten/Faschisten) zuzuordnen sind. In Berlin finden auch immer wieder Feste statt, die durch den ATB (Verband der Türkischen Kulturvereine Europa) und Millî Görüş (Nationale Sicht) veranstaltet werden und durch viele Betriebe türkischstämmiger Deutscher gesponsert werden.

Bei der Recherche kristallisierte sich früh die starke bundesweite Verflechtung von CDU/CSU und Organisationen der Grauen Wölfe heraus, welche die Religion des Islam benutzen, um ihre Mitglieder und vor allem Jugendliche mit der nationalistischen und faschistischen Ideologie zu indoktrinieren.

Schnell stellte sich heraus, dass Recherchen in diese Richtung viele Informationen und Überschneidungen bei Funktionären in Organisationen wie ATIB (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa), Millî Görüş, AKP und in deutschen Vereinigungen, welche die Muslime in Deutschland repräsentieren wollen, als auch in deutschen Parteien, vor allem CDU/CSU, aber auch SPD zu Tage fördern.

Daher wurde vor dem Besuch von Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland eine Broschüre veröffentlicht, die diese Zusammenhänge beschreibt und in einem Schaubild zusammenfasst.

Sie beginnt dabei in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland. Damals herrschte ein reger Austausch zwischen den Nazis und dem Militär in der Türkei. Die gewünschte Zusammenarbeit wurde durch immer wieder stattfindende Besuche deutlich als auch durch die Unterstützung beim Aufbau der Bozkurt-Einheiten (Graue Wölfe) durch deutsche Militärs nach dem Vorbild der SS-Einheiten in Deutschland.

Die gemeinsame Geschichte der Nationalstaaten Deutschland und Türkei geht jedoch wesentlich weiter zurück und lässt sich bis zum Osmanischen Reich und dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zurückverfolgen. Dieser Bereich wird in der weiteren Recherche beleuchtet und zeigt bereits jetzt die enge Verwobenheit beider Nationalstaaten und ihrer gegenseitigen Interessen. Sie waren voneinander abhängig und sind es immer noch.

Zu Beginn der Broschüre wird die Etablierung der MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) in Deutschland betrachtet und inwieweit die CDU, vertreten durch Dr. Hans-Eckardt Kannapin, dies gefördert hat. Nicht nur, dass die nationalistisch-faschistische MHP eine Europavertretung in Süddeutschland eröffnen konnte, nein, Kannapin sorgte auch dafür, dass der von MHP-Führer Alparslan Türkeş zur Unterstützung geschickte Musa Serdar Çelebi überhaupt nach Deutschland kommen konnte. Er eröffnete in seiner Wohnung ein fiktives Türkei-Institut, um Çelebi eine Aufenthaltsgenehmigung und einen »Job« zu besorgen. Ansonsten betätigte sich Çelebi in der Nachfolgeorganisation der MHP-Europavertretung ADÜTDF (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland) und war dort Vorstand.

In dieser Zeit suchte Alparslan Türkeş die Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung unter Kohl, der jedoch Gespräche mit ihm ablehnte. Daher beschwerte sich Türkeş‘ Vertrauter in Deutschland, Murat Bayrak, beim CSU-Chef Franz Josef Strauß, der daraufhin ein Gespräch zusagte. Das fand am 28. April 1978 in Deutschland statt und wurde von beiden Seiten als äußerst fruchtbar dargestellt. Vor allem war die gemeinsame Ideologie verbindend, gegen den Weltkommunismus zu kämpfen und dessen Voranschreiten durch solche Bündnisse zu verhindern.

Als jedoch Musa Serdar Çelebi in der medialen Öffentlichkeit mit dem Papstattentäter Mehmet Ali Ağca in Verbindung gebracht wurde – dieser belastete ihn durch die Aussage, Geld für das Attentat als auch die Waffe von ihm erhalten zu haben –, entschied Türkeş, dass Çelebi zurücktreten müsse. Dieser entschied jedoch mit einem Drittel der Gemeinden, die sich unter ADÜTDF organisiert hatten, sich abzuspalten und eine eigene Organisation ATIB zu gründen.

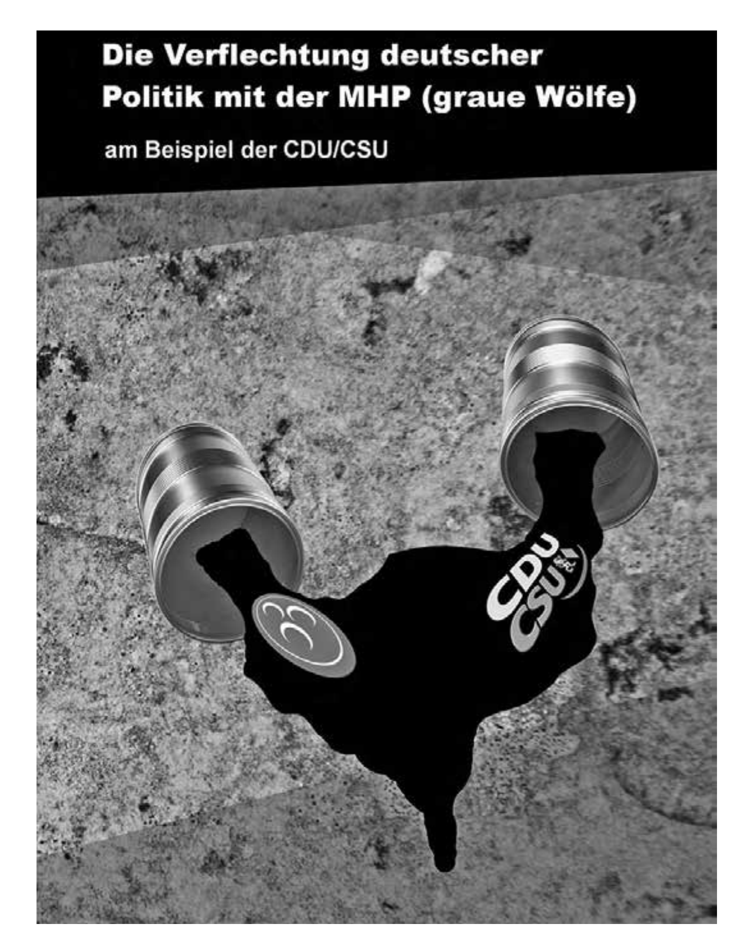
Interessant sind hierbei nun die aktuellen Entwicklungen, da mittlerweile sein Sohn Mehmet Alparslan Çelebi in dieser Organisation tätig ist und sehr früh bereits die Jugendarbeit übernommen hat. Gleichzeitig wurde Çelebi jun. damals durch Peter Tauber, den CDU-Generalsekretär von Hessen, in die Junge Union berufen, um die Vielfalt in der Partei zu vergrößern.

Im Umfeld von Çelebi jun. lassen sich zwei weitere Personen finden, die auch eine Rolle spielen. Einmal Cihan Süğür, der – sozialisiert durch die DITIB (s. u.) und Mitglied bei der CDU – als Reaktion auf die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestags 2016 und damit die Anerkennung des Genozids an den Armeniern die MIDU (Muslime in der Union) gründete. Zur Gründungsveranstaltung wurden jedoch nur konservative Muslime aus den vier großen Dachverbänden eingeladen, da Süğür der Meinung war, dass andere Muslime wenig »Credibility« in der muslimischen Gemeinschaft hätten und es von vornherein eine »Totgeburt« (Zitat) gewesen wäre, wenn diese eingeladen worden wären.

Zusätzlich stehen Çelebi jun., Süğür und Muhsin Şenol, ehemals Lobbyist der UID, über den von ihnen selbst gegründeten Verein »Egibil – Bundesvereinigung Interkulturelle Jugendbildung« in Kontakt miteinander und nutzen diesen wahrscheinlich auch, um Jugendliche an nationales Gedankengut heranzuführen.

Gleichzeitig wurde während der Recherche sichtbar, dass es wichtig war, sich mit dem Koordinationsrat der Muslime in Deutschland zu beschäftigen, der sich aus dem Zentralrat der Muslime, dem Islamrat Deutschland, DITIB und VIKZ (Verband der islamischen Kulturzentren) zusammensetzt.

Der Zentralrat der Muslime speist sich zum großen Teil aus ATIB-Gemeinden und -Verbänden und vertritt somit mehrheitlich die Interessen von ATIB wie auch der Muslimbruderschaft.



»Diese Broschüre stellt den Versuch einer Bestandsaufnahme von türkisch faschistischen Strukturen, welche auch bekannt sind als Graue Wölfe und deren Verflechtung mit der deutschen Politik am Beispiel der CDU/CSU dar ...« Quelle: https://de.indymedia.org/sites/default/files/2018/09/29899.pdf

Der Islamrat Deutschland besteht im Großen und Ganzen aus Millî-Görüş-Gemeinden.

DITIB steht für Diyanet İşleri Türk İslam Birliği (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) und ist der Religionsbehörde Diyanet (Präsidium für Religionsangelegenheiten) in der Türkei unterstellt. Außerdem bezieht DITIB seine Imame direkt aus der Türkei und von dort werden sie auch besoldet. Zuletzt fiel DITIB Anfang des Jahres 2018 negativ auf, als die Türkei ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Efrîn startete. Zu dieser Zeit wurden in mehreren DITIB-Moscheen von Kindern Theaterstücke aufgeführt, in denen der Krieg als auch der Märtyrertod für die Türkei verherrlicht wurden, und in den Gottesdiensten wurde die Eroberungssure gelesen.

Diese Dachverbände haben den Anspruch, Ansprechpartner für die Politik in Fragen des Islam zu sein als auch muslimi-

sche Deutsche und deren Interessen politisch zu vertreten. Es stellen sich demnach mehrere Fragen:

Wer wird repräsentiert und wer soll angeblich repräsentiert werden? Alle vier Verbände vertreten einen extrem konservativen bis islamistischen Islam oder nationale bis ultranationale Werte, die aufgrund von Negativschlagzeilen in der Vergangenheit mit einem moderaten Anstrich getarnt werden. Außerdem wird lediglich ein Fünftel aller in Deutschland lebenden Muslime überhaupt durch die Dachverbände repräsentiert. Woher nehmen sie also das Recht, Ansprechpartner für die deutsche Politik in Fragen des Islam zu sein? Und warum nutzt die deutsche Politik allein konservativ-nationale Kreise anstatt andere Verbände wie z. B. die der Alevit*innen? Die Überschneidungen zwischen ultranationalistischen türkischen Kreisen, AKP-/MHP-Lobbyorganisationen, der türkischen Regierung und den vier muslimischen Dachverbänden, die Repräsentanten sein wollen, wird in der Broschüre »Die Verflechtung deutscher Politik mit der MHP (graue Wölfe) am Beispiel der CDU/CSU« mehr als deutlich.



Antifaschistische Demonstration in Hamburg. Foto: indymedia

Durch die Indoktrinierung der Dachverbände (bereits in den Jugendorganisationen) und eine immer noch bestehende rassistische Haltung der deutschen Gesellschaft gegenüber türkischstämmigen Menschen bzw. deutschen Muslimen entsteht ein Klima, das Erdoğan und seine Regierung bei Besuchen in Deutschland ausnutzen. Zuletzt schaffte er dies bei seinem Auftritt am Samstag, den 29.09.2018 in Köln, indem er ein politisch nutzbares Wir-Gefühl erzeugte. Er betonte dabei die Zugehörigkeit zur Türkei und sprach diesen Menschen Anerkennung aus; damit erreicht er viele Menschen und erhält Zustimmung für seine Politik. Die Bundesregierung fördert diese Entwicklung, indem sie nur konservative, nationale und teilweise islamistische Verbände als Ansprechpartner nutzt und als Repräsentanten anerkennt und sie sogar im Sinne der Vielfalt in die Parteienlandschaft integriert.

Durch den Einzug türkischer Nationalisten in die deutsche Politik und somit in Migrationsbeiräte, Stadträte und kommunale Strukturen ist es diesen Personen möglich, die Politik in die gewünschte Richtung zu beeinflussen. Dies ist vor allem in Nordrhein-Westfalen zu beobachten, wo vor allem in den letzten Jahren eine repressive Politik gegenüber kurdischen Verbänden und Aktivist*innen betrieben wird.

Dabei sollte deutlich werden, dass es sich nicht um einen importierten Konflikt zwischen Kurd*innen und Türk*innen handelt. Deutschland und seine Politik haben einen klar nachweisbaren Beitrag zur Ansiedlung und Förderung von Strukturen der Grauen Wölfe geleistet und tun dies bis heute. Vor allem in den 80er Jahren gewährte Deutschland vielen in der Türkei strafverfolgten Grauen Wölfen Unterschlupf. Später flohen zunehmend auch die linken, regimekritischen Türk*innen und Angehörige anderer Ethnien wie die kurdische Bevölkerung, aber auch religiöse Minderheiten vor den durch Deutschland mit aufgebauten Banden der Grauen Wölfe und dem türkischen Militär. Es handelt sich demnach nicht um einen importierten Konflikt, sondern eine Entwicklung aufgrund der von Deutschland betriebenen innerdeutschen Politik im Umgang mit den Grauen Wölfen, aber auch der deutschen Türkei-Politik.

Der Nutzen für die Bundesregierung liegt klar darin, diese Strukturen als Druckmittel bzw. für Drohungen gegen Erdoğan zu benutzen. Zuletzt ist dies bei der DITIB zu sehen, die aktuell keine Fördermittel mehr vom Bund erhält und für die sogar eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz angedacht wird. Gleichzeitig nutzt Deutschland die Kriminalisierung linker türkischstämmiger Aktivist*innen und Journalist*innen sowie kurdischer Aktivist*innen, um Erdoğan guten Willen zu beweisen. Die Türkei und ihr Regime nutzen im Gegenzug die Festnahmen deutscher Aktivist*innen oder Journalist*innen, um gegenüber der Bundesregierung Druck aufzubauen.

Im Endeffekt geht es dabei jedoch nur um ein »Säbelrasseln« zwischen den beiden Nationalstaaten und nie wirklich darum, die politischen Verbindungen zu gefährden oder zu zerstören. Diese Drohgebärden können als Streit unter Geschwistern bezeichnet werden, wobei jeder versucht, sein eigenes nationales Interesse durchzusetzen. Die gegenseitige Verflechtung von Funktionären bei gleichzeitiger politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit beider Staaten voneinander wird nie eine ernsthafte Gefährdung der Zusammenarbeit zulassen. ♦

Periodika

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

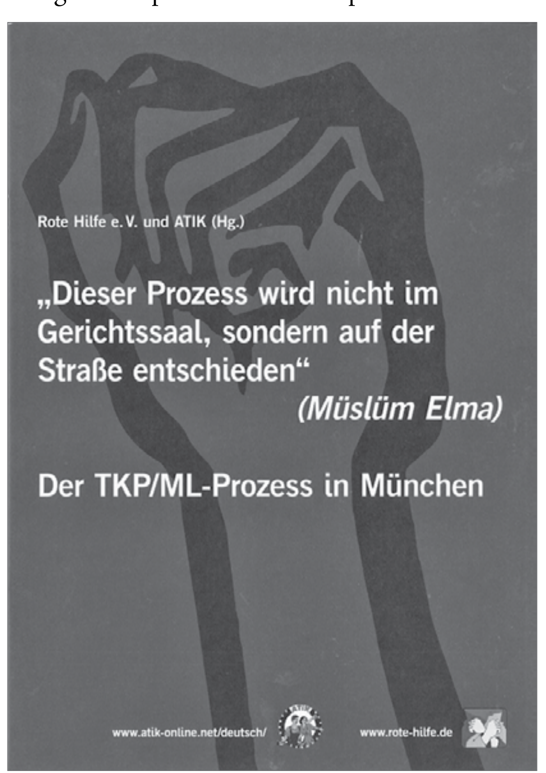
Titelbild:
Erste internationale Frauenkonferenz »Revolution in the making«. Foto: A. Bender

Rückseite:
Titelblatt der Broschüre: TROTZ ALLEDEM – 25 Jahre PKK-Verbot: Repression & Widerstand AZADI e.V. (Hg)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

»Dieser Prozess wird nicht im Gerichtssaal, sondern auf der Straße entschieden«

Seit dem Juni 2016 findet vor dem Oberlandesgericht München einer der größten politischen Schauprozesse seit Jahrzehnten statt. Angeklagt sind zehn Genoss*innen, die laut Bundesanwaltschaft (BAW) der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch/Leninistisch (TKP/ML) angehören sollen. Die TKP/ML wurde 1972 gegründet und ist zeit ihres Bestehens in der Türkei verboten. Im Zuge des Militärputsches vom 12. September 1980 mussten zahlreiche Mitglieder und Sympathisant*innen ins europäische Ausland fliehen, um ihrer Ermordung oder Verhaftung durch die Junta zu entgehen.



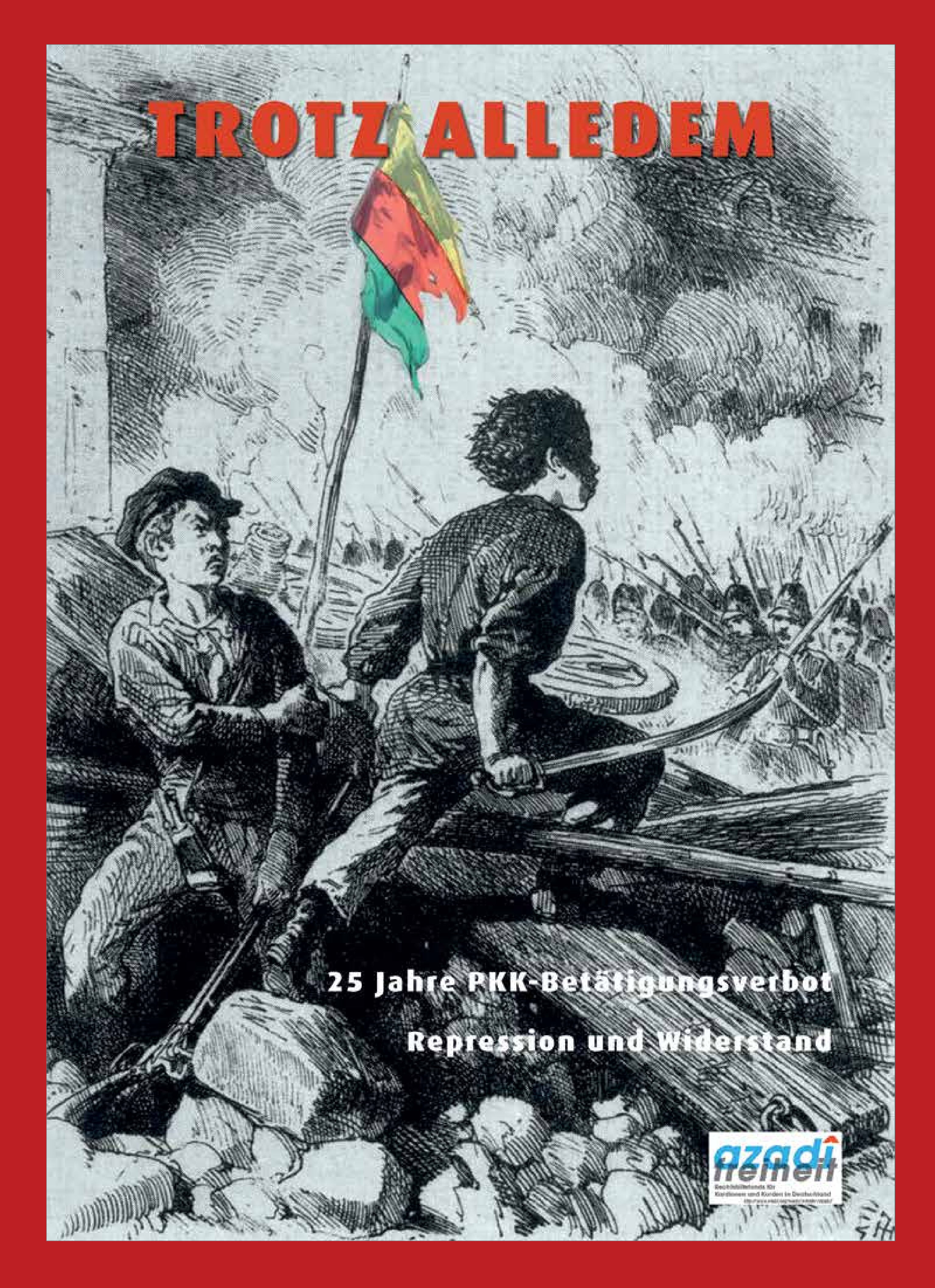
Obwohl die Partei auf keiner internationalen Terrorliste auftaucht und in der BRD nicht verboten ist, erteilte das Bundesjustizministerium eine Verfolgungsermächtigung nach § 129b (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung). Es folgte am 15. April 2015 eine mit mehreren europäischen Ländern koordinierte Razzia, um die Beschuldigten festzunehmen und drei von ihnen nach Deutschland auszuliefern.

Den zehn Aktivist*innen wird nun der Prozess gemacht, ohne dass es nennenswerte Ergebnisse oder ein absehbares Ende gäbe.

Die Broschüre wird von der Roten Hilfe e.V. und ATIK gemeinsam herausgegeben. Sie will einen Überblick über das laufende Verfahren bieten, die Hintergründe beleuchten und dazu aufrufen, sich solidarisch im Sinne der Angeklagten einzumischen.

Der TKP/ML-Prozess in München
Rote Hilfe e.V. und ATIK (Hg.)
2018. Brosch. A4. 31 Seiten

2,– Euro zzgl. Versandkosten
zu beziehen über:
literaturvertrieb@rote-hilfe.de



ISSN 0935–5375